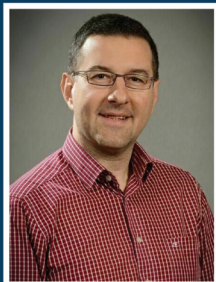


Die Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf die französische Sprache

Das Forschungsziel dieses Buches ist die zeitgenössische Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf die französische Sprache. Die allgemeine Hypothese der Untersuchung ist, dass Frankreich viel mehr für den Schutz und die Förderung der französischen Sprache getan hat als für seine Regionalsprachen. Die Stichprobe der Untersuchung besteht aus 160 offiziellen Dokumenten, Verordnungen, Dekreten, Rundschreiben und Berichten, die sich auf die französische Sprache in Frankreich beziehen und deren Gebrauch in verschiedenen Bereichen bestimmen: Bildung, Justiz, Massenmedien, Verwaltung, Kultur, Geschäftsleben usw. Was die Forschungstechniken betrifft, so nutzen wir die Analyse von Dokumenten, die sich auf die französische Sprache beziehen und ihren Gebrauch in zahlreichen Anwendungs- und Einsatzbereichen regeln. Dieses Buch ist das erste dieser Art; es bietet eine umfassende Darstellung der Sprachpolitik eines Landes in Bezug auf seine eigene Sprache. Das untersuchte Thema ist von hoher Relevanz im großen Stil. Der Inhalt ist gut gegliedert, übersichtlich und qualitativ hochwertig aufbereitet.



Zoran Nikolovski ist Professor an der Universität von Bitola "St. Clement von Ohrid", Nordmazedonien. Seine wissenschaftlichen Interessen umfassen die Bereiche Soziolinguistik, Sprachpolitik, Sprachkontakt und Lexikologie. Er wurde von Frankreich zum Ritter im Orden der Akademischen Palmen ernannt, eine Auszeichnung, die für außergewöhnliche Verdienste in der Bildung verliehen wird.



- VERLAG -
Unser Wissen



- VERLAG -
Unser Wissen



Zoran Nikolovski

Die Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf die französische Sprache

La politique linguistique de la France à l'égard du français

Nikolovski

Zoran Nikolovski

**Die Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf die französische
Sprache**

FOR AUTHOR USE ONLY

FOR AUTHOR USE ONLY

Zoran Nikolovski

Die Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf die französische Sprache

**La politique linguistique de la France à l'égard du
français**

FOR AUTHOR USE ONLY

ScienziaScripts

Imprint

Any brand names and product names mentioned in this book are subject to trademark, brand or patent protection and are trademarks or registered trademarks of their respective holders. The use of brand names, product names, common names, trade names, product descriptions etc. even without a particular marking in this work is in no way to be construed to mean that such names may be regarded as unrestricted in respect of trademark and brand protection legislation and could thus be used by anyone.

Cover image: www.ingimage.com

This book is a translation from the original published under ISBN 978-620-3-86078-8.

Publisher:

Scienzia Scripts

is a trademark of

Dodo Books Indian Ocean Ltd., member of the OmniScriptum S.R.L
Publishing group

str. A.Russo 15, of. 61, Chisinau-2068, Republic of Moldova Europe

Printed at: see last page

ISBN: 978-620-3-72526-1

Copyright © Zoran Nikolovski

Copyright © 2021 Dodo Books Indian Ocean Ltd., member of the
OmniScriptum S.R.L Publishing group

FOR AUTHOR USE ONLY

Die Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf die französische Sprache

**La politique linguistique de la
France à l'égard du français**

FOR AUTHOR USE ONLY

La politique linguistique de la France à l'égard du français

FOR AUTHOR USE ONLY

Die Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf die französische Sprache

FOR AUTHOR USE ONLY

Inhalt

EINFÜHRUNG (ENGLISCH)	11
I ALLGEMEINER THEORETISCHER ANSATZ ZUM BEGRIFF SPRACHPOLITIK	13
1. BEGRIFF <i>SPRACHPOLITIK</i>	15
1. 1. SPRACHPOLITIK	15
1. 2. SPRACHVERWALTUNG	17
1. 3. SPRACHGESETZGEBUNG	18
2. SPRACHPLANUNG UND SPRACHSTANDARDISIERUNG	20
2. 1. SPRACHPLANUNG	20
2. 2. SPRACHSTANDARDISIERUNG	25
3. SPRACHPOLITIK, SPRACHPLANUNG ODER SPRACHMANAGEMENT 29	30
3. 1. SPRACHPOLITIK VS. SPRACHPLANUNG	30
3. 2. SPRACHPLANUNG GEGEN SPRACHMANAGEMENT	35
4. EIN ÜBERBLICK ÜBER DIE SPRACHENPOLITIK FRANKREICHS	38
4. 1. DIE SPRACHENPOLITIK FRANKREICHS VOR DER FRANZÖSISCHEN REVOLUTION	40
4. 2. DIE SPRACHENPOLITIK FRANKREICHS NACH DER FRANZÖSISCHEN REVOLUTION	43
II ZEITGENÖSSISCHE SPRACHENPOLITIK FRANKREICHS IN BEZUG AUF DIE FRANZÖSISCHE SPRACHE	51
5. PERIODEN DER ZEITGENÖSSISCHEN SPRACHENPOLITIK FRANKREICHS IN BEZUG AUF DIE FRANZÖSISCHE SPRACHE	53
5. 1. DIE ERSTE PERIODE DER ZEITGENÖSSISCHEN SPRACHPOLITIK FRANKREICHS IN BEZUG AUF DIE FRANZÖSISCHE SPRACHE	55
5. 2. DIE ZWEITE PERIODE DER ZEITGENÖSSISCHEN SPRACHENPOLITIK FRANKREICHS BEZÜGLICH DER FRANZÖSISCHEN SPRACHE	58
5. 3. DIE DRITTE PERIODE DER ZEITGENÖSSISCHEN SPRACHENPOLITIK FRANKREICHS IN BEZUG AUF DIE FRANZÖSISCHE SPRACHE	60
6. DIE FRANZÖSISCHE SPRACHE ALS MITTEL ZUR INFORMATION DES VERBRAUCHERS UND DES ARBEITNEHMERSCHUTZES	65
6. 1. UNTERRICHTUNG DES VERBRAUCHERS	66
6. 2. ARBEITNEHMERSCHUTZ	68
7. DIE FRANZÖSISCHE SPRACHE IN <i>WISSENSCHAFT UND TECHNIK</i>	70
7. 1. VERANSTALTUNGEN, SEMINARE UND KONGRESSE	71
7. 2. FACHZEITSCHRIFTEN UND PUBLIKATIONEN	72

7. 3. AUSBILDUNG, PRÜFUNGEN, ZULASSUNGSTESTS UND DIPLOMARBEIT/DISSERTATION.....	74
8. INTERAKTION ZWISCHEN FRANZÖSISCHER SPRACHE UND ÖFFENTLICHEN DIENSTEN FRANKREICHS IN DER ZWEITEN HALBZEIT DES 20.	76
8. 1. DIE ÖFFENTLICHEN DIENSTE UND DIE ANWENDUNG DER FRANZÖSISCHEN SPRACHE IM INNERN.....	78
8. 2. ÖFFENTLICHE DIENSTE UND DIE FÖRDERUNG DER FRANZÖSISCHEN SPRACHE ALS SPRACHE DER INTERNATIONALEN KOMMUNIKATION	82
8. 3. TERMINOLOGISCHE ANREICHERUNG DER FRANZÖSISCHEN SPRACHE.....	86
9. TERMINOLOGISCHE BEREICHERUNG DER FRANZÖSISCHEN SPRACHE.....	90
9. 1. SYSTEM DER EINRICHTUNGEN ZUR BEREICHERUNG DER FRANZÖSISCHEN SPRACHE.....	91
9. 2. DIE ROLLE DES STAATES BEI DER BEREICHERUNG DES FRANZÖSISCHEN SYSTEMS	93
9. 3. GENERALDELEGATION FÜR DIE FRANZÖSISCHE SPRACHE UND DIE SPRACHEN FRANKREICHS.....	94
9. 4. DIE ROLLE DER FACHTERMINOLOGIE- UND NEOLOGIE-KOMMISSIONEN	95
9. 5. DIE ALLGEMEINE KOMMISSION FÜR TERMINOLOGIE UND NEOLOGIE	96
9. 6. DIE FRANZÖSISCHE AKADEMIE	99
9. 7. ANDERE PARTNER IM SYSTEM ZUR BEREICHERUNG DER FRANZÖSISCHEN SPRACHE	99
9. 8. ZUSAMMENARBEIT MIT DEN FRANKOPHONEN LÄNDERN.....	100
10. EIN ÜBERBLICK ÜBER DIE SITUATION DER FRANZÖSISCHEN SPRACHE IN DEN MASSEN MEDIEN IN FRANKREICH AM ENDE DES 20.	101
10. 1. DIE FRANZÖSISCHE SPRACHE IN DEN MASSEN MEDIEN.....	103
SCHLUSSFOLGERUNG (Englisch)	109
SCHLUSSFOLGERUNG (Français)	115
BIBLIOGRAPHIE	120
CORPUS.....	129
ANHÄNGE	140
INDEX-TERM	141
ABSTRACTS & SCHLUSSFOLGERUNGEN	143
Lebenslauf von Zoran Nikolovski	169

Lebenslauf von Zoran Nikolovski	171
---------------------------------------	-----

*"L'homme d'Etat, s'il réussit...à contrôler le cours de la langue à une
de ses étapes décisives, ajoute à son pouvoir un autre pouvoir,
anonyme et efficace"*

Claude Hagège

"L'homme de paroles"

Paris, 1985, S. 203

FOR AUTHOR USE ONLY

FOR AUTHOR USE ONLY

EINFÜHRUNG (ENGLISCH)

Das Forschungsziel dieses Buches ist die zeitgenössische Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf die französische Sprache.

Das Buch besteht aus drei Teilen.

Im ersten Teil, in dem wir die allgemeine theoretische Herangehensweise an den Begriff der *Sprachpolitik* vorstellen, definieren wir den thematischen Begriff und seinen Ursprung, und dann spezifizieren wir seine Bedeutung im Vergleich zu seinen Synonymen, der *Sprachplanung* und der *Sprachgesetzgebung*.

Im zweiten Teil geben wir einen kurzen Abriss über die demolinguistische Situation der französischen Sprache in Frankreich, eine Darstellung einiger Gründe für die Expansion und später - für ihre Stagnation und ihren Niedergang. In diesem Teil geben wir auch einen kurzen Rückblick auf die Anfänge der Sprachinterventionen in Frankreich.

Das Forschungsgebiet des dritten Teils ist die zeitgenössische Sprachpolitik, die Frankreich in Bezug auf die französische Sprache betreibt. In diesem Teil analysieren wir die drei Perioden, aus denen sich die Politik zusammensetzt, und zeigen die Ergebnisse der Forschung über die Sprachpolitik in den Bereichen ihrer Anwendung und der Intervention: das *Geschäftsleben*, über die französische Sprache durch die Bereitstellung von Informationen für den Verbraucher und den Schutz der Arbeiter, die *Wissenschaft und Technologie*, d.h. die französische Sprache bei Veranstaltungen, Seminaren und Kongressen, die Sprache in Zeitschriften und

Publikationen sowie ihr Zustand im Bildungswesen, bei Prüfungen und in Zulassungstests und Diplomarbeiten/Dissertationen, und die *öffentlichen Dienste*, d.h. die Anwendung der französischen Sprache in der internen und internationalen Kommunikation und ihre Wortschatzbereicherung. Zum Schluss stellen wir den Stand in den *Massenmedien* dar.

Die allgemeine Hypothese der Untersuchung ist, dass Frankreich viel mehr für den Schutz und die Förderung der französischen Sprache getan hat als für seine Regionalsprachen .

Die Stichprobe der Untersuchung besteht aus 160 offiziellen Dokumenten, Verordnungen, Dekreten, Rundschreiben und Berichten, die sich auf die französische Sprache in Frankreich beziehen und deren Gebrauch in verschiedenen Bereichen bestimmen: Bildung, Justiz, Massenmedien, Verwaltung, Kultur, Geschäftsleben usw.

Was die *Forschungstechniken* betrifft, so nutzen wir die *Analyse von Dokumenten*, die sich auf die französische Sprache beziehen und ihren Gebrauch in zahlreichen Anwendungsbereichen und Interventionen regeln.

FOR AUTHOR USE ONLY

**I ALLGEMEINER THEORETISCHER ANSATZ ZUM
BEGRIFF DER *SPRACHPOLITIK***

FOR AUTHOR USE ONLY

1. BEGRIFF *SPRACHPOLITIK*

Bei der Bestimmung des Begriffs *Sprachpolitik* ist es notwendig, einige andere, implizit, Teil des obigen thematischen Konzepts zu beschreiben. Sie, durch ihr bestimmtes Wesen, d.h. sie liefern folgendes: *Sprachpolitik* (im engen Sinne), *Sprachplanung* und *Sprachgesetzgebung*.

1. 1. *SPRACHPOLITIK*

Der Begriff *Sprachpolitik* (*politique linguistique*) ist am umfassendsten und weist die größte Syndizierung auf. Er enthält in sich jede Entscheidung zur Steuerung und Regelung des Gebrauchs einer oder mehrerer Sprachen bei der Kommunikation mit einer Organisation oder bei der Erbringung einer Dienstleistung, unabhängig von der Art oder Größe der Organisation und der Form dieser Entscheidung. Die Form kann durch einen einfachen Antrag, durch eine Liste von standardisierten Begriffen, durch Bestimmungen über die Leitung, Richtlinien für das gesamte Personal einer

Organisation oder einige ihrer einzelnen Mitglieder durch interne, bereits verabschiedete Gesetze eines Ministeriums, einer Nichtregierungsorganisation oder durch Gesetze, die vom Parlament verabschiedet werden müssen, festgelegt werden.

Einige Unternehmen entscheiden sich zum Beispiel dafür, ihre Produkte nur in englischer Sprache auf den Markt zu bringen, ohne Rücksicht auf die Sprache oder das Kaufalter zu nehmen. Die Sprachpolitik anderer Unternehmen bestand darin, die Sprache des Landes zu verwenden, in dem sie ihre Büros haben oder ihre Produkte vermarkten. Interessant ist, dass jede dieser Niederlassungen die Landessprache verwenden kann, wenn sie mit dem Hauptsitz des Unternehmens im Land kommuniziert. Im Gegensatz dazu haben viele amerikanische Filmemacher in der Regel die Originalversionen von Filmen in die ganze Welt verschickt, ohne sich um die Sicherheit oder die Genehmigung zur Übersetzung oder Übersynchronisation mit anderen Sprachen kümmern zu müssen.

In seiner weiteren Bedeutung umfasst der Begriff *Sprachpolitik* die Begriffe *Sprachplanung* und *Sprachgesetzgebung*. Tatsächlich wird der Begriff *Sprachenpolitik* im alltäglichen Gebrauch in der unmittelbaren Bedeutung des Wortes oft als Synonym für *Sprachengesetzgebung* verwendet.

Zum Beispiel, wie die Quebec Sprachpolitik einmal erklärt, Sprachpolitik von Frankreich, Kanada, den Vereinigten Staaten oder den Vereinten Nationen, der Begriff enthält alle Ungereimtheiten und Schwierigkeiten, weil wir nicht wissen. Das bezieht sich auf eine Regelung eines bestimmten Zustandes, auf die Regelung der internen Verwaltung der Kommunikation, auf eine Bestimmung der

Verfassung, auf ein Gesetz, das den Status und die Regelung des Sprachgebrauchs in einem politischen Territorium bestimmt oder auf die Bestimmungen anderer Gesetze, die den Sprachgebrauch bestimmen. Es kann sich aber auch auf einen ganz anderen Bereich beziehen, wie z. B. den Verkauf von Automobilen und Lebensmitteln.

1. 2. SPRACHVERWALTUNG

Der Begriff *Sprachmanagement* (*aménagement linguistique*) bezeichnet alle Maßnahmen des Staates, die den Gebrauch von Sprachen auf seinem Territorium regeln. Daher ist jedes Projekt *Sprachmanagement* in erster Linie politisch, d.h. es bezieht sich auf die globale Organisation des gesellschaftlichen Lebens, d.h. auf die Art und Weise, wie die Gesellschaft ihre Zukunft durch ihre politischen Institutionen definiert.

Die Art und Weise, wie es konzipiert und umgesetzt wird, *Sprachmanagement* hängt direkt von der Konzeption der Sprache im Allgemeinen mit seinen zwei Funktionen: die kommunikative *Funktion* und die *Funktion der sozialen Integration*. Die kommunikative Funktion der Kontaktpunkte ist offensichtlich, und leichter zu akzeptieren, während die zweite Funktion der sozialen Hintergrund, und es ist politisch heikel und gefährlich verwaltet.

Aus der kommunikativen Sicht, *Language Management* durch die Festlegung von Bestimmungen in Bezug auf die Organisation der Verwendung von Sprache und die Wahl der technischen Mittel für ihre Anwendung notwendig. Aus der Perspektive der sozialen Integration, *Language Management* basiert auf einem sozialen Projekt, auf einer

Konzeption der Beziehung zwischen der kulturellen Identität der globalen Gesellschaft und Respekt der kulturellen Identität von Minderheiten ethno-linguistischen Gruppen. Das Grundmerkmal der Sprachgestaltung ist also die Bestätigung einer gemeinsamen Sprache und die Bestimmung des Anwendungsbereichs anderer Sprachen. In diesem Fall sind die technischen Bestimmungen notwendig, um die grundlegenden Ziele zu erreichen.

Darüber hinaus aufgrund der Intensivierung der Kommunikation und der Globalisierung der Märkte, die eines der grundlegenden Merkmale der modernen Welt ist, sollte jedes Land bewusst sein und berücksichtigen die Hindernisse, die bei der Bestimmung des Plans für die *Sprachplanung* konfrontiert. Es gibt Möglichkeiten, die den sozialen Frieden und die wirtschaftliche und administrative Effizienz widerspiegeln können.

Schließlich muss das *Sprachmanagement* in jedem Land in Form eines Gesetzes erfolgen. Dieses kann durch andere Bestimmungen formuliert werden und wird in den Bereichen der öffentlichen Verwaltung eingeführt und angewendet. Auch kann ein Gesetz die Sprachpolitik definieren, aber nicht die Gesamtzahl der gesetzlichen Bestimmungen, die den Verwaltungsapparat betreffen, als eine spezifische Einheit umfassen. Immer und überall stellt sich bei der *Sprachplanung* das Problem der Kohärenz der Gesamtzahl von Maßnahmen, die die Sprache der Mehrheit und die Sprachen der Minderheiten betreffen.

1. 3. SPRACHENGESETZGEBUNG

Wenn der Staat entschlossen ist, durch den Erlass von Gesetzen und Vorschriften einzugreifen, um das Verhältnis der vorhandenen Sprachen und Verwendungsbereiche festzulegen, kommt es zur *Sprachgesetzgebung (législation linguistique)*.

Im Allgemeinen definiert das Gesetz den Status der Sprache, legt den Gebrauch in bestimmten Bereichen fest, in denen Unsicherheit oder sprachliche Opposition besteht, und drückt Maßnahmen aus, um die Vorherrschaft der gemeinsamen Sprache zu betonen, und gegebenenfalls Maßnahmen, um den Gebrauch von Minderheitensprachen zu garantieren, wenn es eine Ermächtigung in der endgültigen Ordnung bei der Lenkung des Verhaltens von Bürgern, juristischen oder natürlichen Personen gibt. Auch könnte das Gesetz auf einen bestimmten Bereich, wie z. B. den Verbraucherschutz, beschränkt werden.

Es ist jedoch sicher, dass kein Gesetz so weit ist, dass ein allgemeines alle Maßnahmen sprachlicher Natur zur Bestimmung des Gebrauchs der einen oder anderen Sprache umfassen kann. In diesem Fall stellt sich die Frage nach der Kompaktheit zwischen sprachlichen und anderen gesetzlichen Bestimmungen in Bezug auf die Sprache, insbesondere in den Bereichen Bildung, Kommunikation, Kultur, Einwanderung und sogar bei der Frage, wie eine Familie eine Sprache verwendet. Oft ist die *Sprachgesetzgebung* die Grundlage für die *Sprachplanung* eines bestimmten Landes und wird durch andere Maßnahmen ergänzt, die eine spezielle Bearbeitung erfordern.

Die Sprachpolitik kann *implizit* oder *explizit* sein.

Implizit ist, wenn wir den Kräften, die den Wettbewerb zwischen den vorhandenen Sprachen regeln, freie Hand lassen, während

Sprachpolitik *explizit* ist, wenn wir Maßnahmen ergreifen, um die Verwendung der in einem Land oder einer Organisation vorhandenen Sprachen zu rationalisieren und vorzuschreiben.

2. SPRACHPLANUNG UND SPRACHSTANDARDISIERUNG

2. 1. SPRACHPLANUNG

Das Wort *Planung* (*planification*) kam im Jahr 1935 in die französische Sprache als ein Begriff der Wirtschaftswissenschaften, der das Organisieren nach einem bestimmten Plan bezeichnet. Die Planung besteht in der Festlegung von genauen Zielen und dem Einsatz von Mitteln und Methoden zu deren Verwirklichung bis zu einem bestimmten Termin. In diesem Zusammenhang ist die Planung auf den Staat bezogen, stützt sich auf mittel- und langfristige Analysen und umfasst den Entwurf, die Realisierung und die Auswertung des Plans. Es gibt jedoch ein potenzielles Problem mit der Verwendung des Begriffs *language Planung*, da sie im Rahmen der *staatlichen Planung* platziert wird und damit in die Nähe der *wirtschaftlichen Planung* kommt. Dabei stellt der Ausdruck *Sprachplanung* die Sprache neben Dinge, die geplant, verwaltet oder gesteuert werden sollen, wie z.B. Geburtenrate, Entwicklung, Wirtschaft, Bildung, Bauwesen, etc. Es ist daher von zentraler Bedeutung und naheliegend, die Frage zu stellen, ob Sprache überhaupt planbar ist und in welchem Umfang.

1964 definierte Haugen das Konzept der *Planung* als eine

menschliche Aktivität, die aus dem Bedürfnis heraus entsteht, eine Lösung für ein Problem zu finden. Als solche kann sie recht informell und ad hoc erfolgen, sie kann aber auch organisiert und konzeptualisiert sein. Wenn die Planung gut konzipiert und realisiert wird, kann sie aus mehreren Phasen bestehen, wie z. B. einer umfangreichen Datenrecherche, der Umsetzung von alternativen Handlungsplänen, der Entscheidung über die Umsetzung der Planung, usw. (HAUGEN, 1966).

Die *Ausdruckssprachplanung* wurde 1959 von Haugen (HAUGEN, 1959) propagiert, und die *Ausdruckssprachpolitik* wurde erstmals 1970 von Fishman eingeführt (FISHMAN, 1970: 108).

Obwohl diese beiden Ausdrücke seither in zahlreichen Forschungsarbeiten auf der ganzen Welt häufig verwendet werden, sind sie oft vage und unzureichend definiert. Nach Haugen ist *Sprachplanung* ein Teil der Angewandten Linguistik (HAUGEN, 1966: 24, 26), während Fishman sie als Teil der Angewandten Soziolinguistik spezifiziert. In ihren Schriften sagen Ferguson und Das Gupta, dass *Sprachplanung* eine neue Aktivität ist und die Aktivitäten auf dem Gebiet der Sprache einen Teil der nationalen Planung ausmachen (DAS GUPTA & FERGUSON, 1977: 4).

Calvet stellt die Strukturierung einer Sprache / Sprachen folgendermaßen dar (CALVET, 1996: 44). S1 ist eine unbefriedigende soziolinguistische Ausgangssituation, und S2 ist die Zielsituation. Die Definition der Unterschiede zwischen S1 und S2 ist ein Teil der *Sprachpolitik*, während die Realisierung der zwischen S1 und S2 angeordneten Aktivitäten die *Sprachplanung* ist. Wenn der Staat die Verwaltung des Sprachzustands übernimmt, verwaltet er auch die Mittel, die notwendig sind, um das Ziel zu erreichen. In

diesem Fall stellen sich Fragen bezüglich des Eingriffs in die Form der Sprachen, der Modi der Modifikation der Beziehungen zwischen den Sprachen, des Prozesses des Übergangs von der *Sprachenpolitik* zur *Sprachenplanung* usw.

Auf einer höheren Ebene kann die *Sprachenpolitik* die Beziehungen zwischen den Sprachen, die Wahl einer oder mehrerer Sprachen für bestimmte mehrsprachige Situationen, die regionale Anordnung der Mehrsprachigkeit, die Entscheidung darüber, welche der Sprachen in bestimmten Lebensbereichen (Bildung, Medien, Militär usw.) verwendet wird, bestimmen.

Im Kern der *Sprachplanung* gibt es drei Merkmale; die ersten beiden sind typisch für die Sprache selbst, und das dritte ist typisch für das menschliche Handeln. Das erste Merkmal ist, dass sich die Sprache verändert - eine Tatsache, die überhaupt nicht bestritten werden kann und mit den diachronen Prozessen und der Geschichte der Sprache leicht zu belegen ist. Das zweite Merkmal ist die Fluktuation der Beziehungen zwischen den Sprachen, was durch die zahlreichen Sprachforschungen leicht bestätigt werden kann. Das dritte Merkmal ist die potentielle In-vitro-Aktivität des Menschen, da der Mensch ein bewusstes Wesen ist, das in der Lage ist, die Sprachen und die Beziehungen zwischen ihnen in der gleichen Weise zu beeinflussen, wie er bestimmte Naturwissenschaften beeinflusst.

Ausgehend von dem Gegensatz Sprachnorm versus Sprachbeschreibung ist die Moderne Linguistik eine Wissenschaft mit dem Ziel, die Sprache zu beschreiben, und nicht, Normen und Regeln oder Tipps zum richtigen Sprachgebrauch vorzuschreiben. Die Evolution einer Sprache oder die Entwicklung von Beziehungen zwischen Sprachen resultiert aus einer Reihe von Faktoren, nicht aus

einem gezielten Eingriff des Menschen.

Sprachpolitik kann eine *praktische* und eine *symbolische Funktion* haben.

Die praktische Funktion zeigt sich, wenn ein neu gegründeter Staat bestimmt, welche Sprache oder welcher seiner Dialekte als Nationalsprache ausgebaut werden soll. Es folgt die *Sprachplanung*; die gewählte Sprache wird in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens eingeführt und verwendet und die bisherige Amtssprache wird aus dem Gebrauch verdrängt.

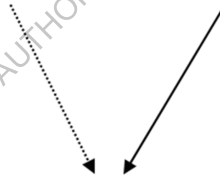
Die symbolische Funktion kommt zum Einsatz, wenn eine Entscheidung eines Staates von dem Moment an, in dem sie in Kraft gesetzt wird, nicht praktiziert wird oder wenn sie überhaupt nicht praktiziert wird. Ein gutes Beispiel für die a/s ist die Entscheidung der Nationalistischen Partei Indonesiens aus dem Jahr 1928, die malaiische Sprache als offizielle Sprache des Landes zu fördern, als es noch unter der Kolonialherrschaft Hollands stand. Nachdem die Partei weder Mittel noch Möglichkeiten hatte, diesen Beschluss in die Tat umzusetzen, bestätigte die Anerkennung des Malaiischen als Amtssprache des Landes symbolisch die Existenz einer indonesischen Nation, die den Zeitraum der folgenden 20 Jahre und die Unabhängigkeitserklärung brauchte, um den Beschluss von 1928 umzusetzen und damit der praktischen Funktion zu weichen.

Calvet hat die a/s, die sie unterstützen, mit der folgenden Tabelle beschrieben (CALVET, 1999: 157).

Die Pfeile mit voller Linie im Diagramm betonen die logische Verbindung zwischen der praktischen Funktion der *Sprachpolitik* und der *Sprachplanung*, während die Pfeile mit gestrichelter Linie die Möglichkeit zur Verbindung alternativer Lösungen anzeigen:

1. Sprachpolitik

Symbolische Funktion Praktische Funktion



2. Sprachplanung



Intervention in der Sprache:

Intervention in den Sprachen:

-Orthographie -

-Lexikalität

Mehrsprachigkeit



Wahl einer Landessprache

- Organisieren von

-Dialektale Formen

- Funktionsverteilung, etc.

2. 2. SPRACHSTANDARDISIERUNG

Standardisierung ist ein sozioökonomisches Phänomen aus dem ersten Drittel des 20. Jh., als die Industrialisierung zusammen mit der Realisierung zahlreicher technologischer Errungenschaften stattfindet. Die Rate dieses Phänomens verlangsamt sich in der Zeit des 2. Weltkriegs und beginnt sich Anfang der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts zu beschleunigen. Der Zweck der Normung ist es, den internationalen Handelsaustausch zu erleichtern und zu steigern. Sie beruht im Wesentlichen auf den beiden folgenden Prinzipien:

a) Die Normung von Waren und Produktionsprozessen beflügelt den Handel und damit den Handelsaustausch. Wenn also ein Produkt X den internationalen Normen entspricht, wird sein Verkauf in allen Ländern, die diese Normen übernommen haben, genehmigt;

b) Die Standardisierung von Waren und Produktionsprozessen ermöglicht die Senkung der Produktionskosten durch die Förderung der Massen- oder Serienproduktion, wodurch handgefertigte Produkte und Dienstleistungen eliminiert werden. Multinationale Unternehmen begreifen schnell die enormen wirtschaftlichen Vorteile der Standardisierung. Genau aus diesem Grund investieren sie enorme finanzielle Mittel in sie.

Abgesehen von den wirtschaftlichen Vorteilen, die eine kleine Anzahl von Anwendern erfahren kann, ermöglicht die Normung soziokulturelle Vorteile für die breitere Bevölkerung. In der Tat erfasst die Normung alle Bereiche menschlicher Aktivitäten (Kleidung,

Lebensmittel, Haushaltsgeräte, Transport, Information usw.) und hat die Tendenz, den gesamten Lebensstil zu vereinheitlichen, d. h. zu standardisieren (RONDEAU, 1981: 4-8).

In der Linguistik ist die Standardisierung einer Sprache der Entwurf von oder die Suche nach orthographischen und grammatikalischen Regeln, die für alle Benutzer einer Sprache gleich sind, mit dem Ziel, ihre Verwendung in möglichst vielen Bereichen des menschlichen Lebens zu erweitern.

Die Idee für Eingriffe in die Sprache - also ihre Standardisierung - ist mehr als alt. Schon Dante Alighieri - als er den lokalen toskanischen Dialekt verteidigte, in dem er seine Bücher schrieb - setzte sich für dessen Vereinheitlichung nach dem Vorbild des Altgriechischen und Lateinischen ein - die beide eine standardisierte Grammatik hatten. Alighieri unterstützt seine Forderung nach Standardisierung за стандардизација mit seinem Argument, dass eine Sprache ohne Grammatik keine Sprache ist. Dasselbe Prinzip unterstützt der Dichter du Bellay, der sich für die Konkurrenz der französischen Sprache mit der altgriechischen und der lateinischen Sprache sowie für ihre Bereicherung, Verbesserung und genaue Definition auf der Grundlage der letzteren einsetzt. Du Bellay will die "barbarische und vulgäre" französische Sprache in eine elegante und edle Sprache verwandeln. Mit seinen Kollegen von den Plejaden plant er, die französische Sprache zu bereichern und sie für den Gebrauch in der Bildung und in den anderen Bereichen des menschlichen Lebens und Handelns referenzierbar zu machen.

In Bezug auf *den Grad der Standardisierung* schlägt Ferguson (1996) das Unterscheidungsmerkmal für Standardisierung [\pm standardisiert] vor, das es ermöglicht, H (high) Grad, der ein hohes

Niveau der Standardisierung bedeutet, von L (low) Zustand zu unterscheiden, der einen Ausgangspunkt oder ein niedriges Niveau der Standardisierung bedeutet. Sein Kriterium für Standardisierung beinhaltet die Gestaltung von beschreibenden Grammatikbüchern und Wörterbüchern sowie die Festlegung der phonetischen und orthographischen Normen.

Die Standardisierung einer bestimmten Sprache kann durch Eingriffe in verschiedene Bereiche der Sprache realisiert werden. Erstens kann auf das *Schriftsystem* oder die *Schrift* eingewirkt werden, indem ein neues Schriftsystem geschaffen oder die bestehende Orthographie und das Alphabet geändert werden, usw. Als nächstes kann die Standardisierung im Bereich der *Lexikalität* umgesetzt werden, indem neue Wörter eingeführt werden, die aus den Dialekten der Sprache oder aus anderen Sprachen entlehnt werden, indem lexikalische Inhalte aus einem oder mehreren Bereichen menschlicher Aktivitäten entlehnt oder übertragen werden, indem neue Wörter konstruiert und geprägt werden usw. Die Standardisierung kann auch in den *dialektalen Formen* umgesetzt werden, indem man eine aus der Anzahl der regionalen Formen auswählt und eine neue Standardform mit vielen Elementen schafft, die aus verschiedenen regionalen dialektalen Varianten entlehnt wurden.

Der Prozess der Standardisierung hängt von der gewählten Sprachpolitik ab. Er beinhaltet die Erzielung eines Konsenses bei der Verhandlung über die Merkmale der *Standardsprache*, die Bestimmung der Anwendungsbereiche, die Auswahl des Referenzkorpus, auf dessen Grundlage neue Wörterbücher erstellt werden, um den gesamten Wortschatz abzudecken. Im Rahmen der

Standardisierung wird auch die Gestaltung der Orthographie und der Grammatik einbezogen, die die Konstituenten untersuchen und die Grammatikregeln der *Standardsprache* beschreiben.

Während des Standardisierungsprozesses einer bestimmten Sprache sind Akademien und Vereine zur Sprachförderung zu gründen und unter formeller oder informeller Autorität zu arbeiten sowie Literatur-Ressourcenzentren, die die *Standardsprache* und die Übersetzung religiöser Schriften und der Bibel in die standardisierte Sprache für ihren Gebrauch bei Gottesdiensten und religiösen Zeremonien unterstützen würden.

Die Standardisierung beinhaltet auch die Verwendung der *Standardsprache* im Bildungssystem, so dass sie als zweite Muttersprache oder als Fremdsprache gelernt werden kann. Die Standardisierung regelt die Verwendung der *Standardsprache* in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, in der Justiz und in der Legislative. Sie umfasst die Gestaltung des legislativen und juristischen Korpus von Gesetzen und Änderungen der verfassungsmäßigen Gesetze, die ihr einen rechtlichen Status und offiziellen Gebrauch verleihen würden.

Wenn eine Sprachgemeinschaft eine Sprachvariante zu benötigen scheint, die den lokalen Rahmen sprengt, beginnt die Auswahl einer *Standardsprache*, und die Basis, auf der diese Auswahl getroffen wird, sind meist die Dialekte der wirtschaftlichen und urbanen Zentren. In bestimmten Fällen, wie bei der deutschen, der arabischen oder der italienischen Sprache, wird eine prestigeträchtige, aus literarischen oder religiösen Texten abgeleitete Variante verwendet. Die Verwendung bestimmter Lingua franca im Prozess der Standardisierung kann eine vermittelnde - d. h. eine

Übergangsphase darstellen, um die notwendige Zeit für die Gestaltung aller Elemente der zu standardisierenden Sprache zu haben.

Die *Standardsprache* ist eine geplante und gestaltete einheitliche referentielle Variante, die sich aus ihren Dialekten oder aus dem gleichen dialektalen System ableitet. Diese Variante wird in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens verwendet; sie hat ihr offizielles Alphabet und wird offiziell verwendet. Ihr Zweck ist es, den kulturellen, politischen und sozialen Zusammenhalt auf dem Territorium zu gewährleisten, auf dem sie offiziell standardisiert ist - d. h. sie wird zu einer nationalen Sprache.

Die Standardvariante hat ihre impliziten und expliziten Normen, die von einem bestimmten nationalen Gremium kodifiziert wurden, das mit der Regulierung dieses speziellen Bereichs beauftragt ist. Der Begriff *Literatursprache* wird auch für die *Standardsprache* verwendet, vor allem weil sie meist in schriftlicher Form verwendet wird. Die *Standardsprache* wird auch in der mündlichen Kommunikation verwendet - sowohl von denjenigen Muttersprachlern, die einen gewissen Bildungsgrad haben, als auch von denen, die sie als zweite Muttersprache oder als Fremdsprache erworben haben.

3. SPRACHPOLITIK, SPRACHPLANUNG ODER SPRACHMANAGEMENT

Die Begriffe *Sprachpolitik* und *Sprachplanung* werden seit 1959 in dem Artikel des amerikanischen Linguisten Haugen (1959) verwendet. Gewidmet der Sprachsituation in Norwegen. Dieses Datum kann als historisch betrachtet werden, weil es zum ersten Mal ein sprachliches Phänomen markierte, das vorher zwar vorhanden, aber nicht theoretisch ausgearbeitet war, nicht einmal ansatzweise. Der französische Linguist Calvet (CALVET, 1999: 154) ist der Meinung, dass diese neue wissenschaftliche Disziplin gleichzeitig ein Zweig der angewandten Linguistik und der Soziolinguistik ist.

Der Begriff *Sprachpolitik* ist erst in jüngster Zeit formalisiert worden. In der Geschichte gab es viele Eingriffe in die Sprachen der Welt: die Hispanisierung in Südamerika, die Einführung der französischen Sprache und die Unterdrückung der regionalen Sprachen in den Schulen in Frankreich (Décret du 26 octobre 1792, art. 7, in GUILLAUME, 679-680), die große Reform der türkischen Sprache durch Atatürk (BAZIN, 1966), die Reihe von Reformen der norwegischen Sprache, die Standardisierung der mazedonischen Sprache im Jahr 1945 (ПИСТЕКИ, 1988) und viele andere Beispiele.

3. 1. SPRACHPOLITIK VS. SPRACHPLANUNG

Bei der Durchführung von Sprachinterventionen lassen sich drei Phasen unterscheiden: die Phase des Nachdenkens über ein Sprachproblem oder eine Situationsanalyse, die Phase der Entscheidung und die Phase der Anwendung dieser Entscheidung. Die Bestimmung der Phasen der Sprache und der Intervention wird

vorgenommen, um weitgehend die Begriffe *Sprachpolitik* und *Sprachplanung* zu klären, deren Unterscheidung oft unscharf, schlecht definiert oder als für Synonyme deklariert ist.

Cooper (COOPER, 1989) unterscheidet drei Ansätze bei der Erstellung von Sprachpolitik: *Sprachpolitik* als Management der Innovation, *Sprachpolitik* als Marketingaktivitäten und Politik als Sprachentscheidung.

Bei der Auswahl einer dieser Richtlinien werden sieben Stufen definiert:

1. Schlaglichter auf das Problem
2. Suche nach genauen Informationen über das Problem
3. Grundlegende Prinzipien beim Entscheiden machen
4. Vorschlagen von möglichen Lösungen
5. Auswählen einer bestimmten Lösung
6. Anwendung der Lösung
7. Vergleich von vorhergesagten und tatsächlichen Entscheidungen

Es gibt eine Kontinuität und Konnektivität aller Stufen. Die erste Stufe ist entscheidend für die Lösung des Problems, die zweite ist ein langwieriger und teurer Prozess, den nur wenige Gemeinden oder Institutionen vollständig durchführen können. Daher werden Entscheidungen oft auf der Grundlage einiger Informationen getroffen.

Nach Calvet (CALVET, 1999: 154-155) stellt die *Sprachpolitik* eine Reihe von bewussten Entscheidungen dar, die in der Beziehung zwischen Sprache und sozialem Leben, insbesondere zwischen Sprache und nationalem Leben, getroffen werden, und die *Sprachplanung* beantragt und verwendet die für die Umsetzung der

Sprachpolitik notwendigen Mittel. Diese Definition kann am Beispiel der Hispanisierung der Indianer Südamerikas veranschaulicht werden. Die Entscheidung von Karl V. ist *Sprachpolitik*, während die Anwendung, so dass die Sprachpolitik dieses Territoriums *Sprachplanung* darstellt. Nach der Definition von Calvet ist *Sprachpolitik* staatsbezogen und keine theoretische Entscheidung, sondern eine Bestimmung des faktischen Zustands.

Es ist möglich, dass eine *Sprachpolitik* die Grenzen eines Landes überschreitet, oder sie kann sich auf eine bestimmte Minderheit innerhalb eines Staates beziehen, die neben anderen Gemeinschaften koexistiert. Ein Beispiel für den ersten Fall, die Überschreitung der Grenzen, wären die Beziehungen eines Landes mit seinen grenzüberschreitenden Gemeinschaften mit der Diaspora oder mit Vereinigungen, die seine Sprache lernen. Als Beispiel für den zweiten Fall, die Begrenzung der Gruppe oder kleineren Gemeinschaft des Staates, bieten wir sprachliche Minderheiten innerhalb von Staaten an, die spezifische Plattformen zur Förderung einer bestimmten Sprache haben, die Mittel zur Umsetzung benötigen. Allerdings gibt es viele sprachliche Minderheiten, die selbst nicht in der Lage sind, ihre Sprachpolitik zu realisieren.

Der Begriff *Sprachplanung* an sich enthält den Begriff *Sprachpolitik*, während der umgekehrte Fall, dass der zweite den ersten Begriff enthält, hier relativ ist, könnte auf eine Reihe von politischen Entscheidungen in Bezug auf die Sprache hinweisen, die nie angewandt wurden, weil der Entscheidungsträger nicht genug Macht hatte.

Die Sprachpolitik könnte *praktische* und *symbolische Funktion* haben.

Die *praktische Funktion* wird ausgeführt, wenn der neu geschaffene Staat eine lokale Sprache oder einen Dialekt zur Landessprache ernannt, gefolgt von einer *Sprachplanung*, die in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens (Schulen, Verwaltung usw.) eingeführt wird, bis sie durch die Amts- oder Kolonialsprache ersetzt wird.

Die *symbolische Funktion* wird dann verwirklicht, wenn die Entscheidungen eines bestimmten Staates nicht sofort oder überhaupt nicht umgesetzt werden. Das ist der Fall, als die Nationalistische Partei Indonesiens 1928 beschloss, die nationale malaiische Sprache zu fördern, zu einer Zeit, als das Land unter der Kolonialherrschaft der Niederlande stand, aber die Partei hat keine Mittel oder Möglichkeiten, diese Entscheidung umzusetzen. Die Bestätigung von Malaiisch als Nationalsprache bestätigte symbolisch die Existenz der indonesischen Nation, die einen Zeitraum von 20 Jahren und die Unabhängigkeit des Landes benötigte, damit diese Entscheidung angewendet werden konnte und somit eine praktische Funktion erfüllte.

Im Vokabular von Jean Dubois und seinen Mitarbeitern (DUBOIS et al, 1994) erklärt der Begriff *Sprachpolitik*, wie die Menge der Maßnahmen, Pläne oder Strategien, die auf die Regulierung des Status und der Form einer oder mehrerer Sprachen abzielen. Laut dem Wörterbuch kann es *Sprachpolitik* ohne *Sprachplanung* gebe. Der Begriff *Sprachplanung* kann darin als eine Reihe von Maßnahmen erklärt werden, die den Stand der Standardisierung einer Sprache und die Regulierung ihres Gebrauchs vorschreiben. Laut diesem Wörterbuch kann die *Sprachplanung* selbst eine *Sprachpolitik* sein oder nur ein Teil davon.

In Quebec hat der Begriff *Sprachpolitik* eine unmittelbare Bedeutung und ein Mittel zur Bestimmung des Status einer Sprache klar durch einen formalen Text, der eindeutig festlegt, wie die Realisierung dieses Status. Die Anwendung des Gesetzes in diesem Bereich ist eine von vielen Strategien bei der Bestimmung des Status einer Sprache.

Für Louis Porcher (1995) ist *Sprachenpolitik* ein freiwillig erworbenes Handeln in einem Land, einer Einheit oder einer Gruppe, deren Ziel es ist, ihre Sprache und Kultur zu schützen und zu entwickeln. Solches Handeln beinhaltet das Bewusstsein über Ziele, Mittel und weitere Handlungsschritte. Bei der *Sprachenpolitik* werden zuerst die politischen Entscheidungen getroffen, und nachdem das geschehen ist, geht es an die technische Umsetzung. Sobald die Ziele definiert sind, wird die erste Entscheidung getroffen, die darin besteht, die vorrangigen Aufgaben zu bestimmen, sie zu sortieren und die Modalitäten für den Einsatz für einen kürzeren oder längeren Zeitraum zu bestimmen. Es gibt keine langfristige *Sprachpolitik* ohne die Bestimmung der langfristigen Ziele wegen ihrer Abhängigkeit von den kurzfristigen Zielen und Aufgaben. In der Realität passiert jedoch oft das Gegenteil.

Die *Sprachenpolitik* wird nicht isoliert betrieben, sondern durch Partnerschaften mit anderen Einrichtungen verfolgt. Partnerschaft ist ein zentrales Konzept, weil es für die gesamte Entwicklung und Umsetzung von Aktivitäten genommen wird.

Wir sollten nicht die Konzeption der *Sprachenpolitik* akzeptieren, die manchmal von Einzelpersonen als Politik des Sprachenlernens verstanden wird. Sicherlich hat die Bildung einen besonderen Platz bei der Anwendung der *Sprachpolitik* erhalten, aber es gibt auch

andere Bereiche, in denen sie angewendet werden kann (Massenmedien, Kultur, Geschäftsleben, Wissenschaft und Technik, öffentlicher Dienst, Wissenschaft usw.).

Der Begriff *Sprachpolitik* tauchte in kurzer Zeit auf und wurde in mehreren Sprachen erweitert, im Englischen von Fishman (1970), im Spanischen von Rafael Ninyoles (1975) , im Deutschen schreibt Helmut Glück (1981) darüber, und im Laufe der Zeit wurde dieser Begriff auf viele andere Sprachen übertragen. Außerdem ist in all seinen Klärungen und Spezifizierungen ganz klar zu sehen, dass es ein Unterordnungsverhältnis zwischen *Sprachpolitik* und *Sprachplanung* gibt. Die Anwendung der *Sprachplanung* ist bereits als *Sprachpolitik* etabliert.

3. 2. SPRACHPLANUNG GEGEN SPRACHMANAGEMENT

Es ist möglich, dass gleiche oder ähnliche Sprachsituationen in verschiedenen Ländern auftauchen und unterschiedliche Begriffe, wie z.B. *Sprachmanagement* in Quebec oder *Sprachstandardisierung* in Katalonien mit ihren Merkmalen und der unterschiedlichen Bedeutung.

Pierre-Étienne Laporte (LAPORTE, in TRUCHOT et al, 1994) weist darauf hin, dass in Kanada, d.h. in Quebec, der Begriff *Sprachmanagement (aménagement linguistique)* alle Aktivitäten umfasst, die darauf abzielen, den definitiven Status einer oder mehrerer Sprachen zu bestimmen oder sie für den Gebrauch in bestimmten Bereichen oder für bestimmte Funktionen fit zu machen,

die vorher nicht vorhanden waren, so dass der Begriff *Sprachmanagement* hierzulande die Konnotation vermeidet, dass der Begriff *Sprachplanung* (*planification linguistique*) auf geplante Eingriffe des Staates verweist. In diesem Fall ist es ein wesentlicher Unterschied, aber für Synonyme.

Daoust und Maurais (1987) stellen fest, dass sich der Begriff *Sprachplanung* auf eine eher staatliche Intervention, Lenkung bezieht und das Konzept *Sprachmanagement* auf einem gesellschaftlichen Konsens über ein kollektives sprachliches Projekt beruht. Sie arbeiten auch den Begriff *Standardisierung* (*Normalisierung*) heraus, der die Existenz einer Situation voraussetzt, die nicht an die Notwendigkeit der Anpassung und Normalisierung der historischen Entwicklung angepasst wird.

Nach David Crystal (1992) beinhaltet der Begriff *Sprachplanung* einen bewussten, systematischen und theoretisch begründeten Versuch, die Kommunikationsprobleme einer bestimmten Gemeinschaft durch das Studium der verschiedenen Sprachen oder Dialekte, die in ihr existieren, und die Bildung einer offiziellen *Sprachpolitik* zu lösen, die mit ihrer Auswahl und dem Gebrauch der *Sprachtechnik* verbunden wäre. Er beschreibt auch den Begriff *Korpusplanung*, der die Auswahl und Kodifizierung der Norm durch die Erstellung von Grammatiken und die Standardisierung der Rechtschreibkonventionen bedeutet. Die *Statusplanung* befasst sich mit der anfänglichen Wahl der Sprache, die bestimmte Einstellungen zu alternativen Sprachen sowie politische Implikationen der jeweiligen Wahl beinhaltet. In diesem Wörterbuch rät Crystal, das Kapitel *Soziolinguistik* zu berücksichtigen und fällt unter den Titel *Sprachpolitik*, der sich auf die *Sprachplanung* bezieht.

Corbeil (1987) deckt den Irrtum einiger Politiker auf, die *Sprachmanagement* oft mit einer technischen Regulierung des Sprachgebrauchs im Bildungssystem gleichsetzen und dabei die off- und symbolischen Aspekte der Sprache und die Natur seiner sozialen Funktion reduzieren. Corbeil war der Meinung, dass *Sprachmanagement*, um effektiver zu sein, ein globales Konzept haben sollte und für eine größere Effizienz in Phasen durchgeführt werden muss.

Roland Breton spricht auch über *Sprachmanagement*, er sagt, dass es *extern* und *intern* sein kann. *Externes Sprachmanagement* beinhaltet die *Sprachgesetzgebung* und hat zum Ziel, die Sprache(n) und ihre Verwendung in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen (Bildung, Massenmedien, Verwaltung etc.) zu fördern. *Internes Sprachmanagement beinhaltet* nach seinen Maßstäben die Absonderung einer bestimmten Sprache, um sie konkurrenzfähig und autonom zu machen. *Internes Sprachmanagement* ist gleichbedeutend mit *Language Engineering*, dessen Ergebnisse in vielen anderen Ländern der Welt (Israel, Indien, Indonesien) zu sehen sind, was beweist, dass ein Land in diesem Bereich sehr effektiv handeln kann.

Heinz Kloss schlägt eine Typologie vor, die sich auf den Aspekt der Sprache bezieht, der das Ziel der Intervention ist. Er schlug den Begriff *Korpusplanung* vor, was die Verwaltung der Sprache bedeutet, d.h. es handelt sich um einen Fall, in dem eine Person, eine Organisation oder eine Gruppe von Menschen die Form und die Natur der Sprache verändern muss, indem sie neue Begriffe vorschlägt und durchsetzt, die Rechtschreibung ändert usw. Er spricht auch von *Statusplanung*, wenn man eingreift, um den sozialen Status der

Sprache gegenüber anderen Sprachen in oder außerhalb des Landes, in dem sie gesprochen wird, zu regulieren.

4. EIN ÜBERBLICK ÜBER DIE SPRACHENPOLITIK FRANKREICHS

Die Sprachenpolitik umfasst alle Maßnahmen, Planungen und Strategien, deren Ziel es ist, den Status und die Form einer oder mehrerer Sprachen zu regeln (CALVET, 1993: 111-123; 1996: 3-9; 1999: 154-155; 2002: 15-16; CRYSTAL, 1999: 190, DUBOIS, 2001: 369). Die Sprachenpolitik Frankreichs umfasst mehrere Politiken oder Maßnahmen, die Frankreich in Bezug auf die französische Sprache unternimmt. Seit 1992 ist die französische Sprache die einzige Amtssprache in Frankreich (Constitution du 4 octobre 1958, art. 2 & Loi n° 94-665), was bedeutet, dass die Sprachenpolitik Frankreichs auf Einsprachigkeit basiert.

Der Umgang Frankreichs mit der Sprache hat seine eigene Geschichte und basiert auf der Idee, dass sie eine Pflicht und eine Aufgabe des Staates ist. In der Tat war es in der Zeit zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert Frankreichs größtes Anliegen im Bereich der Sprache, die Überlegenheit der französischen Sprache gegenüber den anderen im Land gesprochenen Sprachen zu sichern.

Wir beginnen den Überblick über die Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf das Französische und die Regionalsprachen in der Zeit der Renaissance, als das französische Nationalgefühl entstand und die Besonderheit der französischen Nation manifestiert wurde. Das

führt zu einem verstärkten Gebrauch der französischen Sprache und einer allmählichen Verdrängung der Regionalsprachen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sich nach der Französischen Revolution im Jahre 1789 die Politik der Einheit der französischen Nation intensivierte und sich damit die Handlungsrichtungen in den Sprachen ihres Territoriums änderten, haben wir den Überblick über die Sprachpolitik Frankreichs in zwei Teile geteilt: vor und nach der Revolution. Für die Revolutionäre war die Unkenntnis der französischen Sprache ein Hindernis für die Demokratie und die Verbreitung der revolutionären Ideen, so dass sich die Verdrängung der Regionalsprachen trotz der Veränderung des Gesellschaftssystems nach der Revolution durch das ^{19.} und frühe ^{20.}

Ausgehend von den Beziehungen und den Sprachaktivitäten, die Frankreich in der heutigen Zeit unternommen hat, unterscheiden wir zwischen der Sprachpolitik in Bezug auf die französische Sprache und der Sprachpolitik in Bezug auf die Regionalsprachen.

Die zeitgenössische Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf die französische Sprache umfasst drei Perioden, die 1966 beginnen, als die für ihre Verteidigung und Förderung zuständigen Institutionen gegründet wurden. Die zeitgenössische Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf die Regionalsprachen besteht aus zwei Perioden, die mit der Verabschiedung des Deixonne-Gesetzes im Jahr 1951 und der Unterzeichnung der *Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen* (*Charte européenne des langues régionales ou minoritaires*) im Jahr 1999 beginnen.

4. 1. DIE SPRACHENPOLITIK FRANKREICHS VOR DER FRANZÖSISCHEN REVOLUTION

Die Sprachvereinheitlichungspolitik in Frankreich zugunsten der französischen Sprache wurde schrittweise durch die Renaissance, zusammen mit der Bildung der französischen Nation, angewandt¹. Diese Politik unterstreicht auch den Wunsch, die Rolle der lateinischen Sprache zu reduzieren, was die Macht der Kirche reduzieren würde und folglich die Macht des Staates erhöhen würde. Hinzu kommt die Tatsache, dass im ^{13.} Jahrhundert juristische Dokumente gefunden wurden, die von königlichen Notaren in französischer Sprache verfasst wurden, anstatt der vorherigen ausschließlichen Verwendung der lateinischen Sprache. In der Zeit zwischen dem ^{14.} und ^{16.} Jahrhundert wurde die französische Sprache allmählich als Verwaltungssprache in den königlichen Urkunden durchgesetzt und verdrängte die lateinische Sprache aus jeglichem offiziellen Gebrauch.

1539 unterzeichnete Franz I. im Schloss von Villers-Cotterêts die *Ordonnance de Villers-Cotterets*, die das Französische als Amtssprache in Recht und Verwaltung anstelle der lateinischen Sprache beim Verfassen aller Rechts- und Verwaltungsakte vorschreibt, um den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden, die die lateinische Sprache nicht mehr versteht. Dieses schreibt vor, in allen Entscheidungen der obersten Gerichte nur die französische Sprache zu verwenden, um die Mehrdeutigkeit,

¹ Dazu trägt auch die frühe Herausbildung eines geographischen Raumes in der französischen Nation bei, der Frankreich von anderen Ländern unterscheidet (SIBILLE, 2000, 91-92).

Unsicherheit oder die Möglichkeit ihrer Fehlinterpretation abzuschwächen (Art. 110, 111). Tatsächlich handelt es sich um den Pariser Dialekt, der sich durch seine Besonderheiten in der Aussprache, der Intonation und dem Wortschatz auszeichnete, was zu einem Zustand der Diglossie in der Bevölkerung führte, denn das war die Sprache der Elite, des Hofes, der Gebildeten, der Pariser Aristokratie, die ein wichtiger sozialer Faktor war, im Gegensatz zu den regionalen und dialektalen Versionen, die von den unteren Schichten der Bevölkerung gesprochen wurden. Es wurde von etwas weniger als einer Million Franzosen von insgesamt 20 Millionen Einwohnern im Land gesprochen.

Um alle gesellschaftlichen Pflichten erfüllen zu können, musste die französische Sprache durch Regeln und Normen dargestellt, also kodifiziert werden. Zu dieser Zeit gab es Hunderte von "Berufszensoren", die von Ludwig XIV. stark unterstützt wurden. Damals erfuhr die Sprache auch eine besondere Festigung, die sie als überragende Perfektion und ideale sprachliche Fixierung betrachteten. Die Zensoren loben auch die Verwendung des gut gewählten und eleganten Wortschatzes.

Dies war jedoch nicht die einzige Entscheidung in Bezug auf die Sprache. Nach Xavier Deniau (DENIAU, 1983) wurden alle vorangegangenen Vorschriften auch von Karl IX. in Artikel 35 der *Ordonnance de Roussillon* (Ordonnance de 1563, dite de Roussillon, Art. 35) befolgt und galten seit 1629 auch im kanonischen Recht. Außerdem wurde der Gebrauch der französischen Sprache in der Öffentlichkeit in der Region Béarn 1621, in Flandern 1684, im Elsass 1865 und im Roussillon 1700 und 1753 angeordnet (DENIAU, 1983, 82).

Nach der Übersetzung des Neuen Testaments in die französische Sprache, durch Lefèvre d'Étaples im Jahre 1523 und der Ermöglichung der Verteidigung der Thesen in französischer Sprache im Jahre 1624, war ein sehr bedeutendes Ereignis die Gründung der *Französischen Akademie* durch Richelieu im Jahre 1635, während der Periode von Ludwig XIII, die einen ausdrücklichen nationalen Charakter hatte. Ihre Hauptaufgabe war es, sich um die Sprache zu kümmern. In den Artikeln 24, 26 und 44 ihres Statuts steht, dass die Hauptaufgabe der Akademie darin besteht, so hart und fleißig wie möglich zu arbeiten, um der französischen Sprache bestimmte Regeln zu geben und sie rein, beredt und fähig zu machen, sie in der Kunst und Wissenschaft anzuwenden, und danach ein Wörterbuch, Grammatik, Rhetorik und Poetik zu erfüllen, und dass auch Regeln für die Rechtschreibung geschaffen werden sollen (OSTER, 1970, 3-4.). 1694 erschien die erste Ausgabe des *Wörterbuchs der Académie* (*Dictionnaire de l'Académie*), das nur gut gewählte Wörter enthielt und sich auf die Tradition des bekannten "guten Gebrauchs" (*bon usage*) von Vaugelas stützte.

Am Vorabend der Revolution stellte Frankreich im administrativen, rechtlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und sprachlichen Bereich ein einheitliches Land dar. Auf dem Territorium des Königreichs waren die Flamen, Bretonen, Katalanen, Korsen, die frankoprovenzalische Bevölkerung um den Jura, die Elsässer und Lothringer integriert. Die Ansichten der Monarchie in Bezug auf die regionalen Dialekte waren noch umstritten. Ferdinand Brunot (1909) glaubte, dass die königliche Regierung deren Abschaffung nicht wollte. Sie betonte die Überlegenheit der französischen Sprache, ließ aber die lokalen Dialekte zu. Dem widersprach Hermann Van

Goethem (VAN GOETHEM, 1989), der durch Recherchen in den Hofarchiven zu dem Schluss kam, dass es seit der Herrschaft Ludwigs XIV. ein echtes Bestreben gab, die Autorität der französischen Sprache zu etablieren (*ebd.*, 437- 460). Allerdings hatte die Monarchie zu dieser Zeit keine Kontrolle über die Grundschulbildung, die eines der Hauptinstrumente für die Realisierung der *Sprachpolitik* ist (BODÉ, 1991, S.33).

4. 2. DIE SPRACHENPOLITIK FRANKREICHS NACH DER FRANZÖSISCHEN REVOLUTION

Nach der Französischen Revolution 1789 wurde die Politik der Einheit der französischen Nation fortgesetzt und intensiviert, und die Unkenntnis der französischen Sprache war ein Hindernis für die Demokratie und für die Verbreitung der revolutionären Ideen. Mit der Revolution wurde das Feudalsystem abgeschafft, eine neue Aufteilung des Eigentums an Grund und Boden vorgenommen, die Privilegien bestimmter gesellschaftlicher Strukturen abgeschafft, die politische Macht eingeschränkt, die Beziehungen zwischen Kirche und Staat neu geordnet und die Familienstrukturen neu definiert. Die Französische Revolution unterschied sich von den anderen Revolutionen durch ihre universellen Botschaften, die sich auf die gesamte Menschheit bezogen (AULARD, 1901). Im Jahr 1790 begann die Nationalversammlung, alle Gesetze und Dekrete in die Regionalsprachen zu übersetzen, stellte diese Praxis jedoch aufgrund des Mangels an Übersetzern, der hohen finanziellen Kosten und der fehlenden Bereitschaft, die Regionalsprachen zu erhalten,

wieder ein (LECLERC, *La Révolution et la langue nationale des Français* (1789-1870)).

Nach der Revolution wurden Dutzende von Gesetzen über den Gebrauch der Sprache in Verwaltung, Bildung, Kultur und Religion verabschiedet. Dann wurden zum ersten Mal die Sprache und die Nation miteinander verbunden. Seitdem wurde sie zur "Staatsangelegenheit", denn die "geeinte und unteilbare Republik", deren Motto "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" (Liberté, Égalité, Fraternité) lautete, brauchte eine Sprache, die trotz der sprachlichen Verschiedenheit und Eigenartigkeit der alten Provinzen eine Garantie der Unteilbarkeit und ein Instrument zur Hebung des Bildungsniveaus der Massen darstellen sollte. Im September 1791 stellte Talleyrand in seiner Rede in der Nationalversammlung den Zusammenhang zwischen der Verbreitung der französischen Sprache und den schulischen Einrichtungen klar. "Die Sprache der Verfassung und der Gesetze wird allen gelehrt werden, und jene Masse von fehlerhaften Dialekten, die das letzte Überbleibsel des Feudalismus ist, wird verschwinden müssen, weil die Kraft der Dinge es erfordert" (*Rapport du 10 septembre 1791 devant l'Assemblée nationale*, S. 472). Die Bourgeoisie sah in den öffentlichen Reden ein Hindernis für die Verbreitung ihrer Ideen und erklärte ihnen deshalb den Krieg. Ein Mitglied des damaligen Komitees für Volksgesundheit, Bertrand Barère, begann die Verteidigung zugunsten der Existenz einer Nationalsprache: "Die Monarchie hatte einen Grund, dem Turmbau zu Babel zu ähneln, aber die Bürger in der Demokratie die Landessprache nicht kennen zu lassen, bedeutet, dass sie nicht in der Lage sind, die Behörden zu kontrollieren, und das ist ein Verrat am Land... Das freie Volk braucht eine und nur eine Sprache für alle"

(Archives parlementaires, 1ère série, tome LXXXIII, S.713-717).

Das Dekret vom 21. Oktober 1792 über die Organisation des öffentlichen Schulwesens schreibt die französische Sprache als Unterrichtssprache vor. Fünf Tage später wurde ein weiteres Dekret erlassen, das das vorherige ergänzt, wo in Artikel 6 bestimmt wird: "...Die französische Sprache soll bald eine Familiensprache werden" (GUILLAUME, 1894, 688-690). Am 16. prairial, also am 28. Mai 1794, veröffentlicht Henri-Baptiste Grégoire seinen bekannten "*Rapport sur la nécessité et les moyens d'anéantir les patois et d'universaliser l'usage de la langue française*" (Bericht über die Notwendigkeit und die Mittel zur Ausrottung des Patois und zur Universalisierung des Gebrauchs der französischen Sprache), dessen Forschungen im August 1790 begonnen hatten. Er beschreibt die Sprachsituation in Frankreich und die dreißig verschiedenen Dialekte, die den französischen Turmbau zu Babel bilden, gegen "die Sprache der Freiheit". Für ihn ist es paradox oder noch unerträglicher, dass nur 3 von 25 Millionen Franzosen Französisch sprechen und 6 Millionen es überhaupt nicht kennen, obwohl es in Kanada und an der Küste von Mississippi verwendet wird und überall als Universalsprache dargestellt wird (CALVET, 1999, 72).

Mit dem Dekret vom Juli 1794 wurde die französische Sprache als einzige Sprache in Recht und Verwaltung durchgesetzt und die Regionalsprachen verworfen (Décret du II Thermidor an II-20 juillet 1794). Damit wurde festgelegt, dass jeder Akt auf dem Territorium Frankreichs nur in französischer Sprache verfasst werden darf (Décret du II Thermidor an II-20 juillet 1794, art. 1), kein Rechtsakt beglaubigt werden kann, wenn er nicht in dieser Sprache verfasst ist (Décret du II Thermidor an II-20 juillet 1794, art. 2), jeder Beamte,

Offizier oder Regierungstrehänder, der in Ausübung seines Amtes einen Rechtsakt in einem lokalen Idiom oder in einer anderen als der französischen Sprache schreibt oder unterschreibt, wird vor dem Ordnungswidrigkeitengericht in seiner Wohnung festgehalten und zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt und seiner Funktion enthoben (Décret du II Thermidor an II-20 juillet 1794, art. 3). Die gleiche Strafe gilt für jede Person, die einen Monat nach der Veröffentlichung dieses Dekrets auch nicht unterschriebene Urkunden beglaubigt, die in einem lokalen Idiom oder in einer anderen Sprache als Französisch geschrieben sind (Décret du II Thermidor an II-20 juillet 1794, art. 4).

Das Dekret von 1803 (Décret du 24 prairial an XI - 13 juin 1803, S. 598-599), mit dem die französische Sprache in den neuen Grenzen des Reiches ab der linken Rheinseite und in Belgien zur Verwaltungssprache wird, erlaubt jedoch, den verwendeten lokalen Dialekt durch eine adäquate Übersetzung ins Französische zu ergänzen. Während im Rundschreiben vom Oktober 1838 (Circulaires et instructions officielles relatives à l'instruction publique, 1865, 679-680) Anweisungen für den Gebrauch der französischen Sprache gegenüber den lokalen Dialekten gegeben werden, wird bestätigt, dass in verschiedenen Teilen Frankreichs, wo die Einwohner den lokalen Dialekt sprechen, die Kinder in der Grundschule oft die französische Sprache nicht verstehen. In der zweiten Hälfte des ^{19.} Jahrhunderts hat immer noch eine große Anzahl von Franzosen die französische Sprache nicht als erste Sprache benutzt und der Gebrauch der französischen Sprache wurde gleich nach der Schulzeit vernachlässigt. Gérard Bodé ist der Meinung, dass der Militärdienst zur Erhaltung der Sprache beigetragen hat und die gewaltsame Einführung der französischen Sprache das soziale

Gewebe gestört hat. Andere Faktoren, die zur allmählichen Zunahme des Gebrauchs der französischen Sprache auf dem Territorium Frankreichs im ^{19.} Jahrhundert beigetragen haben, sind die industrielle Revolution, die eine starke Land-Stadt-Wanderung verursachte, das Aufkommen der Eisenbahn sowie die Einführung der obligatorischen Grundschulbildung, wodurch das kulturelle Niveau der Bevölkerung angehoben wurde.

Während des gesamten ^{19.} Jahrhunderts war das Bestreben des Landes, die französische Sprache zu verbreiten und eine einzige Sprache durchzusetzen, ständig zu beobachten. Doch obwohl es eine Tendenz gab, dass das Land in Bezug auf Sprachen intervenierte, gab es immer noch eine große Kluft zwischen der Schaffung eines Rechtsinstruments durch die Zentralverwaltung und seiner Anwendung in den Regionen. Nach der Französischen Revolution stand die Sprachpolitik Frankreichs im Widerspruch zum religiösen und intellektuellen Verhalten der Bevölkerung. Das staatliche Projekt zur Durchsetzung der französischen Sprache und der Alphabetisierung der Bevölkerung stand im Konflikt mit den Familien, die die lokalen Dialekte sprachen, denn all das geschah, ohne die wahre Natur des Problems zu bestimmen und zu respektieren. Hinzu kam die Sichtweise der Kirche, die die Regionalsprachen nutzte, um die lokale Bevölkerung an die religiöse Erziehung heranzuführen, was die Lösung dieses Problems weiter erschwerte. Trotz der offiziellen und inoffiziellen statistischen Daten ist es sehr schwierig, eine Schlussfolgerung über die Ergebnisse dieser Sprachenpolitik zu ziehen. Es kann jedoch gesagt werden, dass die französische Sprache seit vor dem Ende des ^{19.} Jahrhunderts sowie während der Französischen Revolution den gleichen Status hat

(BODÉ, 1991, 43.).

Im Laufe des ^{19.} Jahrhunderts und bis zum Beginn der zeitgenössischen Sprachenpolitik Frankreichs in der zweiten Hälfte des ^{20.} Jahrhunderts hat Frankreich eine beeindruckende Anzahl von Gesetzen verabschiedet, die die französische Sprache, die regionalen Sprachen und Kulturen sowie die territorialen Kollektive betreffen. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies ein Dutzend Gesetze, etwa zwanzig Dekrete, fast 40 Verwaltungsentscheidungen, von denen sich 21 auf die Terminologie beziehen, und die gleiche Anzahl von Rundschreiben (НИКОЛОВСКИ, 2002, 34). Die meisten dieser Rechtstexte beziehen sich auf die Förderung des Französischen als Bildungssprache und seiner Terminologie und weniger auf die sprachlichen Rechte von Minderheiten, die der alten Tradition der Ausgrenzung von Regionalsprachen entsprechen. Es gibt jedoch eine Tendenz, das Recht auf Unterscheidung zu stärken und die Besonderheit der Regionalsprachen anzuerkennen.

Während des Zweiten Weltkriegs versuchte das Vichy-Regime erfolglos, die Regionalsprachen in der Grundschulbildung einzuführen. Nach dem Krieg wurde ihnen größere Aufmerksamkeit geschenkt und sie wurden als ein Schatz betrachtet, den es zu bewahren und ihr Verschwinden zu verhindern gilt.

Je nach Beziehung und sprachlichen Aktivitäten, die Frankreich in der heutigen Zeit unternimmt, unterscheiden wir zwischen *Sprachpolitik in Bezug auf die französische Sprache* (НИКОЛОВСКИ, 2002, 35-66 & SAINT ROBERT, 2000) und *Sprachpolitik in Bezug auf die Regionalsprachen* (НИКОЛОВСКИ, 2002, 67-93).

Nach der Arbeitsweise und dem Wirken der Institutionen, deren

Hauptanliegen die Förderung und der Schutz der französischen Sprache ist, unterscheiden wir drei Perioden der zeitgenössischen Sprachpolitik in Bezug auf die französische Sprache: 1. 1966-1984, eine Periode des Wirkens des *Hohen Komitees für die Verteidigung und den Ausbau der französischen Sprache (Haut comité pour la défense et l'expansion de la langue française)* (Décret n°66-203), 2. 1984-1989, eine Periode der Tätigkeit des *Generalkommissariats für die französische Sprache (Commissariat général de la langue française* » *Comité consultatif de la langue française)* (Décret n°84-91), 3. Nach 1989 eine Periode der Tätigkeit des *Obersten Rates der französischen Sprache (Conseil supérieur de la langue française)* und der *Generaldelegation für die französische Sprache und die Sprachen Frankreichs (Délégation générale à la langue française et aux langues de France)* (Décret n°89-403 & Décret n°2001-646).

Hinsichtlich der Sprachenpolitik in Bezug auf die Regionalsprachen werden zwei Perioden unterschieden: 1. 1951-1999, nach der Verabschiedung des Deixonne-Gesetzes, eine Periode ihrer Anwendung im Bildungs- und Kulturbereich sowie der Einrichtung von Institutionen, deren Zweck die Förderung dieser Sprachen in verschiedenen Lebensbereichen ist; 2. Der Zeitraum nach der Unterzeichnung der *Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen (Charte européenne des langues régionales ou minoritaires)* im Jahr 1999, mit der sich Frankreich verpflichtet, 39 der insgesamt 98 vom Europarat vorgeschlagenen Bestimmungen in folgenden Bereichen anzuwenden: Bildung, Justiz, öffentlicher Dienst, Massenmedien, Kultur, Wirtschaft und grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Mit der Verfassungsrevision vom 23. Juli 2008 wurde der Artikel 75-1 der französischen Verfassung hinzugefügt, der

anerkennt, dass die Regionalsprachen Teil des französischen Kulturerbes sind (Loi constitutionnelle du 23 juillet 2008, Artikel 40). Allerdings hat Frankreich diese Charta noch nicht ratifiziert, weil sie verfassungswidrige Klauseln enthält, die mit der französischen Verfassung, nämlich Artikel 2, nach dem Französisch die Sprache der Republik ist, nicht vereinbar sind. Mit der Ratifizierung wäre es notwendig, eine neue Änderung der Verfassung zu implementieren, die es erlauben würde.

FOR AUTHOR USE ONLY

FOR AUTHOR USE ONLY

II ZEITGENÖSSISCHE SPRACHENPOLITIK FRANKREICHS IN BEZUG AUF DIE FRANZÖSISCHE SPRACHE

FOR AUTHOR USE ONLY

5. PERIODEN DER ZEITGENÖSSISCHEN SPRACHPOLITIK FRANKREICHS IN BEZUG AUF DIE FRANZÖSISCHE SPRACHE

Die Sprachenpolitik umfasst alle Maßnahmen, Pläne oder Strategien, die darauf abzielen, den Status und die Form einer oder mehrerer Sprachen zu regeln (CALVET, 1993: 111-123; 1996: 3-9; 1999: 154-155; 2002: 15-16, CRYSTAL, 1999:190, DUBOIS, 2001: 369). Der Anwendungs- und Interventionsbereich, den die französische Sprachenpolitik in Bezug auf die französische Sprache hat, umfasst mehrere Bereiche: das Geschäftsleben, die Information der Verbraucher, den Schutz der Arbeitnehmer, Wissenschaft und

Technik, den Sprachgebrauch bei Veranstaltungen, Seminaren und Kongressen sowie die Verwendung in Zeitschriften und Publikationen. Es umfasst auch den Sprachstand und die Verwendung in Bildung und Wissenschaft, in öffentlichen Diensten (sowohl im Inland als auch im Ausland) und in den Massenmedien sowie die Verbesserung der Sprachterminologie (SAINT ROBERT, 2000 & НИКОЛОВСКИ, 2002).

Um die Perioden der zeitgenössischen Sprachpolitik Frankreichs bezüglich der französischen Sprache zu kategorisieren, haben wir eine große Anzahl von Verwaltungsentscheidungen bezüglich der französischen Sprache analysiert (НИКОЛОВСКИ, 2002: 101-118). Aufgrund der recherchierten Daten haben wir als Ausgangspunkt der zeitgenössischen Sprachpolitik Frankreichs bezüglich der französischen Sprache das Jahr 1966 bestimmt, als die erste Institution zum Schutz der französischen Sprache gegründet wurde - *Haut comité pour la défense et l'expansion de la langue française* (Décret n°66-203). Mit der Gründung dieser Institution begann Frankreich, eine neue und systematischere Dimension des Schutzes der französischen Sprache zu zeigen und eine spezifische Haltung dazu zu entwickeln. Wir haben die Kategorisierung der sprachpolitischen Perioden auf der Grundlage der Arbeitsweisen und Handlungsabläufe vorgenommen, die die französischen Sprachschutzinstitutionen angewandt haben. Die erste Periode des Handelns ist die des *Haut comité pour la défense et l'expansion de la langue française* (1966-1984), die zweite Periode ist die des Handelns des *Commissariat général de la langue française* und des *Comité consultatif de la langue française* (1984-1989) und die dritte umfasst die Zeit der Tätigkeit von *Conseil supérieur de la langue*

française und *Délégation générale à la langue française et aux langues de France* (1989-2001).

5. 1. DIE ERSTE PERIODE FRANKREICHS ZEITGENÖSSISCHE SPRACHPOLITIK IN BEZUG AUF DIE FRANZÖSISCHE SPRACHE

Das Hauptziel des *Haut Comité pour la défense et l'expansion de la langue française* war die Durchführung von Maßnahmen sowohl zum Schutz als auch zur Verbreitung der Sprache, die Herstellung von Verbindungen mit den entsprechenden Institutionen, insbesondere mit denen, die im Bereich der Kultur und Technologie tätig sind, die Förderung von Initiativen mit Zielen, die mit den Dienstleistungen der jeweiligen Institution übereinstimmen, und die Aufnahme der Zusammenarbeit mit allen anderen, die Dienstleistungen im Rahmen der Ziele des *Haut Comité* anbieten. 1973 wurde der Name dieser Institution durch *Haut Comité de la langue française* ersetzt (Décret n°73-194).

Die Sprachenpolitik in dieser Zeit hat mehrere Richtungen: Aufwertung der französischen Sprachterminologie, Schutz des Kammers, Schutz der Arbeitnehmer, Stärkung der Stellung der französischen Sprache im In- und Ausland und Förderung der Mehrsprachigkeit.

Ungeachtet der Tatsache, dass bereits in der Zeit von 1970 bis 1972 innerhalb bestimmter Institutionen in Frankreich Fachausschüsse zur Terminologieentwicklung eingerichtet worden waren, wurde erst 1972 ein Dekret zu deren OffIALIZIERUNG erlassen

(Décret n°72-19, Art. 2). Ihre Aufgabe war es, neue Begriffe zu schaffen, um die terminologischen Lücken in bestimmten Bereichen und Gebieten zu füllen oder/und die Lehnwörter durch adäquate französische Wörter zu ersetzen. Die neuen Begriffe sollten vollständig den morphologischen und syntaktischen Regeln der französischen Sprache folgen, was ihren Erwerb und ihre Anwendung erleichtern sollte. Bei der Analyse dieses Zeitraums haben wir festgestellt, dass es eine große Anzahl von Rundschreiben und Verwaltungsbeschlüssen gab, die die Verbesserung der Terminologie in vielen Bereichen und Gebieten betrafen. Sogar das Gesetz über den Gebrauch der französischen Sprache, das 1975 eingeführt wurde (Loi n°75-1349), bekräftigt nachdrücklich den Ersatz von Fremdwörtern und -ausdrücken durch adäquate französische (*ebd.*, Art. 1, 4, 5, 8.).

Schon vor der Flut zahlreicher Produkte aus aller Welt, die in dieser Zeit den französischen Markt eroberten, hatte Frankreich es für notwendig erachtet, *seine Verbraucher* und seine Sprache vor dem Eindringen von Fremdwörtern zu *schützen*. Das Gesetz über den Gebrauch der französischen Sprache - 1975 eingeführt - verlangte, dass die französische Sprache in jedem Etikett, jedem Angebot und jeder Präsentation von Waren oder Dienstleistungen verwendet wird und jedes Fremdwort oder jede Phrase außer den bereits assimilierten vermieden wird.

Zum Schutz der *Arbeitnehmer gilt*: "Jeder schriftliche Arbeitsvertrag für eine auf französischem Staatsgebiet ausgeführte Arbeit muss in französischer Sprache abgefasst sein" (Code du travail, Art. L. 121- 1). In den Verträgen dürfen keine für Muttersprachler unverständlichen Ausdrücke vorkommen, und falls

doch, müssen sie klar erklärt werden, damit der Vertragsunterzeichner nicht in die Irre geführt wird.

In dieser Zeit betreibt Frankreich auch in den anderen Bereichen eine intensive Sprachpolitik. Es wurden zahlreiche Initiativen zur Verbesserung der Sprachqualität in Dokumenten der öffentlichen Verwaltung und in der Justiz gestartet (Circulaire du 31 juillet 1974 und Circulaire du 14 juin 1983), die internationale Zusammenarbeit mit frankophonen Ländern wurde ebenso gefördert wie die Bemühungen um die Verbreitung der französischen Sprache in anderen Ländern weltweit durch die Gründung verschiedener Organisationen und Subventionen für das Sprachenlernen (CALVET, 1999: 206).

Einer der neuen Kurse innerhalb dieser Periode der französischen Sprachpolitik bezüglich der französischen Sprache ist die *Förderung der Mehrsprachigkeit*. Bei der Kennzeichnung, dem Angebot und der Präsentation von Waren oder Dienstleistungen muss "jedem Text in französischer Sprache eine Übersetzung in eine oder mehrere Fremdsprachen beigelegt werden" (Loi n°75-1349, Art. 1). Diese Strategie dient dazu, einen Anreiz für Mehrsprachigkeit sowohl auf europäischer als auch auf globaler Ebene zu geben, als einen der zukünftigen Schritte Frankreichs gegen die Hegemonie der englischen Sprache.

Die erste Periode der zeitgenössischen Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf die französische Sprache ist die grundlegende Periode, aus der die Kurse und Strategien der beiden folgenden Perioden hervorgehen werden.

5. 2. DIE ZWEITE PERIODE DER ZEITGENÖSSISCHEN SPRACHPOLITIK FRANKREICHS IN BEZUG AUF DIE FRANZÖSISCHE SPRACHE

Wir nehmen das Jahr 1984 als Determinante für den Beginn der zweiten Periode der zeitgenössischen Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf die französische Sprache, d.h. das Jahr, in dem die Institutionen der vorherigen Periode durch das *Comite consultatif de la langue française* und das *Commissariat général à la langue française* ersetzt werden.

Das Ziel des *Comite consultatif de la langue française* ist die Analyse aller Fragen, die sich auf den Gebrauch und die Förderung der französischen Sprache beziehen, die Verbreitung der Frankophonie und der Regionalsprachen sowie die Gestaltung der Politik Frankreichs bezüglich der Fremdsprachen (Décret n°84-91, Art. 2). Dieses Komitee ist auch berechtigt, Vorschläge, Empfehlungen und Stellungnahmen zu allen Fragen abzugeben, die ganz oder teilweise mit seiner Arbeit und seinen rechtlichen Befugnissen zusammenhängen.

Das *Commissariat général à la langue française* hat die Aufgabe, alle sprachbezogenen Aktivitäten der öffentlichen und privaten Organisationen zum Schutz und zur Verbreitung der Sprache zu initiieren und zu koordinieren (*ebd.*, Art. 6.). Die Konsultation des *Kommissariats* ist für alle Ministerien obligatorisch, wenn ihre Aktivitäten in den Bereich ihrer rechtlichen Befugnisse fallen. Es koordiniert den Gebrauch der Terminologie und ihre Anwendung in der französischen Sprache sowohl innerhalb des Landes als auch auf

internationaler Ebene und verfügt über ein Kooperationsnetz mit den Verbänden zur Förderung und zum Schutz der französischen Sprache.

Die Handlungsweisen und Strategien der gegenwärtigen Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf die französische Sprache folgen hauptsächlich denen der vorangegangenen Periode, es gibt aber auch einige neue.

Das Dekret von 1972 über die *Erweiterung der Terminologie* in der französischen Sprache liefert schließlich die erwarteten Ergebnisse. Unsere Analyse der zweiten Periode hat Neues hinsichtlich der Terminologiederweiterung in den Bereichen Telekommunikation, Verteidigung, Städtebau, Wirtschaft und Finanzen, Landwirtschaft, Wasser- und Lufttransport und Verkehr festgestellt.

In dieser Zeit ist eine deutliche *Zunahme der Kontakte zwischen Frankreich und den frankophonen Ländern zu verzeichnen*, die sich nach der Gründung des *Haut Conseil de la francophonie* (Décret n°84-171) deutlich intensiviert. Das Ziel dieses Rates ist es, die Aktivitäten zur Verbreitung, Bereicherung und zum Schutz der französischen Sprache und zur Intensivierung ihres Gebrauchs in der ganzen Welt zusammen mit der frankophonen Entwicklung anzuregen, zu leiten und zu fördern.

Darüber hinaus haben wir festgestellt, dass diese Periode mit einer *höheren Alarmstufe über den Status der französischen Sprache in den audiovisuellen Medien* gekennzeichnet ist. Diese Wachsamkeit war auch einer der Schwerpunkte der neu gegründeten *Commission nationale de la communication et des libertés*, deren Aufgabe der Schutz und die Verbreitung der Sprache in der französischen

Kinematographie und im Rundfunk ist (Loi n°86-1067).

Seit 1985 wird die *Prüfung der französischen Sprachkenntnisse* für Ausländer in Form von Prüfungen mit Diplomabschluss durchgeführt (Arrêté du 22 mai 1985). Dabei wird das Niveau der Sprachbeherrschung nach allgemein anerkannten Kriterien ermittelt und bescheinigt, um den Zugang zu Arbeitsplätzen und Positionen zu ermöglichen, die entsprechende französische Sprachkenntnisse erfordern. Die alten Züge der heutigen Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf die französische Sprache, die von dem 1975 eingeführten Gesetz über den Gebrauch der französischen Sprache ausgingen, das auf Mehrsprachigkeit und den Schutz des Verbrauchers und des Arbeiters abzielte, bilden auch die zweite Periode. Wir haben diese Periode die *Periode der Kohärenz der öffentlichen Institutionen* im Hinblick auf eine stärkere Verwendung und den Schutz der Sprache genannt.

5. 3. DIE DRITTE PERIODE DER ZEITGENÖSSISCHEN SPRACHPOLITIK FRANKREICHS IN BEZUG AUF DIE FRANZÖSISCHE SPRACHE

Die dritte und letzte Periode beginnt 1989 mit der Gründung von zwei neuen Institutionen: *Conseil supérieur de la langue française* und *Délégation générale à la langue française*.

Der *Conseil supérieur de la langue française* befasst sich mit dem Sprachgebrauch, den Vorschriften zur Verwendung, Bereicherung, Verbesserung und Verbreitung der Sprache in Frankreich sowie mit der Fremdsprachenpolitik (Décret n°89-403, Art.

2). Es gibt Anregungen, Handlungsformen und Stellungnahmen zu allen Fragen, die mit der französischen Sprache, ihrem Gebrauch in Bildung, Wissenschaft, Technik, neuen Kommunikationstechnologien und Massenmedien in ganz Frankreich zusammenhängen. Es arbeitet auch an der Steigerung des öffentlichen Bewusstseins für die Nationalsprache und die Mehrsprachigkeit, an der Stärkung der Position der französischen Sprache in den frankophonen Ländern und den europäischen Institutionen. Im Gegensatz zu seiner Vorgängerin schließt es die Regionalsprachen von seiner Zuständigkeit aus.

Die Aufgabe der *Délégation générale à la langue française* besteht darin, die Aktivitäten der öffentlichen und privaten Institutionen zu initiieren und zu koordinieren, die zur Verbreitung und zum korrekten Gebrauch der französischen Sprache in Bildung, Kommunikation, Wissenschaft und Technik beitragen (Décret n°89-403, Art. 7). Sie unterstützt alle Initiativen, die vom *Conseil supérieur de la langue française* ausgehen (*idem*, art.9). Um auch die Regionalsprachen Frankreichs mit einzubeziehen, änderte sie 2001 ihren Namen in *Délégation générale à la langue française et aux langues de France* (Décret n°2001-646).

In unserer Analyse zeigt die dritte Periode der zeitgenössischen Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf die französische Sprache eine erhöhte Mobilität in Frankreich in Bezug auf die Sprache. Zu Beginn dieser Periode wurde die *Agence pour l'enseignement français à l'étranger* mit dem obersten Ziel gegründet, die *Sprache auf internationaler Ebene zu verbreiten* und ausländische Studenten zu ermutigen, ihre Ausbildung in Frankreich fortzusetzen. Sie ist daher für die Vergabe von Finanzhilfen an Institutionen zuständig, die zur

Verbreitung der französischen Sprache im Ausland beitragen. (Loi n°90-588, art. 2, 7).

In der Absicht, die Position der französischen Sprache im Land zu stärken und diese Notwendigkeit durch ihre Souveränität zu unterstreichen, führt Frankreich im Jahr 1992 in seiner Verfassung die Klausel "Französisch ist die Sprache der Republik" ein². Dadurch wird der *Status der Sprache sowohl nach innen als auch nach außen geschützt*, was später ihre Minorisierung durch die Ausbreitung der englischen Sprache verhindern sollte.

Darüber hinaus ist dies ein Zeitraum, in dem die öffentliche Verwaltung auf die *Einhaltung der französischen Sprachnorm* aufmerksam gemacht wird, die ihren korrekten Gebrauch in allen Verwaltungsaktivitäten im Land und in den internationalen Beziehungen gewährleisten soll.

Besonderes Augenmerk wird auf die *Anwendung der französischen Sprache auf Internetseiten gelegt*. Bei der Analyse dieses Zeitraums haben wir eine zunehmende Anzahl von Verwaltungsentscheidungen festgestellt, die sich auf die obligatorische Verwendung der französischen Sprache in diesem Aspekt beziehen, zusammen mit einer begleitenden Übersetzung in mindestens einer Fremdsprache, in Übereinstimmung mit den Zielen der Website selbst. Dieser Kurs steht in direktem Zusammenhang mit der Beachtung der *Mehrsprachigkeit im Internet*.

Aufgrund der Tatsache, dass die Sprache das Schlüsselement für die soziale Integration der Menschen ist, intensiviert Frankreich seinen *Kampf gegen den Analphabetismus*, indem es Tests zur

²« La langue de la République est le français », Constitution du 4 octobre 1958, art. 2.

Bestimmung des Niveaus der französischen Sprachkenntnisse bei jungen Rekruten organisiert (Loi n° 97-1019, Art. L. 114-3). Aufgrund dieser Ergebnisse ergreift der Staat zusätzliche Maßnahmen zur Erhöhung der Alphabetisierung und des Niveaus der französischen Sprachkenntnisse bei seinen Bürgern.

Aufgrund des Prinzips der Gleichstellung der Geschlechter wird in der dritten Periode die Feminisierungspolitik mit spezifischen Formen einiger Substantive im femininen Geschlecht vorangetrieben. Obwohl bereits offiziell eingeführt (Circulaire du 11 mars 1986), werden mit einem Rundschreiben im Jahr 1998 (Circulaire du 6 mars 1998) erneut die weiblichen Formen für Substantive, die bestimmte Berufe oder Titel bezeichnen, vorgeschrieben, die in allen offiziellen Dokumenten der staatlichen Institutionen zu verwenden sind. Darüber hinaus wird die *Commission générale de terminologie et de néologie* beauftragt, Forschungen zu diesem Thema durchzuführen, während das *Institut national de la langue française* eine Broschüre über die Verwendung der weiblichen Geschlechtsformen herausgeben soll.

In dieser Zeit reagiert der Staat durch mehrere Verordnungen und Dekrete, *um den Status der Sprache in den Massenmedien und in der Filmproduktion zu etablieren*, und überwacht regelmäßig den Stand der Dinge. Zu diesem Zweck arbeitet er mit Institutionen aus den frankophonen Ländern zusammen und stellt finanzielle Mittel für die Realisierung von Film- und Musikproduktionen in französischer Sprache zur Verfügung.

In dieser Zeit arbeiten die *Commission générale de terminologie et de néologie* und die *Commissions spécialisées de terminologie et de néologie*, jetzt als Groupe d'experts bezeichnet, weiter intensiv an

der *Bereicherung der französischen Sprache* (Décret n°96-602 du 3 juillet 1996). Die *Commissions spécialisées de terminologie et de néologie*, die Bestandteil der jeweiligen Ministerien sind, bereiten die neu geschaffenen Begriffe vor und reichen sie bei der Generalkommission ein. Wenn auch die Französische Akademie den von den Fachkommissionen neu geschaffenen Begriffen zugestimmt hat, analysiert die *Commission générale de terminologie et de néologie* diese und genehmigt ihre Einführung und Anwendung. Um die Einstimmigkeit der entsprechenden Terminologie in den frankophonen Ländern und internationalen Organisationen zu erreichen, wird der regelmäßige Kontakt mit den entsprechenden Institutionen gepflegt. In unserer Analyse dieses Zeitraums haben wir wieder eine gute Anzahl neuer Entscheidungen zur Bereicherung der französischen Sprache in verschiedenen Bereichen und Gebieten festgestellt.

Wir haben auch eine ständige Aktivität der autorisierten *Verbände zum Schutz der französischen Sprache* festgestellt, die den Zustand der Sprache sorgfältig überwachen und der *Délégation générale à la langue française* regelmäßig Berichte vorlegen. Nach dem 1994 eingeführten Gesetz über den Gebrauch der französischen Sprache (Loi du 4 août 1994) sind sie befugt, gegen diejenigen, die dagegen verstoßen, gerichtlich vorzugehen (*ebd.*, Art. 19 & Code de procédure pénale, Art. 2-14).

Die dritte Periode zeigt die Fortsetzung des bisherigen Kurses der zeitgenössischen Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf die französische Sprache (Schutz des Arbeitnehmers und des Verbrauchers, Förderung der Mehrsprachigkeit und Verbreitung der Frankophonie), jetzt verstärkt durch das 1994 eingeführte Gesetz

über den Gebrauch der französischen Sprache, das das Gesetz von 1975 wegen seiner zahlreichen Schwächen abgelöst hat.

6. DIE FRANZÖSISCHE SPRACHE ALS MITTEL ZUR INFORMATION DER VERBRAUCHER UND DES ARBEITNEHMERSCHUTZES

Die zeitgenössische französische Sprachpolitik in Bezug auf die französische Sprache ist auf viele Lebensbereiche gerichtet. Sie ist das Ergebnis von Richtlinien, Strategien und Ereignissen, die früher im gesamten gesellschaftlichen Leben stattgefunden haben. Alle Etappen der französischen Sprachpolitik in diesen Bereichen stehen in direktem Zusammenhang mit den vorangegangenen historischen Perioden und wirtschaftlichen Phänomenen, die sich im Laufe der Geschichte Frankreichs ereignet haben, und haben eine direkte Auswirkung auf zwei Bereiche, die das Ziel unserer Darstellung sind.

Die *Information der Verbraucher* wird aufgrund ihrer potenziellen Verletzlichkeit durch die Verkäufer notwendig. Diese Beziehungen werden in Frankreich (Caron, 1995; Bournay & Pionnier, 2007) durch die gesetzlichen Maßnahmen geregelt, die im Verbraucherschutzgesetz festgelegt sind. Es gibt mehrere Institutionen, die für den Schutz der Gesundheit der Verbraucher, ihrer Sicherheit und ihrer wirtschaftlichen Interessen sorgen und mit Mitteln für die Verteidigung ihrer Rechte ausgestattet sind. Der Verbraucherschutz beinhaltet, dass der Staat mehrere Gesetzesprojekte vorschlägt und umsetzt, die darauf abzielen, die Rechte der Verbraucher, ihren Schutz und ihre Information zu stärken

(Projet de loi renforçant les droits, la protection et l'information des consommateurs - Position de la CCIP).

Die Vorschriften über die französische Sprache als Mittel zum *Schutz des Arbeitnehmers* gelten für Dokumente, die beim Abschluss von Arbeitsverträgen, der internen Gesetzgebung der Unternehmen, Vereinbarungen, Tarifverträgen, Arbeitsangeboten und allen anderen Dokumenten unterzeichnet werden, die Bestimmungen enthalten, die notwendig sind, um den Arbeitnehmer mit den Pflichten im Rahmen seiner Arbeit in Frankreich vertraut zu machen .

Mit diesen Maßnahmen wird der Arbeitnehmer vor einer möglichen Kündigung oder anderen nachteiligen Situationen im Arbeitsumfeld geschützt, die sich aus einem Missverständnis des unterzeichneten Vertrags ergeben und weitere Konsequenzen für ihn nach sich ziehen.

6. 1. UNTERRICHTUNG DES VERBRAUCHERS

Nach dem Gesetz für den Gebrauch der französischen Sprache von 1994 (Loi du 4 août 1994) wurde die Verwendung der französischen Sprache bei der "Kennzeichnung, dem Angebot, der Aufmachung, der Art der Verwendung, der Beschreibung des Inhalts und der Garantiebedingungen von Waren, Produkten oder Dienstleistungen sowie bei allen Rechnungen und Quittungen" verbindlich vorgeschrieben (Art. 2). Bei der Übersetzung in andere Sprachen soll die "französische Beschriftung ebenso lesbar, klar und verständlich" sein wie Zeichen anderer Sprachen (Art. 4). Eine Ausnahme gilt für "charakteristische Produkte mit fremdländischen

Namen, die dem Publikum bereits bekannt sind" (Art. 2). Verstöße schließen autorisierte Personen ab, die eine ständige Kontrolle durchführen (Art. 16), und Zuwiderhandelnde werden vorhergesagt und mit entsprechenden rechtlichen Sanktionen belegt (Décret n° 95-240 du 3 mars 1995).

Bei der Ausübung der Kontrolle sind vorrangig Produkte und Dienstleistungen zu berücksichtigen, die in direktem Zusammenhang mit der Sicherheit und Gesundheit der Verbraucher stehen, die klare und verständliche Informationen benötigen. Nach den Berichten über die Anwendung des Gesetzes über den Gebrauch der französischen Sprache vom 4. August 1994 (*Rapports au Parlement sur l'application de la loi du 4 août 1994 relative à l'emploi de la langue française*, 2000) ist die Zahl der Kontrollen von 1990 bis 2000 stetig gestiegen und seit 1996 ist ein Abwärtstrend bei den Verstößen zu verzeichnen (*ebd.* 25). Dies ist auf das wachsende öffentliche Bewusstsein für die gesetzlichen Bestimmungen zurückzuführen. Wenn die Grundlage der Verstöße nimmt Fremdsprache, die nicht exekutiv in Französisch übersetzt wird, dann in erster Linie ist Englisch, Deutsch, Italienisch und Spanisch.

Bei der Ausübung der Kontrolle sind autorisierte Verbände für den Schutz der französischen Sprache enthalten, die trotz der Möglichkeit der Einleitung von Strafverfahren gegen die nicht respektiert die gesetzlichen Bestimmungen, regelmäßig Beratung für alle Parteien, die es anfordern, und ziehen mehr Medienkampagnen für die korrekte Anwendung der Sprache. Sie erinnert auch ständig an die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Sprache.

In den Jahren 1999 und 2000 werden von den Gerichten in Paris und Südfrankreich die meisten Delikte im Zusammenhang mit

unvollständigen oder falschen Verbraucherinformationen registriert (*ebd.*, 37), und bei der Verhängung von Strafen können die Richter das Rechtskumulativprinzip anwenden, d.h. so viele Strafen verhängen, wie es Produkte gibt, mit denen der Verstoß begangen wurde.

In der Versicherungsbranche werden Vorschriften für die Verwendung der französischen Sprache angewendet. Dort sollen alle Informationen bei Abschluss des Versicherungsvertrages eindeutig in französischer Sprache verfasst sein (*Code des assurances*, Partie Législative, Livre I: Le contrat, art. L 112-3), wodurch der Versicherte als Verbraucher informiert wird.

6. 2. ARBEITNEHMERSCHUTZ

Die wichtigsten Bestimmungen in diesem Bereich stammen aus dem Gesetz über den Gebrauch der französischen Sprache von 1994 und dem Arbeitsgesetzbuch. Mit ihnen wurde eine obligatorische Verwendung der französischen Sprache bei der Erteilung bestimmter Informationen an den Arbeitnehmer durch den Arbeitgeber beim Abschluss von Arbeitsverträgen (LOI, Art. 8 & CODE, Art. L. 121-1), in der internen Regulierungspolitik des Unternehmens (LOI, Art. 9 - 1 & CODE, Art. L. 122-35), in allen Dokumenten, die die Verpflichtungen und notwendigen Handlungen enthalten, die für den Arbeitnehmer bei der Ausübung seiner Arbeit unerlässlich sind, es sei denn, es handelt sich um Dokumente, die ins Ausland geschickt werden oder von dort empfangen werden (LOI, Art. 9-2 & CODE, Art. L. 122-39-1), dann in allen Vereinbarungen und Tarifverträgen (LOI,

Art. 9-IV & CODE, Art. L. 132-2-1) sowie bei Stellenangeboten aller Dienste, die sich auf dem französischen Staatsgebiet befinden, unabhängig von der Staatsangehörigkeit des Inhabers des Angebots oder des Arbeitgebers, oder außerhalb seines Staatsgebiets, wenn der Inhaber des Angebots Franzose ist (LOI, Art. 10 & CODE, Art. L. 311-4).

Obwohl als Kontrolleure der französischen Sprache in diesem Bereich die Kommission für die Inspektion der Arbeitsrechte und die Berufssyndikate berechtigt sind, die ein gerichtliches Verfahren einleiten können (CODE, Art. L. 411-11), ist dennoch anzumerken, dass im Gegensatz zur systematischen Kontrolle bezüglich der Sprache, die im Bereich für die Information der Kunden verwendet wird, die Daten, die der Generaldelegation für die französische Sprache und die französischen Sprachen zur Verfügung stehen, unvollständig sind und es nicht erlauben, die tatsächliche Situation kennen zu lernen. Diese Situation ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass es unmöglich ist, alle Dokumente zur Verfügung zu haben, die Bestimmungen enthalten, die für den Mitarbeiter bei der Ausübung seiner Arbeit notwendig sind.

Nach Angaben des Ministeriums für Kultur und Kommunikation und des Vereins *Le droit de comprendre (La langue française dans tous ses états*, 1999, 21-31) verwenden französische Firmen zunehmend Englisch als Arbeitssprache mit ausländischen Kunden, weil sie darin ein effektives Mittel zur Kommunikation mit Geschäftspartnern sehen. Im Gegensatz dazu gibt es Unternehmen, denen es um besonders sensible Sprachfragen geht, so dass sie den Mitarbeitern in ihren ausländischen Niederlassungen das Erlernen der französischen Sprache zwingend vorschreiben.

Individuelle Verträge, unternehmensinterne rechtliche Regelungen und Tarifverträge stellen kein Problem für den Gebrauch der französischen Sprache dar.

Bei Stellenangeboten, die in einer Fremdsprache verfasst sind, gab es eine Tendenz zur Abnahme von Verstößen bezüglich der Verwendung der französischen Sprache. Die Arbeitsinspektion erinnert Arbeitgeber und alle anderen Inhaber von Stellenangeboten ständig an die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich des Schutzes und der Verwendung der Sprache.

7. DIE FRANZÖSISCHE SPRACHE IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Es gibt viele Definitionen, die den Begriff der *Sprachpolitik* definieren (НИКОЛОВСКИ, 2002). Dieses Kapitel stützt sich auf die Definition von Calvet, nach der *Sprachpolitik* "die Gesamtheit der bewussten Entscheidungen über die Beziehungen zwischen der Sprache und dem sozialen Leben, insbesondere zwischen der Sprache und dem nationalen Leben" bedeutet, während *Sprachplanung* "die Suche nach und die Verwendung von Mitteln, die für die Anwendung der Sprachpolitik notwendig sind" bedeutet (CALVET, 1999: 154-155).

Aufgrund des großen Umfangs dieses Bereichs und zum Zweck einer besseren Analyse und Darstellung des Zustands der französischen Sprache haben wir drei Unterbereiche gebildet: *Veranstaltungen, Seminare und Kongresse; Zeitschriften und Publikationen; und Bildung, Prüfungen, Hochschulzugang und*

Diplomarbeiten/Dissertationen Ankündigungen.

Diese Teilbereiche sind für den Erhalt der Sprache von großer Bedeutung und werden daher besonders beachtet. Man kann mit Recht sagen, dass sie einige der Säulen für den Schutz der Sprache sind und daher zu Recht einen besonderen Platz in der Sprachenpolitik Frankreichs einnehmen.

7. 1. VERANSTALTUNGEN, SEMINARE UND KONGRESSE

Bei der Durchführung von internationalen Veranstaltungen, Kongressen oder Seminaren in Frankreich müssen einige Regeln beachtet werden. Das heißt, jeder Teilnehmer muss die Möglichkeit haben, sich in französischer Sprache auszudrücken, die Dokumente, die sich auf das Programm dieser Versammlungen beziehen, müssen in französischer Sprache verfasst sein, und alle anderen veranstaltungsbezogenen Dokumente, die veröffentlicht werden sollen, müssen in französischer Sprache verfasst sein (*Loi du 4 août 1994 relative à l'emploi de la langue française*, art. 6). In Anbetracht der Verpflichtung und des Wunsches der Teilnehmer, sich in französischer Sprache auszudrücken - einerseits, und der Notwendigkeit, von den ausländischen Teilnehmern dieser Versammlungen verstanden zu werden - andererseits, ist eine Regelung vorgeschrieben, nach der es eine Simultan- oder Konsekutivverdolmetschung in die andere(n) Fremdsprache(n) geben muss, was meistens das Englische ist. Die Nichteinhaltung dieser Anforderungen führt zu einer entsprechenden gesetzlichen Strafe und zu einer Verpflichtung der Organisatoren und Gastgeber, alle vom Staat für die Durchführung und Bewirtung der Veranstaltung

bereitgestellten Gelder zurückzuerstatten (*Nouveau code pénal* : art. 131-13). Die *Generaldelegation für die französische Sprache und die Sprachen Frankreichs*, die laut Rundschreiben vom 19. März 1966 (Circulaire du 19 mars 1966) für die Überwachung der Einhaltung der Regeln in diesem Teilbereich zuständig ist, hat eine konsequente Ausübung dieser Regeln festgestellt, abgesehen von der gelegentlichen Unterlassung von Dolmetscherdiensten bei den Veranstaltungen, die meist aufgrund ihrer hohen Kosten erfolgt. Infolgedessen gewährt die Delegation seit 1996 in Übereinstimmung mit den allgemeinen Anforderungen für die Durchführung von Veranstaltungen, Kongressen und Seminaren, dem Standpunkt der Experten in diesem Bereich und der Stellungnahme der eigens zu diesem Zweck gegründeten *Kommission für die Unterstützung des Simultandolmetschens* (*Commission d'aide à l'interprétation simultanée - CODALIS*) eine finanzielle Unterstützung für die Dolmetschleistungen bei internationalen Veranstaltungen, die in Frankreich stattfinden und von Frankreich ausgerichtet werden.

7. 2. FACHZEITSCHRIFTEN UND PUBLIKATIONEN

Alle Zeitschriften und Publikationen in Frankreich, die in einer Fremdsprache verfasst sind und von einer Person oder Organisation herausgegeben werden, die finanzielle Unterstützung vom Staat erhält, müssen mindestens eine Zusammenfassung in französischer Sprache enthalten (*Loi du 4 août 1994 relative à l'emploi de la langue française*: art. 7). Das Gesagte bezieht sich auf die wissenschaftlichen Zeitschriften und Publikationen, die in zwei

Kategorien eingeteilt werden: *Zeitschriften der primären Kommunikation* und *Zeitschriften des synthetisierenden Typs*.

Der Zweck der *primären Kommunikationszeitschriften* (*Revue de communication primaire*) ist die Präsentation neuer wissenschaftlicher Fakten für das internationale wissenschaftliche Publikum; am häufigsten werden diese Zeitschriften in englischer Sprache veröffentlicht. Daher muss immer dann, wenn ihre Veröffentlichung durch den französischen Staat gefördert wird, die Verpflichtung, eine Zusammenfassung in französischer Sprache beizufügen, vollständig eingehalten werden.

Der Zweck von *Synthesizer-Zeitschriften* (*Revue de synthèse*) ist die Verbreitung der wichtigsten und neuesten wissenschaftlichen Fortschritte an ein breiteres Publikum. Meistens sind sie in französischer Sprache verfasst, aber auch zweisprachige oder mehrsprachige Ausgaben sind keine Ausnahme. Im letzteren Fall muss auch in diesen Zeitschriften ein Abstract in französischer Sprache vorliegen.

Diese rechtlichen Anforderungen bezüglich der Verwendung der französischen Sprache gelten für alle anderen Formen wissenschaftlicher Veröffentlichungen, Berichte, Proceedings, zusammenfassende Forschungsarbeiten, Studien usw., und es wurde bisher festgestellt, dass sie vollständig eingehalten werden.

Darüber hinaus haben wir ein zunehmendes Interesse an diesen Zuschüssen für die Zeitschriften festgestellt; um jedoch die Qualität und die hohen Kriterien des wissenschaftlichen Aspekts aufrechtzuerhalten, bleibt der durchschnittliche Zuschuss für Zeitschriften für die meisten wissenschaftlichen Bereiche unverändert.

Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet die Stiftung *Centre national du livre* (Nationales Buchzentrum), deren Aufgabe u. a. darin besteht, die französische Sprache und Kultur zu schützen und zu verbreiten sowie die Übersetzung fremdsprachiger Literatur ins Französische und umgekehrt zu fördern (Décret n°93-397 du 19 mars 1993 : art. 3.). Darüber hinaus soll es die französischen und ausländischen Bibliotheken, Kultureinrichtungen und Buchhandlungen zum Kauf von Büchern von besonderem wissenschaftlichem, technischem oder kulturellem Wert in französischer Sprache anregen (Décret n°96-421 du 13 mai 1996: art. 1er).

7. 3. AUSBILDUNG, PRÜFUNGEN, ZULASSUNGSTESTS UND DIPLOMARBEIT/DISSERTATION

Die französische Sprache ist in allen öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen Pflicht im Unterricht, bei Prüfungen, Zulassungstests und Abschlussarbeiten/Dissertationen. Die einzigen Ausnahmen sind die Schulen, in denen die regionalen Sprachen und Kulturen unterrichtet werden, die internationalen Schulen und die Schulen für ausländische Staatsbürger, d.h. nur für Einwanderer (*Loi du 4 août 1994 relative à l'emploi de la langue française*: art. 11). "Die Beherrschung der französischen Sprache und die Kenntnis von zwei Fremdsprachen ist eines der vorrangigen Ziele der Bildung" (*Loi n°89-486 du 10 juillet 1989*: art. 1er). Die *Generaldelegation für die französische Sprache und die Sprachen Frankreichs* hat in keiner der genannten Bildungseinrichtungen einen Verstoß gegen diese

Rechtsakte festgestellt.

Andererseits gibt es Master- und Doktorarbeiten, die in einer Fremdsprache verfasst werden, wenn die Arbeit in Zusammenarbeit mit ausländischen Labors und Forschungszentren bearbeitet wird. In diesem Fall enthalten alle diese Arbeiten eine Zusammenfassung in französischer Sprache. Es gibt auch eine Situation, in der die Dissertation in Zusammenarbeit mit einem Mentor erstellt wird. In diesem Fall muss die Dissertation in der offiziellen Sprache des Landes geschrieben werden, in dem diese Art von Mentorschaft stattfindet, ergänzt durch ein Abstract in der zweiten Sprache der Mentorschaft. Im Allgemeinen wurde auch in diesen Fällen kein Verstoß gegen die Rechtsakte festgestellt.

In den Diplom- und Nachdiplomstudiengängen wurde ein vermehrter Gebrauch der englischen Sprache in bestimmten Kursen festgestellt und die Einbeziehung anderer Fremdsprachen in den Vorlesungsbetrieb empfohlen.

Unzureichende Kenntnisse der französischen Sprache führen unweigerlich zum Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben und zur Isolation. In Übereinstimmung mit dem Gesetz wurden seit 1998 zahlreiche Aktivitäten und Maßnahmen mit dem Ziel der sozialen Wiedereingliederung von Personen durchgeführt, die Probleme dieser Art haben. (*Rapport au Parlement sur l'application de la loi du 4 août 1994 relative à l'emploi de la langue française*, 2000: 113-119). Aus diesem Grund ist eines der Ziele des französischen Bildungswesens der Kampf gegen den Analphabetismus, in den alle öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen, Berufsverbände, Syndikate, regionale Behörden und andere staatliche Einrichtungen eingebunden sind. (Loi n°98-657 du 29 juillet 1998: art. 24.).

8. INTERAKTION ZWISCHEN FRANZÖSISCHER SPRACHE UND ÖFFENTLICHEN DIENSTEN FRANKREICHS IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES 20. JH.

Gegenstand dieser Untersuchung ist die Interaktion zwischen der französischen Sprache und den öffentlichen Diensten Frankreichs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Diese Dienste spielen eine wichtige Rolle bei der Erhaltung des Status der französischen Sprache intern und international und stellen ein wichtiges Segment der zeitgenössischen französischen Sprachpolitik bezüglich der französischen Sprache dar (CALVET, 1996: 99-111, 1999: 246-270, НИКОЛОВСКИ, 2002: 53-62). Um die Wechselwirkung zwischen der französischen Sprache und den öffentlichen Diensten Frankreichs in dieser Zeit darzustellen, wurden einige Verwaltungsentscheidungen bezüglich der französischen Sprache analysiert (НИКОЛОВСКИ, 2002: 101-118). Für den Ausgangspunkt der zeitgenössischen französischen *Sprachpolitik* in Bezug auf die französische Sprache bestimmen wir das Jahr 1966 mit der Gründung des *Haut comité pour la défense et l'expansion de la langue française* (Décret n°66-203), der ersten Institution der Neuzeit in diesem Land, deren Ziel die Verteidigung der Sprache ist. Frankreich stellt mit seiner Gründung eine neue, systematische Dimension in Bezug auf die Verteidigung der französischen Sprache dar und etabliert eine besondere Beziehung zu ihr. Entsprechend der Arbeitsweise und der Funktionsweise der Institutionen, deren

Hauptanliegen die Verteidigung der Sprache ist, unterscheiden wir drei Perioden der zeitgenössischen französischen Sprachpolitik in Bezug auf die französische Sprache, in denen es eine kontinuierliche Beziehung zwischen den öffentlichen Diensten und der französischen Sprache gibt, die die Verbindung zwischen Sprache und Staat aufzeigt ³. Auf der *internen Ebene* müssen die öffentlichen Dienste die richtige Anwendung der französischen Sprache und die Steigerung ihrer Qualität berücksichtigen. Sie müssen auch die korrekte Anwendung der von den Terminologiekommissionen empfohlenen Begriffe in den Rechts- und Verwaltungsdokumenten, in der Werbung, den Produkten, den Warenzeichen, auf den Webseiten sowie bei der Pflege von wissenschaftlichen Manifestationen und Verlagspublikationen usw. berücksichtigen.

Die öffentlichen Dienste auf dem *internationalen Plan* müssen die französische Sprache in den Beziehungen mit der Europäischen Union, den Vereinten Nationen und den frankophonen Ländern konsequent fördern. Sie müssen bilaterale und multilaterale Abkommen prüfen, die verstärken, Sprachkurse organisieren und andere Maßnahmen zur Verbreitung der französischen Sprache in der Welt ergreifen (Verstärkung ihrer Präsenz im Internet, Schaffung von elektronischen Sprachwerkzeugen usw.).

Der Gebrauch der französischen Sprache wird modernisiert und durch *terminologische Anreicherung* verstärkt. Deshalb werden

³ Ausgehend von der Funktionsweise der Institutionen zur Verteidigung der Sprache, unterscheiden wir drei Perioden der zeitgenössischen französischen Sprachpolitik in Bezug auf die französische Sprache wie: 1. 1966 - 1984, die Periode der Tätigkeit des *Haut comité pour la défense et l'expansion de la langue française*, 2. 1984 - 1989, die Periode der Tätigkeit des *Commissariat général de la langue française* und des *Comité consultatif de la langue française*, 3. 1989 - 2001, die Funktionsperiode des *Conseil supérieur de la langue française* und der *Délégation générale à la langue française et aux langues de France* (НИКОЛОВСКИ, 2002: 36-46).

Terminologie- und Neologiekommissionen geschaffen, die die Schaffung neuer Begriffe und deren Aktualisierung in allen Bereichen fördern und damit direkt und positiv ihren Status auf der internationalen Bühne beeinflussen.

8. 1. DIE ÖFFENTLICHEN DIENSTE UND DIE ANWENDUNG DER FRANZÖSISCHEN SPRACHE IM INNERN

Intern stützen sich die öffentlichen Dienste auf den Verfassungsgrundsatz, dass die französische Sprache die Sprache der Republik Frankreich ist " La langue de la République est le français " (Constitution française du 4 octobre 1958, article 2). Laut Rundschreiben vom April 1994 (Circulaire du 12 avril 1994) sollen sie die strikte Anwendung aller Verwaltungsentscheidungen, die den Gebrauch der französischen Sprache betreffen, sicherstellen, alle neu geschaffenen Begriffe der Terminologiekommissionen konsequent anwenden und alle Dokumente, die sie veröffentlichen werden, nicht im Widerspruch zu den Bestimmungen für den Gebrauch der französischen Sprache stehen. Zusätzlich zu diesem Rundschreiben wurden bis September 1999 weitere 14 Rundschreiben mit ähnlichem Inhalt verschickt, die für jedes Ministerium separat bestimmt waren (НИКОЛОВСКИ, 2002: 54).

Und das Gesetz über den Gebrauch der französischen Sprache aus dem Jahr 1994 (La loi ^{no} 94-665 du 4 août 1994 relative à l'emploi de la langue française) definiert die Verpflichtungen der öffentlichen

Dienste⁴.

So müssen alle Aushänge und Anzeigen, die von juristischen Personen an öffentlichen Plätzen ausgehängt werden, eine Übersetzung in mindestens zwei Sprachen enthalten (Art. 4), Verträge, die von juristischen Personen abgeschlossen werden, müssen in französischer Sprache abgefasst sein, mit Ausnahme der gesetzlich vorgesehenen Ausnahmen (Art. 5), Veranstaltungen, Seminare und Kongresse müssen aus dem Französischen und in die französische Sprache übersetzt werden (Art. 6), alle fremdsprachigen Zeitschriften müssen eine französische Zusammenfassung enthalten (Art. 7), und die Verwendung eines fremdsprachigen Ausdrucks oder eines Begriffs in der Marke eines bestimmten Produkts ist verboten, wenn dieser in französischer Sprache existiert (Art. 14). Das allgemeine Merkmal dieser Periode ist unter anderem die Förderung der Mehrsprachigkeit (Art. 4), sowohl nach innen als auch nach außen, womit Frankreich gegen die globale Tendenz der Einsprachigkeit und die Überlegenheit der englischen Sprache kämpft. Wenn auch mit gewissen Problemen, so werden doch die Bestimmungen für die öffentliche Verwaltung in Bezug auf die Anwendung der französischen Sprache auf dem internen Plan gebührend beachtet (*La langue française dans tous ses états*, 1999: 55-60 & *Rapport au Parlement*, 2000: 61-68).

Auch die obligatorische Verwendung und besondere Beachtung der französischen Sprache auf den Webseiten (Circulaire du 15 mai

⁴ Einige Bestimmungen dieses Gesetzes wurden aus dem früheren Gesetz über die französische Sprache von 1975 (Loi du 31 décembre 1975 relative à l'emploi de la langue française) übernommen, das die Verwendung der französischen Sprache in öffentlichen Bekanntmachungen und in der Werbung sowie das Verbot der Verwendung ausländischer Begriffe oder Ausdrücke vorschreibt. Dieses Gesetz verliert seine Gültigkeit mit dem Inkrafttreten des Gesetzes von 1994.

1996, 2. b.) and in den staatlichen Informationssystemen (Circulaire du 6 mars 1997) wird ebenfalls gefordert. Um die Sprache in diesem Bereich zu regeln, wurden im Zeitraum von 1996 bis zur zweiten Hälfte des Jahres 1999 acht Verwaltungsbeschlüsse erlassen (НИКОЛОВСКИ, 2002: 54). Mit dem Rundschreiben vom 7. Oktober 1999 wird festgelegt, dass die auf den Seiten verwendeten Begriffe den im *Journal officiel* de la République française veröffentlichten terminologischen Listen entsprechen müssen, und ihre Übersetzung ins Englische ist zulässig, wenn es eine Übersetzung in eine andere Fremdsprache gibt, deren Wahl vom Zweck und Ziel der Seite abhängt. (Circulaire du 7 octobre 1999, 2. 2. 2. Langue). Die Vorbildfunktion und die Förderung der Mehrsprachigkeit auf Websites stärkt nur die Position der französischen öffentlichen Dienste auf globaler Ebene im Hinblick auf die weltweite Achtung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt im Internet.

Im Hinblick auf die Anwendung der oben genannten Bestimmungen in diesem Bereich haben wir eine Analyse mehrerer Dutzend Websites der französischen öffentlichen Dienste durchgeführt und festgestellt, dass fast alle von ihnen zweisprachig Französisch-Englisch sind (НИКОЛОВСКИ, 2002: 55). In den für französische Bürger bestimmten Rubriken gibt es keine Übersetzung in eine Fremdsprache. Einige Forschungseinrichtungen enthalten neben den französischen Veröffentlichungen auch Zusammenfassungen in englischer Sprache, und die Seiten bestimmter öffentlicher Dienste, die nützliche Informationen für verschiedene Partner in der Welt enthalten, haben auch eine Übersetzung in die Sprache des Landes, für das die Informationen gemäß Artikel 6 aus dem Rundschreiben ein Brief vom April 1994

bestimmt sind (НИКОЛОВСКИ, 2002: 55).

In dieser Periode der zeitgenössischen französischen Sprachpolitik in Bezug auf die französische Sprache setzt sich die Tendenz fort, die Qualität der Sprache aller Verwaltungstexte zu verbessern, um die Qualität der Sprache aller Verwaltungstexte zu verbessern. In dieser Hinsicht haben wir die Verabschiedung von drei Rechtsakten bemerkt⁵, die die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung an die korrekte Verwendung der französischen Sprache bei der Erstellung von Verwaltungsdokumenten erinnern, damit sie von den Subjekten, an die sie gerichtet sind, besser verstanden werden können.

Zu diesem Zweck wurde auch das Orientierungskomitee für die Vereinfachung der Verwaltungssprache (Comité d'orientation pour la simplification du langage administratif) gegründet (Arrêté du 2 juillet 2001), das für die Formulierung spezifischer Vorschläge zur Qualitätsverbesserung der Verwaltungssprache sowie für die Überwachung ihrer konkreten Anwendung durch die öffentliche Verwaltung zuständig ist.

⁵ Circulaire du 2 janvier 1993, relative aux règles d'élaboration, de signature et de publication des textes au Journal officiel et à la mise en oeuvre de procédures particulières incombant au Premier ministre; Circulaire du 20 septembre 1994 relative aux règles aux nominations des membres des conseils et des dirigeants des établissements publics et entreprises du secteur public; Circulaire du 30 janvier 1997, relative aux règles d'élaboration, de signature et de publication des textes au Journal officiel et à la mise en oeuvre de procédures particulières incombant au Premier ministre, art. 1. 1. 1.

8. 2. ÖFFENTLICHE DIENSTE UND DIE FÖRDERUNG DER FRANZÖSISCHEN SPRACHE ALS SPRACHE DER INTERNATIONALEN KOMMUNIKATION

Die öffentlichen Dienste müssen in den Beziehungen mit ausländischen Personen und Institutionen die Regeln für den Gebrauch der französischen Sprache in internationalen Angelegenheiten (Circulaire du 12 avril 1994, Art. 6) vollständig respektieren, ohne jedoch eine Fremdsprache zu bevorzugen. Die französischen Verhandlungsführer müssen beim Abschluss von internationalen bilateralen oder multilateralen Abkommen die französische Sprache verwenden, und wenn es von der anderen Seite keine Möglichkeit dazu gibt, ist es erlaubt, die Sprache der Verhandlungsführer oder eine dritte Sprache zu verwenden, die in den ersten Phasen der Verhandlung vereinbart wurde. (Circulaire du 30 mai 1997, III-Rédaction et présentation).

Obwohl die französische Sprache eine Amts- oder Arbeitssprache vieler internationaler Institutionen ist, haben die Beamten des öffentlichen Dienstes einige Schwierigkeiten, sie anzuwenden.

In der Generalversammlung der Vereinten Nationen bestätigt die englische Sprache trotz der Tatsache, dass die französische Sprache eine der offiziellen oder Arbeitssprachen ist, ihre Vorherrschaft. Im Jahr 1992 betrug die Anzahl der Delegationen, die sich in englischer Sprache ausdrückten, 74 und in französischer Sprache 31. Im Jahr 1999 stieg die Anzahl der Delegationen in englischer Sprache auf 95 und fiel auf 26 Delegationen in französischer Sprache (*La place de la*

langue française dans les institutions internationales, 2000: 4). Die meisten offiziellen Dokumente werden auch zuerst in englischer Sprache verfasst, aber sehr oft gibt es Probleme im Bereich der Übersetzung, die zu einer Verzögerung bei der Verteilung der übersetzten Dokumente in französischer Sprache führen. Das gleiche Problem gibt es bei den Kontakten zwischen den meisten französischen Ministerien mit den relevanten Institutionen in den Vereinten Nationen. Die ständigen Vertreter Frankreichs in den internationalen Organisationen richten ihr Augenmerk größtenteils auf den Gebrauch und die Einhaltung des Status der französischen Sprache. Sie setzen sich dafür ein, dass internationale Beamte aus anderen Ländern verpflichtet werden, die französische Sprache als eine der Arbeitssprachen zu beherrschen, setzten frankophone Leiter bestimmter Sektoren ein, die für die Erhaltung des Status der Sprache von strategischer Bedeutung sind, stellten Mittel für die Einrichtung von Sprachkursen in vielen internationalen Institutionen bereit. Sie förderten die Ernennung eines Sprachkoordinators bei der Organisation der Vereinten Nationen, schufen ein beratendes Komitee für Sprachenpluralismus (Comité consultatif pour le pluralisme linguistique) der UNESCO usw.

In den Institutionen der Europäischen Union ist die französische Sprache ebenfalls Amts- und Arbeitssprache (Règlement n° 1 du 15 avril 1958, art. 1er). Sie kann bei offiziellen und informellen Treffen, in den Beziehungen zu den Institutionen der Union, bei den Kontakten mit Vertretern anderer Mitgliedsstaaten verwendet werden, wobei die Verwendung der Sprache des Landes des Gesprächspartners erlaubt ist, sofern der französische Beamte dafür zuständig ist. Die europäischen Bibliotheken und Dokumentationszentren müssen den

in französischer Sprache veröffentlichten Ausgaben einen besonderen Platz einräumen (*Le Français dans les institutions européennes*, 2000: 4-14).

Nach Angaben der französischen Delegation für die französische Sprache aus dem Jahr 1999 sind die meisten Arbeitspapiere, die vom Europäischen Rat und der Europäischen Kommission an die jeweiligen französischen Instanzen geschickt werden, in englischer Sprache verfasst, während die Papiere des Europäischen Parlaments und des Europäischen Gerichtshofs sowie diejenigen, die sich auf offizielle Sitzungen beziehen, meist in französischer Sprache verfasst sind (Rapport au parlement, 2000: 76-81). Allerdings gibt es auch in der Europäischen Union eine Stagnation der französischen Sprache, vor allem nach dem Beitritt der nichtfranzösischen Länder in die Union. Selbst in den Beziehungen zwischen der Union und den frankophonen Ländern Afrikas wird nur auf Englisch kommuniziert. Die Union erlaubt ihre Verwendung sogar in den Beziehungen mit den französischen Unternehmen.

Während der Präsidentschaft, in der zweiten Hälfte des Jahres 2000, hat sich Frankreich stark gegen die Verwendung nur einer Sprache ausgesprochen und sich für die Mehrsprachigkeit eingesetzt. Es verstärkt die französischsprachigen Übersetzungsdienste in den europäischen Institutionen, indem es Sprachkurse für Beamte aus den Mitgliedsstaaten und den Beitrittskandidaten organisiert und französische Übersetzer aus den EU-Beitrittsländern ausbildet. Darüber hinaus startet Frankreich weitere Maßnahmen zur Förderung der Mehrsprachigkeit in der neuen Informationstechnologie: verbesserte Übersetzung europäischer Websites in mehrere

Sprachen, Einsatz eines automatischen Online-Übersetzers und interaktive Online-Grammatik in französischer Sprache.

Auch die Beziehungen Frankreichs zu französischsprachigen Ländern und Institutionen werden gestärkt. Darüber hinaus verwenden ihre Vertreter in den internationalen Institutionen bei jeder möglichen Gelegenheit die französische Sprache. Frankreich ist der Hauptkoordinator aller Aktionen, die auf die Verbreitung der Frankophonie in der Welt abzielen. Frankreich betreibt eine Politik der Zusammenarbeit mit den internationalen frankophonen Organisationen, schlägt Maßnahmen vor, fördert und definiert die Aktionen zur Entwicklung der Frankophonie und der französischen Sprache (Décret n° 91-1094 du 21 octobre 1991; Décret n° 92-1231 du 24 novembre 1992; Décret n° 93-797 du 16 avril 1993, art. 5, 6, 7). Auch durch die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses der frankophonen Länder zur Teilnahme an der Arbeit zahlreicher internationaler Institutionen und durch die Einrichtung des Fonds für Übersetzungs- und Dolmetscherhilfe (Fonds d'aide à la traduction et à l'interprétation) steigt der Gebrauch der französischen Sprache bei der Durchführung internationaler Veranstaltungen außerhalb Frankreichs.

Die Verteidigung des Status und die Verbreitung der französischen Sprache in der Welt ist auch das Ziel der Direktion für kulturelle Zusammenarbeit und französische Sprache (Direction de la coopération culturelle et du français) im französischen Außenministerium, die Pläne und Programme für das Studium der französischen Sprache in der Welt ausarbeitet. Zu diesem Zweck steht sie in ständigem Kontakt mit dem Netzwerk der französischen Institutionen und Zentren, mit den französischen Allianzen und

kooperiert mit allen anderen Institutionen, in denen Ausländer aus aller Welt in Frankreich ausgebildet werden (Arrêté du 25 juillet 2001, art. 5).

8. 3. TERMINOLOGISCHE ANREICHERUNG DER FRANZÖSISCHEN SPRACHE

Damit die französische Sprache ihren internationalen Status bewahren kann, muss sie mit Begriffen aus allen Bereichen angereichert werden, durch die sie die Modernität ausdrücken muss. Die Anreicherung der Sprache ist eines der Merkmale, die die zeitgenössische französische Sprachpolitik charakterisieren (НИКОЛОВСКИ, 2002: 37, 40, 45).

Mit der Gründung der Generalkommission und der Fachausschüsse für Terminologie und Neologie wird die Schaffung neuer Begriffe gefördert und ihre Anwendung in verschiedenen Bereichen erhöht: Wirtschaft, Naturwissenschaften, Technik, Recht, etc⁶.

Diese Kommissionen tragen zur Ausbreitung der Frankophonie und zur Förderung der Mehrsprachigkeit weltweit bei. Sie stehen auch in Kontakt mit verwandten Institutionen der frankophonen Länder, die an der Angleichung von neu geschaffenen Ausdrücken

⁶ Das Dekret von 2015 (Décret n° 2015-341 du 25 mars 2015) zielt darauf ab, die Bestimmungen zur Bereicherung der französischen Sprache zu vereinfachen und zu modernisieren, indem die Zusammensetzung und der Name der Allgemeinen Kommission für Terminologie und Neologie geändert werden, die zur Kommission für die Bereicherung der französischen Sprache (Commission d'enrichissement de la langue française) wird. Die Fachkommissionen für Terminologie und Neologie in den einzelnen Ministerien werden zu Expertengruppen (Groupe d'experts).

und Begriffen arbeiten, mit den internationalen Organisationen sowie mit Institutionen der internationalen Normung (Décret du 3 juillet 1996, art. 1er). Die letzte, achtzehnte in Folge, Kommission für Terminologie und Neologie beim Ministerium für Jugend und Sport wurde im März 2001 gegründet. In jeder Kommission gibt es einen speziellen hochrangigen Beauftragten für Terminologie und Neologie (Arrêté du 27 mars 2001) und einen speziellen Dienst, der für die Koordination aller Aktivitäten aus diesem Bereich zuständig ist.

Im Jahr 2000 hat die Allgemeine Kommission für Terminologie und Neologie durch ihre Fachausschüsse eine Prüfung aller im *Journal officiel* de la République française im Zeitraum von 1973 bis 1996 veröffentlichten Begriffe, Phrasen und Definitionen durchgeführt. Die Ergebnisse der Prüfung sind in einer terminologischen Liste (Répertoire terminologique, 2000) veröffentlicht, die 3.000 vollständig geprüfte Einheiten umfasst.

Mit dem staatlichen Vorbereitungsprogramm für den Eintritt Frankreichs in die Informationsgesellschaft spielten die neu geschaffenen Begriffe in diesem Bereich die große herausragende Rolle, wobei die Generalkommission für Terminologie und Neologie gefordert ist, in Zusammenarbeit mit den Fachkommissionen terminologische Listen für diesen Bereich zu erarbeiten.

Drei solcher Listen wurden bis year 1999 herausgegeben (*Rapport annuel d'activité*, 1999: 22). Darüber hinaus werden Broschüren mit neu geschaffenen Begriffen aus verschiedenen Bereichen herausgegeben und kostenlos an alle Abteilungen des öffentlichen Dienstes und verwandte Verbände verschickt, deren Tätigkeit mit dem spezifischen Bereich zusammenhängt, für den die Liste bestimmt ist. Alle Begriffe und Listen können von der Website

der Generaldelegation für französische Sprache heruntergeladen werden.

In diesem Bereich werden die Kontakte mit den entsprechenden Institutionen aus den frankophonen Ländern vertieft. Durch ständige Kontakte ist es möglich, dass Experten aus mehreren Ländern an der Bestimmung der Zusammensetzung der neu erstellten terminologischen Listen teilnehmen, was die Möglichkeit des Auftretens von terminologischen Differenzen in den frankophonen Ländern reduziert. Im Jahr 2000 wurden zwei Treffen von französischen Experten mit Kollegen aus Kanada und Belgien organisiert, um den Zustand der Terminologiepolitik in Bezug auf die französische Sprache in diesen Ländern zu definieren (*Rapport au Parlement*, 2000: 86).

Als Reaktion auf die zweite Welle der feministischen Bewegung, die in den 1960er Jahren begann, werden zunehmend Formen des weiblichen Geschlechts für bestimmte Berufe oder Funktionen verwendet. So wird bereits 1986 die Verwendung einer speziellen Form im weiblichen Geschlecht bei Substantiven, die Berufe, Funktionen, Handlungen oder Titel bezeichnen (Circulaire du 11 mars 1986), in allen offiziellen Dokumenten der Verwaltung gefordert. Im Jahr 1998 wurde von den an der Regierung beteiligten Frauen die Verwendung der femininen Form des Titels der Ministerin (*la ministre*) angestrebt und zunehmend verwendet. Daher wird mit dem Rundschreiben von 1998 (Circulaire du 6 mars 1998) die Generalkommission für Terminologie und Neologie beauftragt, eine Untersuchung zu beginnen, die das Problem klären würde, indem sie die Situation in anderen frankophonen Ländern akzeptiert.

Die Erhebung würde auf früheren Erhebungen aus den Jahren

1984 und 1985 basieren, die von der Kommission durchgeführt wurden, die in dieser Zeit arbeitete. Dies stieß auf starken Widerstand von Mitgliedern der französischen Akademie (SAINT ROBERT, 2000: 101).

Die Allgemeine Kommission für Terminologie und Neologie hat im Oktober 1999 ihren Bericht (*Rapport sur la féminisation des noms de métier, fonction, grade ou titre au Premier ministre*) vorgelegt, in dem sie feststellt, dass es grundsätzlich keine Hindernisse für die Verwendung des weiblichen Geschlechts von Substantiven gibt, die Berufe und Tätigkeiten bezeichnen. Andererseits spricht sich die Kommission gegen die Verwendung des weiblichen Geschlechts bei Substantiven aus, die öffentliche Funktionen in Verwaltungsdokumenten des öffentlichen Dienstes bezeichnen, und ist der Ansicht, dass die Regel der Neutralität der Funktionen strikt eingehalten werden sollte. Außerdem schlägt es weitere Untersuchungen zu diesem Thema vor. Mit demselben Rundschreiben wird das Nationale Institut für die französische Sprache (Institut national de la langue française) beauftragt, eine Broschüre zu erstellen, die den Benutzern Hinweise zur Verwendung der am besten geeigneten Substantivformen im weiblichen Geschlecht gibt. Die Publikation (BECQUER et al., 1999) enthält die Regeln für die Bildung des femininen Geschlechts bei Substantiven, die einen öffentlichen Beruf, eine Funktion, einen Rang oder einen Titel bezeichnen, sowie Formen des maskulinen Geschlechts für dieselben Substantive. Es erlaubt auch die Form *une ministre*. Das gleiche Rundschreiben erlaubt die Verwendung der Formen des weiblichen Geschlechts, die weit verbreitet sind: *la secrétaire générale, la directrice, la conseillère*, von den öffentlichen Diensten.

9. TERMINOLOGISCHE BEREICHERUNG DER FRANZÖSISCHEN SPRACHE

Die französische Sprache zeigt große Vitalität und die Anpassungsfähigkeit seines Wortschatzes an zeitgenössische Veränderungen in allen Lebensbereichen wird systematisch und in wissenschaftlichen Labors und Forschungszentren durchgeführt. Um zu vermeiden, dass in einem bestimmten Bereich vermehrt fremdsprachige Begriffe verwendet werden, die für den "normalen" Sprecher unverständlich sind, sollten regelmäßig entsprechende französische Begriffe produziert werden, die die zeitgenössische Realität besser abbilden. Deshalb haben sich Frankreich und andere frankophone Länder der Schaffung, Verbreitung und Verwendung neuer Wörter und Ausdrücke gewidmet, die dem Geist der französischen Sprache entsprechen und gleichzeitig das zeitgenössische Leben abbilden.

Mit der ständigen terminologischen Anreicherung der französischen Sprache werden die Lücken im Wortschatz und die Bezeichnungen neuer Begriffe im Französischen gefüllt, die die fremden, meist anglo-amerikanischen Begriffe ersetzen. Die Anreicherung der französischen Sprache erfolgt in Abstimmung, und es werden neue Begriffe für Fachleute und für die Öffentlichkeit entworfen, die nach den Regeln für die Wortbildung in der französischen Sprache gebildet werden.

9. 1. SYSTEM VON EINRICHTUNGEN ZUR BEREICHERUNG DER FRANZÖSISCHEN SPRACHE

Das Gesetz von 1975 für den Gebrauch der französischen Sprache (Loi n°75-1349 du 31 décembre 1975 relative à l'emploi de la langue française), bekannt als *Bas-Lauriol*, legt Begriffe fest, die im französischen Staatsanzeiger (*Journal Officiel* de la République Française) veröffentlicht werden. Sie müssen in jeder Werbung und Kennzeichnung von Produkten oder Dienstleistungen sowie bei allen Sendungen von Fernseh- und Rundfunkanstalten verwendet werden. Mit der Verabschiedung des Gesetzes vom 4. August 1994 über den Gebrauch der französischen Sprache (Loi n° 94-665 du 4 août 1994 relative à l'emploi de la langue française), genannt *Toubon*, wurden diese Bestimmungen auf der Grundlage der Entscheidung des *Verfassungsrates* (*Conseil constitutionnel*) (Décision n° 94-345 DC du 29 juillet 1994) wiederholt, von denen man glaubte, sie stünden im Widerspruch zur Meinungsfreiheit. Der Rat ist der Ansicht, dass der Staat selbst gezwungen werden kann, bestimmte vorgeschlagene Begriffe zu verwenden, aber nicht, entgegen Artikel 11 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte (*Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen de 1789*), Privatpersonen oder Radiogesellschaften deren Verwendung aufzwingen kann.

Die Entscheidung des Verfassungsrates bewirkt eine Änderung der Gesetzgebung über den Gebrauch der französischen Sprache. Mit dem Dekret vom ^{3.} Juli 1996 zur Anreicherung der französischen Sprache (Décret n°96-602 du 3 juillet 1996) wird ein neues System

zur Koordinierung der Aktivitäten in Bezug auf die französische Sprache geschaffen, das die Position des Staates reduziert und die Rolle der Allgemeinen Kommission für Terminologie und Neologismen und der Französischen Akademie stärkt, sowie staatliche und andere Mittel und Mechanismen für Maßnahmen zur Sprache und deren Verbreitung. Das Dekret gilt für die Bildung von spezialisierten Terminologieausschüssen und ministeriellen Neologismen, die sich hauptsächlich aus Experten eines bestimmten Fachgebiets zusammensetzen und neue offizielle Begriffe schaffen sollen. Sie müssen unter anderem alle Fälle einbeziehen, in denen die notwendige terminologische Anreicherung des französischen Wortschatzes, basierend auf den geäußerten Bedürfnissen in einem bestimmten Bereich. Die Kommission prüft die von den Fachausschüssen vorgeschlagenen Begriffe und Definitionen auf ihre Übereinstimmung und Eignung und holt die Meinung der Académie française ein. Sobald sie von dieser die Zustimmung erhalten hat, veröffentlicht die Generalkommission die Begriffe und Definitionen im Amtsblatt unter der Bedingung, dass der zuständige Ressortminister dies zur Kenntnis nimmt. Sobald die angenommenen Begriffe veröffentlicht sind, werden die angenommenen Begriffe und Definitionen für öffentliche Dienste und öffentliche Einrichtungen verbindlich, anstelle von fremdsprachigen Begriffen und Ausdrücken, sowie in den Fällen, die in den Artikeln 5 und 14 des Gesetzes vom 4. August 1994 über den Gebrauch der französischen Sprache vorgesehen sind. Diese Begriffe werden im *Bulletin Officiel de l'éducation nationale* (Décret n°96-602 du 3 juillet 1996, art. 10) veröffentlicht, um eine größere Verbreitung an die Lehrer zu ermöglichen.

9. 2. DIE ROLLE DES STAATES BEI DER BEREICHERUNG DES FRANZÖSISCHEN SYSTEMS

Nach der Rechtsordnung hat der Staat keine Rolle bei der Auswahl und Entscheidung über Fachbegriffe, die sich nur durchsetzen können. Seine moderne Aufgabe ist es, ein öffentlicher Dienst für die Bürger zu sein, der die Bereicherung des Wortschatzes fördert, die Aktivitäten der Teilnehmer, die die Neologismen schaffen, zu unterstützen und zu koordinieren, um an der Förderung und Verbreitung neuer Begriffe zu arbeiten und ihre Anwendung und leichte Verfügbarkeit sicherzustellen.

Der Staat kann nicht direkt in die Arbeit der terminologischen Ausschüsse eingreifen, sondern organisiert nur und stellt als erster Nutzer alle notwendigen Förderbegriffe zur Verfügung. Er koordiniert die Erstellung von terminologischen Listen und ermöglicht Treffen und Zusammenarbeit zwischen Fachausschüssen, der Allgemeinen Kommission der Französischen Akademie .

Darüber hinaus informiert der Staat die öffentlichen Dienste , Fachleute und die Öffentlichkeit über die neuen Begriffe und gibt ein Beispiel für deren Verwendung, das seine Partner dazu anregt, die von ihm empfohlenen Begriffe zu verwenden. Die Verantwortung für die Verwendung der veröffentlichten Begriffe bezieht sich nur auf öffentliche staatliche Einrichtungen (Artikel 11), und solche Maßnahmen haben eine Wirkung außerhalb des staatlichen Sektors.

9. 3. ALLGEMEINE DELEGATION FÜR DIE FRANZÖSISCHE SPRACHE UND DIE SPRACHEN FRANKREICHS

Die *Generaldelegation für die französische Sprache und die Sprachen Frankreichs (Délégation générale à la langue française et aux langues de France)* ist eine Dienststelle des Ministeriums für Kultur und Kommunikation Frankreichs und hat die Aufgabe, die französische Sprachpolitik in Bezug auf die französische Sprache und die Regionalsprachen zu verfolgen. Sie kümmert sich um die Umsetzung des Gesetzes vom 4. August 1994 und des Dekrets von 1996 zur Bereicherung der französischen Sprache. Zusammen mit der Generalkommission für Terminologie und Neologie koordiniert sie die Erstellung von Terminologielisten durch Fachausschüsse für Terminologie und die Académie française sowie den Betrieb der Terminologiedatenbank *France Terme*.

Gemäß Artikel 2 des Dekrets ist die Generaldelegation rechtmäßiges Mitglied aller Ausschüsse, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, ist das Sekretariat für die Generalkommission für Terminologie und Neologien. Sie stimmt sich regelmäßig mit anderen Partnern in Bezug auf die Bereicherung der französischen Sprache und deren Förderung ab, insbesondere mit anderen frankophonen Organisationen, die für die Sprachenpolitik in einem bestimmten Land zuständig sind. Es ist wichtig, den Einfluss der französischen Sprache in der Welt zu erhöhen und den Bedarf an französischen Begriffen aus einem spezialisierten Bereich von Personen zu decken, deren Arbeit direkt mit dem Gebrauch der

französischen Sprache zusammenhängt (Journalisten, Übersetzer in internationalen Organisationen, etc.).

Die Generaldelegation für die französische Sprache und die französische Sprache trägt auch in hohem Maße zur Entwicklung von Informationstools in französischer Sprache bei und erhöht ihre Präsenz im Internet, das als Arbeitsmittel für die Übermittlung der Ergebnisse der terminologischen Operation genutzt wird.

9. 4. DIE ROLLE DER FACHTERMINOLOGIE- UND NEOLOGIEKOMMISSIONEN

In den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts richteten mehrere Ministerien Kommissionen für Terminologie und Neologie ein, die einen großen Beitrag zur Schaffung neuer Begriffe in einem bestimmten Bereich leisteten. Darüber hinaus schreibt das Dekret von 1996 die Einrichtung von ministeriellen Ausschüssen vor, die sich aus 20 bis 30 Mitgliedern zusammensetzen, die Vertreter des Ministeriums und externe Experten eines bestimmten Bereichs sowie Sprachspezialisten sind. Diese Ausschüsse sind die Basis in der terminologischen Arbeit verfolgen die Auswahl und Verwendung von Begriffen genau und werden ständig mit neuen Entwicklungen in ihrem Bereich aktualisiert. Sie bieten französische Äquivalente ausländischer Begriffe für alle neuen Produkte oder Konzepte an, geben deren Definition an und eignen sich für alle terminologischen Fragen ihres Bereichs. Die Kommissionen werden von einem *leitenden Beamten für Terminologie (Haut fonctionnaire de terminologie)* und dem Dienst unterstützt, der für die Koordination und

Unterstützung der Aktivitäten in einem bestimmten Bereich und für den weiteren Transfer terminologischer Lösungen in ihrem Bereich und mit Partnern zuständig ist. Es gibt 18 Fachausschüsse für Terminologie und Neologien, die in verschiedenen Ministerien angesiedelt sind.

9. 5. DIE ALLGEMEINE KOMMISSION FÜR TERMINOLOGIE UND NEOLOGIE

Die *Allgemeine Kommission für Terminologie und Neologie* nimmt eine zentrale Stellung im System der Institutionen ein, die an der Bereicherung der französischen Sprache arbeiten. Sie ist dem Premierminister unterstellt und koordiniert das gesamte Netzwerk der Terminologieaktivitäten, legt die methodischen Grundlagen für die Bereicherung der französischen Sprache fest, arbeitet mit der Académie française zusammen und prüft die Begriffe, um ihre Einhaltung und den Zugang zu ihrer Veröffentlichung sicherzustellen. Seine Ziele sind die Bereicherung und Förderung der französischen Sprache, die Förderung der Mehrsprachigkeit, die Übersetzung ausländischer Begriffe in die französische Sprache, die terminologische Datensammlung und Strukturierung schnell zugänglicher Datenbanken sowie die Entwicklung der Frankophonie.

Die Generalkommission ist gemeinsam mit der Académie française verantwortlich für die Genehmigung der von den Fachausschüssen für Terminologie und Neologie vorgeschlagenen neuen Begriffe und ist für deren Harmonisierung und Anpassung zuständig. Jeden Monat bewertet und genehmigt diese Kommission

die vorgeschlagenen Begriffe in Anwesenheit der Vorsitzenden der Fachausschüsse und der dem Bereich zugeordneten Experten. Bei der Erstellung von Begriffen legt die Generalkommission bestimmte Kriterien fest, die für die Annahme neuer Begriffe entscheidend sind. Das erste Kriterium ist der Bedarf, d.h. die Notwendigkeit eines neuen Begriffs zur Bezeichnung einer bestimmten Einheit. Das zweite Kriterium ist die Transparenz, d. h. ob der Begriff in direktem Zusammenhang mit dem Begriff oder der Idee steht, die er bezeichnet. Das letzte Kriterium ist die gute sprachliche Vorbereitung des Begriffs, die bestimmt, ob er das morphologische und syntaktische System der französischen Sprache respektiert.

Die Generalkommission ist bemüht, die Definitionen neuer Begriffe, die im Amtsblatt veröffentlicht werden, klar, verständlich und bestmöglich zu formulieren, da sie nicht nur für Fachleute eines bestimmten Gebietes, sondern auch für die breite Öffentlichkeit bestimmt sind.

Das Generalkomitee und die Fachausschüsse für Terminologie und Neologie machen ein terminologisches Anreicherungsprogramm, das auf der Grundlage der im Dekret von 1996 vorgesehenen Funktionen realisiert wird. Die Benutzer der neuen Begriffe erwarten, dass neue ausländische Begriffe so schnell wie möglich ins Französische übersetzt werden. Daher ist der Allgemeine Ausschuss bestrebt, schnell auf die Bedürfnisse und Anforderungen zu reagieren und einen angemessenen Ersatz von Begriffen vorzuschlagen, wie z. B.:

Brainstorming (remue-méninges), *Kennedy-Runde* (Négociations Kennedy), *V. I. P. / VIP* (client privilégié), *Incentive* (voyage de stimulation,

stimulation), *Mobbing* (harcèlement), *Benchmarking* (référenciation, étalonnage, parangonnage), *Broker* (courtier), *Factoring* (affacturage), *factor* (affactureur), *Gap* (écart), *Lease-back* (cession-bail), *Leasing* (location avec option d'achat / LOA), *Outplacement* (remplacement externe), *Revolving* (crédit permanent), *Soft landing* (atterrissage en douceur), *Start-up* (jeune pousse), *Couponing* (couponnage), *Duty-free* (boutique hors taxes), *Franchising* (franchisage), *Free alongside ship* (franco long du bord / F. L. B.), *Teasing* (aguichage) etc.

Im Jahr 2000 hat die *Allgemeine Kommission für Terminologie und Neologie* über ihre Fachausschüsse alle Begriffe, Ausdrücke und Definitionen geprüft, die im Zeitraum von 1973 bis 1996 im französischen Amtsblatt veröffentlicht wurden. Die geprüften Ergebnisse werden in der Terminologieliste veröffentlicht, die 3000 vollständig überarbeitete Einheiten enthält. Darüber hinaus werden für eine Reihe von Bereichen Merkblätter mit den neu geschaffenen Begriffen herausgegeben, die kostenlos an alle Dienststellen des öffentlichen Dienstes und an relevante Verbände verschickt werden, deren Tätigkeit mit einem bestimmten Bereich zusammenhängt, der in die Liste aufgenommen werden soll. Alle Begriffe, Listen und Berichte des Generalkomitees sind auf der Website *FranceTerme* abrufbar, die eine frei zugängliche Datenbank der französischen Generaldelegation für die französische Sprache und Sprachen ist und die neuesten französischen Begriffe enthält, die von der Generalkommission für Terminologie genehmigt wurden. Auf diese Weise werden neue Begriffe gefördert und ein wesentlicher Beitrag zur Bereicherung und Förderung der französischen Sprache in der Welt geleistet.

9. 6. DIE FRANZÖSISCHE AKADEMIE

Die Académie française ist die Referenzinstanz für Fragen des Wortgebrauchs in der französischen Sprache und verfolgt die Entwicklung des französischen Wortschatzes im Jahr 1635. Durch das Dekret vom 3. Juli 1996 hat sie eine sehr wichtige Rolle bei der Bereicherung des französischen Systems. Die Akademie äußert ihre Meinung, die in der Allgemeinen Kommission für Terminologie und in jedem Fachausschuss erforderlich ist, und ist eine letzte Instanz für die Genehmigung der Begriffe und Definitionen bei der Veröffentlichung im Amtsblatt. Mit ihrer aktiven Teilnahme in allen Ausschüssen leistet sie einen bedeutenden Beitrag in der terminologischen Arbeit und bemüht sich in einer schnellen Zeit, ihre Meinung abzugeben.

Seit der ersten Veröffentlichung des ersten Dekrets zur Bereicherung der französischen Sprache im Jahr 1972 leistet die Akademie einen ständigen Beitrag in diesem Bereich, angetrieben von der Sorge um die Erhaltung der Konsistenz und Klarheit der französischen Sprache. Es, in seinem Wörterbuch, führt ständig neue Wörter und Bedeutungen in Französisch Wortschatz.

9. 7. ANDERE PARTNER IM SYSTEM ZUR BEREICHERUNG DER FRANZÖSISCHEN SPRACHE

Neben den vielen Experten aus verschiedenen Bereichen, die in der Arbeit der Kommission ihre wissenschaftliche, technische oder sprachliche Kompetenz aktiv einbringen, gibt es viele Organisationen

aus Wissenschaft und Technik, die mit der Bereicherung des französischen Systems zu tun haben und sich an der Untersuchung und Definition der Begriffe beteiligen.

Die Akademie der Naturwissenschaften (*Académie des sciences*) und die französische Vereinigung für Normung (*Association française de normalisation*) (*AFNOR*) sind ebenfalls legale Mitglieder der *Allgemeinen Kommission für Terminologie und Neologie*, und alle Fachausschüsse für Terminologie und Neologie leisten einen bedeutenden Beitrag zur Bereicherung der französischen Sprache.

Das Nationale Zentrum für wissenschaftliche Forschung (*Centre national de la recherche scientifique*) (*CNRS*) beteiligt sich mit einem seiner terminologischen Dokumentationslabore an der Arbeit der Allgemeinen Kommission für Terminologie und Neologie und der Fachausschüsse. Das Labor erstellt regelmäßig Dokumentationen für die von den Kommissionen und verwandten frankophonen Organisationen untersuchten Begriffe, in denen terminologische Daten, die für die Franzosen von besonderer Bedeutung sind, gespeichert sind.

9. 8. ZUSAMMENARBEIT MIT DEN FRANKOPHONEN LÄNDERN

Artikel 1 des Erlasses von 1996 sieht eine Vertiefung der Kontakte mit den Terminologie- und Neologiekommissionen und ähnlichen Institutionen der frankophonen Länder vor, die sich intensiv mit diesem Thema beschäftigen. An wiederholten Treffen nehmen namhafte Experten teil, die einen wesentlichen Beitrag zur Erstellung

der terminologischen Listen leisten, wodurch die Möglichkeit des Abgleichs terminologischer Unterschiede in den frankophonen Ländern reduziert wird. Große Datenbanken mit terminologischen Daten für die französische Sprache sind die Terminologiebank der *Bank Bureau de la traduction du gouvernement canadien-(TERMIUM)* und die *Bank des Office québécois de la langue française-(Grand dictionnaire terminologique oder GDT)*.

Mit ihren Millionen von Begriffen stellen diese Banken wichtige Referenzen und Grundlage für jede terminologische Arbeit dar. Experten, Terminologen und Dolmetscher, die sich an ihrer Ausarbeitung beteiligen, sind mit dem französischen System von Institutionen, die sich mit der terminologischen Bereicherung der französischen Sprache befassen, und Spezialisten der Französischen Gemeinschaft Belgiens verbunden. Darüber hinaus gibt es eine etablierte Zusammenarbeit mit dem *Service de la langue française* im belgischen Kulturministerium und der *Section de terminologie* des Bundesamtes mit seiner terminologischen Datenbank (TERMDAT).

10. EIN ÜBERBLICK ÜBER DIE SITUATION DER FRANZÖSISCHEN SPRACHE IN DEN MASSEN MEDIEN IN FRANKREICH AM ENDE DES 20.

Einige Artikel des Gesetzes über den Gebrauch der französischen Sprache von 1994 regeln den Gebrauch der französischen Sprache in den Programmen der Massenmedien (Radio und Fernsehen), was den Gebrauch der französischen

Sprache und die Verbreitung der Frankophonie auf nationaler und internationaler Ebene sichert. Sie sind auch zuständig für die Ausstrahlung bestimmter Quoten frankophoner Veranstaltungen, für die Förderung der Produktion moderner französischer Interpreten und für die Zuteilung der Quoten für die Produktion von genrespezialisierten Radiosendern. Dies geschieht, um die französische Musikalette besser zu repräsentieren und wegen der zunehmenden Vernachlässigung durch bestimmte Radiosender, die ihren Programmverpflichtungen nicht nachkommen.

Der Oberste Rat für audiovisuelle Medien (Conseil supérieur de l'audiovisuelle) ist für die korrekte Anwendung der französischen Sprache in diesem Bereich zuständig und informiert die Medien über bestimmte Fehler im Sprachgebrauch sowie über die Empfehlungen zum Ersatz von Anglizismen, die regelmäßig im *Journal officiel* de la République française erscheinen. Die größeren Medienhäuser haben ihre eigenen Berater für den korrekten Gebrauch der französischen Sprache bei der Ausstrahlung der Programme.

Die Richtlinien für die Entwicklung der französischsprachigen Programme außerhalb des französischen Staatsgebiets von 1998 erhöhen die finanzielle Unterstützung für die französischsprachigen Programme, damit sie im ausländischen Fernsehen präsenter sind. Sie fördern auch die Entwicklung französischsprachiger Satellitenprogramme und die Zusammenarbeit mit ausländischen Medien und bestimmen die Tätigkeit der für das ausländische Publikum bestimmten Fernsehbetreiber. Sie motivieren auch die Untertitelung der fremdsprachigen Sendungen, die für die Senderegionen geeignet sind, wodurch das Prinzip der Mehrsprachigkeit voll respektiert wird.

Frankreich schenkt den französischsprachigen Printmedien und den Institutionen, die deren Druck ermöglichen, besondere Aufmerksamkeit und leistet damit einen Beitrag zur Pflege der Sprache und Kultur. Besonderes Augenmerk wird auf die kinematografische Produktion gelegt, die ein stetiges Wachstum und zunehmendes Interesse auf internationaler Ebene verzeichnet. Gefördert werden kinematographische Leistungen, die die hohen künstlerischen und technischen Kriterien ganz oder weitgehend erfüllen, die Institutionen, die zur Verbreitung der französischen kinematographischen Produktion beitragen, sowie die Referenzleistungen im Film in französischer Sprache oder in Regionalsprachen Frankreichs.

10. 1. DIE FRANZÖSISCHE SPRACHE IN DEN MASSEN MEDIEN

Drei Artikel aus dem Gesetz zum Gebrauch der französischen Sprache von 1994 beziehen sich auf diesen Bereich. Laut Wirtschafts- und Medienprogramm ist die Verwendung der französischen Sprache bei der Kennzeichnung, dem Angebot, der Darstellung, in Gebrauchsanweisungen oder in Garantiebedingungen von Waren, Produkten oder Dienstleistungen zwingend vorgeschrieben (Art. 2). Ihre Verwendung ist auch in allen Werbespots oder Sendungen im Radio oder Fernsehen vorgeschrieben (Art. 12). In Art. 13 wird jedoch der Grundsatz für die Verwendung der französischen Sprache und die Verbreitung der Frankophonie durch alle Rundfunkanstalten festgelegt. In diesem

Bereich sind vier Ausnahmen vorgesehen, die den Gebrauch der französischen Sprache betreffen, und zwar bei filmischen und audiovisuellen Leistungen in ihrer Originalfassung, bei Musikstücken, deren Text ganz oder teilweise in einer Fremdsprache verfasst ist, bei Programmen oder Werbebotschaften in einer Fremdsprache, deren Ziel das Erlernen der Sprache ist, oder bei der Übertragung von Gottesdiensten (Art. 12).

Die Verpflichtung für die Fernsehsender, eine bestimmte Quote an frankophonen Veranstaltungen (Décret 90-66, Art. 8) und eine bestimmte Quote an französischen Liedern in den Radiosendern (Loi n°94-88, Art. 12) auszustrahlen, ist seit 1990 in Kraft.

In Bezug auf die Filmproduktion gibt es mehrere gesetzliche Mechanismen, die eine finanzielle Unterstützung für Leistungen in französischer Sprache vorsehen, ergänzt durch das Dekret von 1999 (Décret n°99-130).

Der Conseil supérieur de l'audiovisuelle ist für die ordnungsgemäße Verwendung der französischen Sprache in diesem Bereich zuständig (Loi n°86-1067, art. 1er). Grundsätzlich gibt es keine größeren Verstöße gegen die Bestimmungen zur Anwendung der französischen Sprache in diesem Bereich (*Rapport au Parlement sur l'application de la loi du 4 août relative à l'emploi de la langue française*, 2000: 88-106). Die häufigsten Verstöße sind fehlende Übersetzungen, Unlesbarkeit oder Grammatikfehler in den Anzeigen. In den Radio- und Fernsehsendungen (*La langue française dans tous ses états*, 1999: 43-46) und in den Printmedien wird ein vermehrtes Auftreten von Anglizismen festgestellt, was zu Reaktionen der autorisierten Verbände zur Verteidigung der französischen Sprache führt. Der Oberste Rundfunkrat informiert die Mitarbeiter dieser

Institutionen regelmäßig über die sprachlichen Unregelmäßigkeiten, aber auch über die neuen Wörter, die im *Journal officiel* de la République française veröffentlicht werden. Die größeren TV-Sender ernennen Berater, die regelmäßig bei bestimmten sprachlichen Unregelmäßigkeiten in der Sendung eingreifen. Zusätzlich wird eine Reihe von Sendungen ausgestrahlt, die das Ziel haben, die französische Sprache zu fördern und zu verbreiten.

In Bezug auf die Verpflichtung der Fernsehanstalten, 40 % Werke mit französischem Originalausdruck (*œuvres d'expression originale française*) ⁷in der Hauptsendezeit auszustrahlen (Décret du 17 janvier 1990, art 8, 9), und der größte Teil der Fernsehanstalten erfüllt diese Verpflichtung.

Die Quotenregelung umfasst auch die von den Radiosendern ausgestrahlten Lieder. Alle privaten Radiosender sind seit 1966 verpflichtet, in der Hauptsendezeit französische Lieder auszustrahlen, von denen die Hälfte von modernen Interpreten stammen oder Teil der Neuproduktion sein muss, was mindestens 40 % des Gesamtprogramms ausmacht (Loi n°99-130, Art. 32). Die bereits festgelegte Quote bleibt auch mit dem neuen Gesetz aus dem Jahr 2000 (Loi n°2000-719) bestehen, allerdings werden Quoten für genrespezifische Radiosender vergeben. Diejenigen Radiosender, die das französische musikalische Erbe pflegen, müssen 60% in französischer Sprache ausstrahlen, wovon 10% auf neue Produktionen entfallen sollen. Radiosender, die junge Künstler fördern, müssen 35% französischsprachige Musikstücke ausstrahlen,

⁷ Als Filme oder audiovisuelle Werke in französischer Originalsprache gelten Werke, die in ihrer Originalfassung vollständig oder überwiegend in französischer Sprache oder einer in Frankreich verwendeten Regionalsprache abgefasst sind (Décret du 17 janvier 1990, art. 5).

wovon 25% auf neuere Künstler entfallen sollten (Loi n°2000-719, art. 42). Die Änderungen bei den Sendequoten von Musikstücken zielen darauf ab, die französische Musikpalette besser zu repräsentieren, aber auch auf die zunehmende Missachtung der französischen Radiosender, die ihrer Verpflichtung in diesem Bereich nicht nachkommen.

Seit 1998 gibt es eine Entscheidung, die Entwicklungsrichtlinien für die französischsprachigen Programme außerhalb des französischen Staatsgebiets vorgibt (Communication du 30 avril 1998). Darin wird die Notwendigkeit betont, die finanzielle Unterstützung für französische Programme zu erhöhen, um ihre Präsenz auf ausländischen Fernsehsendern zu steigern, französische Satellitenprogramme zu entwickeln und die Aufgabe von spezialisierten Fernsehveranstaltern, die für ein ausländisches Publikum bestimmt sind, zu bestimmen. Einige der Fernsehanstalten untertiteln ihre Sendungen in mehreren Fremdsprachen, je nach Region, die sie abdecken, und entsprechen damit voll und ganz dem Prinzip der Mehrsprachigkeit.

Mehrere Fernsehanstalten haben eine Zusammenarbeit mit ähnlichen Institutionen aus anderen Ländern der Welt aufgebaut, und wir sind Zeuge des Abkommens zwischen den Regierungen Frankreichs und Kanadas auf staatlicher Ebene, um die Zusammenarbeit bei der Produktion von hochwertigen Fernsehaufführungen in französischer Sprache zu verstärken (Décret n°90-736, Art. 2).

Frankreich schenkt den französischsprachigen Printmedien besondere Aufmerksamkeit. Im Jahr 1991 wurde ein *Fonds für die Expansion französischer Printmedien im Ausland (Fonds d'aide à*

l'expansion de la presse française à l'étranger) eingerichtet. Sein Zweck ist die Verbreitung von ganz oder teilweise in französischer Sprache verfassten Zeitschriften und Zeitungen, die zur Verbreitung der französischen Sprache, des französischen Denkens und der französischen Kultur im Ausland beitragen (Arrêté du 25 février 1991, art. 1er, 2). Darüber hinaus gab es im Zeitraum 1996-1998 fünf Beschlüsse über eine finanzielle Unterstützung für wöchentliche regionale und lokale Publikationen in französischer Sprache (Décret n°96-410, Art. 2), für politische, regionale, kommunale und lokale Tageszeitungen (Décret n°97-1068, Art. 2) und für nationale Tageszeitungen in französischer Sprache (Décret n°98-714, Art. 2). Unterstützt wird die Faksimile-Übertragung an die Druckereien (Décret n°98-793, art. 1er, 2), sowie an Institutionen, die den Druck von Publikationen in französischer Sprache ermöglichen (Décret n°98-1009, art. 2). Die Filmproduktion in Frankreich hat in den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts einen stetigen Anstieg erfahren. Filme, die ganz oder überwiegend in französischer Sprache oder in einer Regionalsprache aufgeführt werden, können, sofern sie den hohen künstlerischen und technischen Kriterien entsprechen, mit 25 % der für ihre Realisierung erforderlichen Gesamtsumme finanziell unterstützt werden (Décret n°99-130, Art. 32). Kinospielefilme können gefördert werden (Décret n°99-130, Art. 53), ebenso wie Kurzfilme, wenn 80 % der Kosten für den Film in Frankreich ausgegeben werden (Décret n°99-130, Art. 78), Institutionen, die zum Ausbau der französischen Kinoproduktion beitragen (Décret n°99-130, Art. 109) und Kinoproduzenten von Reinvestitionsleistungen (œuvres de

réinvestissement)⁸ (Décret n°97-449).

Laut *Unifrance* gibt es ein gesteigertes Interesse an französischsprachigen Filmen, das vor allem in europäischen Ländern zu beobachten ist, in denen die frankophone Kultur traditionell stark ist, aber auch in Japan ist das gesteigerte Interesse spürbar (*Rapport au Parlement sur l'application de la loi du 4 août relative à l'emploi de la langue française*, 2000, 99).

FOR AUTHOR USE ONLY

⁸Reinvestitionswerke sind Referenzaufführungen, deren Originalfassung ganz oder überwiegend in französischer Sprache oder in einer in Frankreich verwendeten Regionalsprache oder in einer Sprache des Landes des Mehrheits-Koproduzenten realisiert wird, sofern ihr Anteil mindestens 50 % des Selbstkostenpreises beträgt (Décret n°97-449, Art. 4).

SCHLUSSFOLGERUNG (Englisch)

Das Ziel des Buches "Zeitgenössische Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf die französische Sprache" ist es, darzustellen, ob und inwieweit Frankreich als Staat seine Aktivitäten in Bezug auf die französische Sprache und die auf seinem Territorium gesprochenen Sprachen in einer gut organisierten Weise ausrichtet.

Zu diesem Zweck mussten wir zunächst eine Definition des Begriffs geben, von dem wir ausgehen, d.h. des Begriffs *Sprachpolitik*, und dann seine Unterscheidungen von seinen Synonymen *Sprachregelung* und *Sprachgesetzgebung* aufzeigen, die - je nach Forschungsautor oder Land, in dem sie umgesetzt werden - unterschiedlich definiert werden können.

Wir haben den Begriff *Sprachpolitik* als eine Gesamtheit von bewussten Entscheidungen definiert, die in den Beziehungen zwischen der Sprache und dem sozialen Leben, insbesondere der Sprache und dem nationalen Leben, getroffen und umgesetzt werden. Als nächstes haben wir den Begriff *Sprachplanung* als Suche nach und Verwendung von Mitteln definiert, die für die Umsetzung der Sprachpolitik notwendig sind.

Neben der Darstellung des demolinguistischen Zustands der französischen Sprache, dessen Kenntnis notwendig ist, um Lösungen zu finden, die bessere Ergebnisse bei der Umsetzung der Sprachpolitik liefern würden, geben wir im zweiten Teil des Buches einen theoretischen Überblick über die Tradition der Sprachintervention in Frankreich. Die französische Sprache war ein effizientes Mittel zur Stärkung des Staates und zur Verbreitung der von Paris aus regierenden Zentralgewalt. In der Vergangenheit

suchte die Regierung stets nach Mitteln und Wegen, um ihre Ideen zu verbreiten und damit die Völker zu unterjochen. Die französische Sprache, d.h. der aufgezwungene Pariser Akzent, war dafür ein hervorragendes Mittel. Deshalb wurde mit der Verordnung von Villers-Cotterêts von 1539, bekannt als *Ordonnance de Villers-Cotterets*, die französische Sprache zur Verwaltungssprache des Königreichs Frankreich gemacht, während - im XVI. und XVII. Jh. - eine Reihe von Beschlüssen gefasst wurden, nach denen der Gebrauch der französischen Sprache für offizielle Zwecke in den französischen Regionen anstelle der Regionalsprachen vorgeschrieben wurde. Außerdem wurde 1624 die wissenschaftliche These in französischer Sprache zugelassen, die von der Schwächung der lateinischen Sprache und der Durchsetzung der ersten im Bereich der Bildung spricht.

Ein außerordentlich bedeutsames Ereignis ist die Gründung der Académie française durch Richelieu im Jahre 1635; sie hat einen ausgesprochen nationalen Charakter und die Aufgabe, die französische Sprache zu pflegen, zu läutern und sie in Kunst und Wissenschaft bereichert und brauchbar zu machen. Ihr Wörterbuch aus dem Jahr 1694, das bis heute zahlreiche Auflagen erlebt hat, beruht auf dem Traditionalismus Vaugelas' und unterstreicht das Bewusstsein Frankreichs, dass durch Investitionen in Aktivitäten, die die Sprache betreffen, seine Autorität sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene gestärkt werden kann. Mit der Gründung der Französischen Allianz (*Alliance française*) zur Propagierung der Landessprache in den Kolonien und im Ausland (*Alliance française pour la propagation de la langue nationale dans les colonies et à l'étranger*) im Jahr 1883 bestätigte sich der Verdacht, dass sich die

Weltsprachenkonstellation zu verändern begann und Frankreich bereits eine gewisse Krise bzw. Stagnation seiner sprachlich unangefochtenen Position in der Welt zu erkennen begann.

Außerdem hat Frankreich seit Jahrhunderten Sprachinterventionen praktiziert; darüber hinaus haben die Behörden in der Vergangenheit repressive Maßnahmen ergriffen, um die Regionalsprachen zugunsten des Französischen zu verdrängen. Die Botschaften der Nationalversammlung (*Assemblée nationale constituante*) und die Rede von Talleyrand im Jahr 1791, in der die Regionalsprachen als "eine Masse verdorbener Dialekte, die die letzten Überbleibsel des Feudalismus sind und verschwinden müssen" bezeichnet wurden, sind in dieser Hinsicht ziemlich eindeutig. Darüber hinaus sah sogar die Bourgeoisie in ihnen ein Hindernis für die Verbreitung ihrer Ideen und schloss sich dem Kampf für ihre Vernichtung an. Außerdem wurde mit dem Dekret von 1794 die Drohung ausgesprochen, dass die Personen, die eine Regionalsprache verwenden, entlassen und eingesperrt werden, was deutlich von der negativen Haltung des Staates gegenüber diesen Sprachen spricht.

In unserer Recherche haben wir uns für das Jahr 1966 als Ausgangspunkt der zeitgenössischen Sprachpolitik Frankreichs bezüglich der französischen Sprache entschieden. Es ist das Jahr der Gründung des Obersten Ausschusses *für die* Verteidigung und den Ausbau der französischen Sprache (*Haut comité pour la défense et l'expansion de la langue française*), der ersten Institution dieser Art im Lande, die der Verteidigung der Sprache eine neue und systematischere Dimension und damit einen besonderen Ansatz verleiht.

Wir haben die zeitgenössische Sprachenpolitik Frankreichs in drei Perioden unterteilt, je nach den neuen Situationen, die sich aus den Änderungen und Ergänzungen der Ziele und Aufgaben der für den Schutz und die Förderung der französischen Sprache zuständigen Institutionen ergeben. Wir haben das Jahr 1984 als den Beginn der zweiten Periode und das Jahr 1989 als den Beginn der dritten Periode der zeitgenössischen Sprachenpolitik Frankreichs identifiziert. Jede Periode ist durch bestimmte Merkmale gekennzeichnet, dennoch gibt es allgemeine Merkmale, die in allen drei Perioden vorhanden sind.

Wir haben der *terminologischen Anreicherung der französischen Sprache* viel Aufmerksamkeit geschenkt. Um die Lebendigkeit der Sprache vor der rauschenden Welle zahlreicher Fremdwörter zu bewahren und dem Bedürfnis nach ständiger Neuschöpfung zu entsprechen, die helfen würde, mit der sich schnell verändernden Welt Schritt zu halten, wird der Prozess der Anreicherung durch strikte Einhaltung der sprachmorphologischen und syntaktischen Regeln durchgeführt.

Neben dem Teil über die *Bereitstellung von Informationen für den Verbraucher* und den *Schutz des Arbeiters* haben wir auch die Absicht des Staates hervorgehoben, seine Sprache vor dem Einstürmen von Fremdwörtern, insbesondere der englischen, im Bereich der Wirtschaft zu schützen. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass diese Mission bis jetzt erfolgreich durchgeführt wurde, wenn auch mit einigen kleinen Fehlern.

Ein besonderer Akzent wurde auf die Verwendung der französischen Sprache bei *wissenschaftlichen Veranstaltungen, Seminaren und Kongressen*, in *wissenschaftlichen Publikationen*

sowie im *Bildungsbereich* gelegt. Diese Bereiche nehmen in der Sprachenpolitik Frankreichs einen besonderen Platz ein, weil sie für den Erhalt der Sprache besonders bedeutsam sind und daher als die wichtigsten Säulen für ihren Schutz angesehen werden.

Trotz des ersten Eindrucks der *Förderung der Mehrsprachigkeit* in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wäre es für einen Beobachter naiv, daraus zu schließen, dass der Staat begonnen hat, sich gegenüber den anderen Sprachen kooperativ zu verhalten, denn im Hintergrund steht nur der Wunsch nach Schutz vor der Hegemonie der englischen Sprache. Die *Förderung der Mehrsprachigkeit* dient also nur als Deckmantel für seine Absichten, die französische Sprache zu fördern, die durch die Durchsetzung der Mehrsprachigkeit für andere Entitäten stärker in den Vordergrund treten würde. Die mächtige Waffe für diesen Zweck ist das Internet, das aufgrund seiner Konfiguration alle Ecken der Welt erreicht.

Auch die *Massenmedien*, die *Musik* und die *kinematographische Produktion* sind nicht zu vergessen, da sie einen großen Einfluss auf die Sprecher der Sprache haben. Es ist verständlich, dass der Staat darauf achtet, dass sie auch die Rolle der Förderung der "Staatssprache" - des Französischen - haben.

Darüber hinaus hat Frankreich die *Zusammenarbeit mit den anderen frankophonen Ländern*, mit denen es die Sprache als gemeinsamen Schatz teilt, verstärkt. Es ist sich bewusst geworden, dass mit gemeinsamen Anstrengungen und einer gut organisierten Strategie die angestrebten Ergebnisse erreicht werden können. Diesem Kurs folgend hat es auch seine Zusammenarbeit mit den entsprechenden internationalen Institutionen, denjenigen in der Europäischen Union und in den Vereinten Nationen, die

Schlüsselpositionen und einen direkten Einfluss auf die Förderung der französischen Sprache haben, verstärkt.

FOR AUTHOR USE ONLY

SCHLUSSFOLGERUNG (Français)

L'objectif du livre intitulé " La politique linguistique contemporaine de la France à l'égard du français " était de donner la réponse à la question comment, dans quelle mesure et vers quelle direction la France oriente ses activités et agit sur les langues parlées sur son territoire.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir zunächst den Basisbegriff, die *Sprachpolitik* und andere synonyme Begriffe, wie *Sprachpflege* und *Sprachgesetzgebung*, die je nach

Sprachwissenschaftler und Land unterschiedlich definiert werden können, bestimmen.

Wir verstehen unter Sprachpolitik die Gesamtheit der bewussten Entscheidungen, die im Bereich der Beziehungen zwischen Sprache und sozialem Leben, insbesondere zwischen Sprache und nationalem Leben, getroffen werden, und unter Sprachplanung die Erforschung und Umsetzung der für die Anwendung einer Sprachpolitik notwendigen Mittel.

En plus de la représentation de la situation géodémolinguistique du français et des langues régionales dont les informations sont indispensables pour une meilleure réalisation des solutions de l'application de la politique linguistique, dans la deuxième partie du livre nous faisons une brève description de la tradition de l'intervention linguistique en France. La langue française était un moyen très efficace pour le renforcement de la position de l'État et l'élargissement du pouvoir du gouvernement centralisé de Paris. Au cours de l'histoire, le gouvernement français avait besoin et cherchait les modalités d'extension de ses idées en vue de la soumission du peuple. La langue française (ou le patois parisien imposé) en était un instrument excellent. L'Ordonnance de Villers-Cotterêts de 1539 prescrit le français comme langue d'Etat. Au cours du XVIe et XVIIe siècle, en France, plusieurs arrêtés sont promulgués privilégiant le français au lieu des parlers régionaux. Depuis l'année 1624 on permet même la soutenance des thèses en français, signal de l'affaiblissement de la position du latin et l'imposition de celui-ci dans l'éducation.

Ein wichtiges Ereignis in der Geschichte der französischen Sprachpolitik war die Gründung der Académie française durch

Richelieu im Jahr 1539, die einen bemerkenswerten nationalen Charakter hatte und deren Hauptziel der Schutz der französischen Sprache war, damit sie rein, sprachgewandt und in Wissenschaft und Kunst anwendbar sei. Sein Wörterbuch von 1694, das auf der Tradition von Vaugelas basierte und bis heute mehrere Auflagen erlebt hat, zeigt, dass Frankreich sich bewusst war, dass es mit den Aktivitäten, die sich auf das Französische beziehen, seinen Platz sowohl im Inneren als auch im Äußeren seines nationalen Territoriums ausbauen wollte. Die Gründung der Alliance Française zur Verbreitung des Französischen in seinen Kolonien und im Ausland bestätigt die These, dass sich die sprachliche Situation weltweit verändert hat und dass Frankreich eine Krise oder eine Stagnation seiner Sprache in den internationalen Zusammenhängen erleidet, in denen das Französische einen unantastbaren Platz einnimmt.

D'autre part, en France , il y a une longue tradition de l'intervention linguistique. Les autorités ont souvent utilisé même des méthodes répressives en vue d'évincer des langues régionales et de promouvoir le français. Les messages sont très clairs. In der Rede von Talleyrand von 1791, l'un des grands hommes politique de l'époque, vor der Nationalversammlung, bezeichnet er die Regionalsprachen als "foule de dialectes corrompus, dernier reste de la féodalité, (qui) sera contrainte de disparaître; la force des choses le commande".

Plus tard, la bourgeoisie les considère aussi comme obstacles de la dispersion de ses idées et se bat contre eux. Le décret de 1794 droht den Betreibern mit Lizenzierung und Inhaftierung, wenn sie eine regionale Sprache verwenden. Cette réaction explique l'attitude

négative de la part de l'État par rapport à ces langues.

En partant des buts que la France voulait atteindre et les mesures qu'elle a entreprises, nous avons divisés sa politique linguistique en deux directions: la politique linguistique à l'égard du français et la politique linguistique à l'égard des langues régionales.

Als Ausgangspunkt der französischen Sprachpolitik im Hinblick auf das Französische haben wir das Jahr 1966 bestimmt, in dem das Haut Comité pour la défense et l'expansion de la langue française gegründet wurde, première institution de ce type dans le pays qui représente une dimension systématique en ce qui concerne la défense de la langue et, en même temps, établit des relations particulières avec elle. Wir haben die Sprachpolitik gegenüber dem Französischen in drei Perioden unterteilt, je nach Situation und Zielsetzung der Institutionen, die den Schutz und die Förderung der französischen Sprache zum Ziel haben. Nous avons constaté que la deuxième période de la politique linguistique à l'égard du français commence en 1984, et la troisième en 1989. Chacune d'elles est marquée des traits particuliers, mais il existe des traits généraux présents dans toutes les trois périodes.

In dieser Unterteilung wird ein besonderer Akzent auf die *terminologische Bereicherung* der französischen Sprache gelegt. Dabei geht es um die vollständige Einhaltung der morphosyntaktischen Regeln, um die sprachliche Vitalität der Sprache angesichts ausländischer Wörter und die Notwendigkeit, eigene Wörter zu kreieren, die den technischen Fortschritt der aktuellen Epoche widerspiegeln.

À côté du but primaire, *information du consommateur et la protection de l'ouvrier*, la France a l'intention de défendre sa langue

des mots étrangers, particulièrement des anglicismes, très présents dans le domaine de l'économie. Nous avons conclu aussi que la langue française peut se mesurer avec succès aux rapports économiques internationaux et se promouvoir comme langue d'économie. De même, nous avons constaté que jusqu'à présent, cette mission se déroule favorablement, sauf certaines omissions involontaires.

On met l'accent particulier sur l'usage du français *aux séminaires, colloques, et congrès scientifiques*, puis sur l'édition *des publications scientifiques*, et particulièrement, on fait attention à la situation du français dans *l'éducation*. Ces domaines d'application sont très importants pour la sauvegarde de cette langue et voilà la raison pour laquelle on y prête tellement attention. Nous pouvons dire que ces domaines sont des pivots de la défense du français, et c'est pourquoi ils ont une position particulière dans la politique linguistique de la France.

Bien que, en un coup d'oeil, l'observateur naïf puisse conclure que l'État à travers l'encouragement du plurilinguisme dans plusieurs domaines de la vie sociale commence à se comporter avec beaucoup d'altruisme par rapport aux autres langues, cependant à l'arrière du phénomène on remarque le besoin d'être protégé de l'hégémonie de la langue anglaise. Derrière ce paravent, la France cache ses intentions de promotion de sa langue française qui à l'aide du plurilinguisme appliqué et des autres sujets dans le monde, pourrait les mettre en évidence. Elle profite de l'internet, arme très puissante présente dans tous les coins du monde.

Il ne faut pas oublier *les médias, la production musicale et cinématographique* qui peuvent aussi avoir un rôle important chez les

locuteurs de la langue française. De même, l'Etat en profite et fait en sorte qu'ils deviennent promoteurs de " la langue d'Etat", le français.

La France continue et renforce la collaboration avec les autres pays francophones avec lesquels elle partage la langue comme une richesse commune. Im Bewusstsein, dass sie mit einem kollektiven und strategisch gut organisierten Kampf die angestrebten Ziele erreichen kann, setzt Frankreich die Zusammenarbeit mit den europäischen Institutionen und den Institutionen der Vereinten Nationen fort, die eine wichtige Position und einen direkten Einfluss auf die Förderung des Französischen haben, und verstärkt sie.

BIBLIOGRAPHIE

AULARD, Alphonse : *Histoire politique de la Révolution française : origines et développement de la démocratie et de la république : 1789-1804*, A. Colin, Paris, 1901.

BALIBAR, Renée : *Le colinguisme*, PUF, 1993.

BAZIN, Louis: " La réforme linguistique en Turquie ", in *La réforme des langues, histoire et avenir*, tome 1, Buske Verlag, Hamburg, 1966.

BECQUER, Annie, CERQUIGLINI, Bernard, & CHOLEVKA, Nicole: *Femme, j'écris ton nom, Guide d'aide à la féminisation des noms des métiers, titres, grades et fonctions*. Institut national de la langue française, La Documentation française, Paris, 1999.

BÉDARD, Édith & MAURIS, Jacques : *La norme linguistique*, Conseil de la langue française, Québec et Paris, Le Robert, 1983.

BODÉ, Gérard : " L'Ecole et le plurilinguisme en France , 1789-1870 " ; in Daniel COSTE & Jean HÉBRARD (Eds.), *Vers le*

- plurilinguisme?, Ecole et politique linguistique, Hachette, Paris, 1991.*
- BOURNAY, Jacques & Pierre-Alain PIONNIER: " L'économie française : ruptures et continuités de 1959 à 2006 ", Insee Première, n°1136, mai 2007, 14.03.2021, <http://hussonet.free.fr/ip1136.pdf>
- BOYER, Henri : " Les politiques linguistiques ", Trente ans d'étude des langages du politique (1980-2010), *Mots. Les langages du politique* n°94, ENS Editions, Lyon, nov. 2010, p 67-74, 01.03.2015. <http://mots.revues.org/19891>
- BRETON, Roland: *La géographie des langues*, P. U. F., Que sais-je?, Paris, 1995.
- BULOT, Thierry & Philippe BLANCHET : *Dynamiques de la langue française au 21ème siècle: une introduction à la sociolinguistique*, 2011, 29.03.2015. www.sociolinguistique.fr
- BRUNOT, Ferdinand: *Histoire de la langue française des origines à nos jours*, tome VII: *La Propagation du français en France jusqu' à la fin de l'Ancien Régime*, A. Colin, Paris, 1909.
- CALVET, Louis-Jean : " Sur une conception fantaisiste de la langue: la "newspeak" de George Orwell ", in *La Linguistique*, 1, 1969, 101-104.
- CALVET, Louis-Jean : *Les politiques linguistiques*, PUF, Paris, 1996.
- CALVET, Louis-Jean, *La sociolinguistique*, PUF, Paris, 1998.
- CALVET, Louis-Jean: *La guerre des langues et les politiques linguistiques*, Hachette Littératures, Paris, 1999.
- CALVET, Louis-Jean : *Pour une écologie des langues du monde*, Plon, Paris, 1999.
- CALVET, Louis-Jean : *Le marché aux langues*, Plon, Paris, 2002.

- CARCASSONNE, Guy: *Etude sur la compatibilité entre la Charte européenne des langues régionales ou minoritaires et la Constitution : rapport au Premier ministre*, La Documentation française, 1998, 14.03.2021. <https://www.vie-publique.fr/sites/default/files/rapport/pdf/984001697.pdf>
- CARON, François : *Histoire économique de la France XIXe - XXe siècle*, ed. Armand Colin, 1995.
- CHANSOU, Michel : *L'aménagement lexical en France pendant la période contemporaine, 1950-1994: étude de sociolexicologie*, H. Champion, Paris, 2003.
- COOPER, Robert: *Language Planning and Social Change*, Cambridge University Press, New York, 1989.
- CORBEIL, Jean-Claude : " Communication ", in *Actes du Colloque international sur l'aménagement linguistique*, Les Presses de l'Université Laval, Québec, 1987.
- CRYSTAL, David: *An Encyclopedic Dictionary of Language and Languages*, Blackwell, Oxford, 1992.
- CRYSTAL, David: *The Penguin dictionary of language*, Penguin, Harmondsworth, 1999.
- DUBOIS, Jean et al. : *Dictionnaire de linguistique*, Larousse-Bordas/HER, Paris, 2001.
- DAOUST, Denise & MAURIS Pierre, " L'aménagement linguistique", in *Politique et aménagement linguistique*, Le Robert, Paris, 1987.
- DAS GUPTA, J. & FERGUSON, C. : "Problems of Language Planning", in *Language Planning Processes*, Mouton, La Haye, 1977.
- DENIAU, Xavier: *La francophonie*, Presses universitaires de France , Paris, 1983.

- FERGUSON, Charles: *Perspektiven der Soziolinguistik, Papers on Language in Society 1959-1994*, Oxford University Press, 1996.
- FISHMAN, Joshua: *Soziolinguistik, eine kurze Einführung*, Newbury House, Rowley, Massachusetts, 1970.
- FranceTerme, 15.02.2013. <http://www.culture.fr/franceterme>
- GLÜCK, Helmut, *Sprachtheorie und Sprach(en)politik*, Osnabrück, 1981.
- Grand dictionnaire terminologique*, 22.03.2014.
<http://gdt.oqlf.gouv.qc.ca/>
- GREGOIRE, Henri-Baptiste : *Rapport sur la nécessité et les moyens d'anéantir les patois et d'universaliser l'usage de la langue française*, Convention du 16 prairial an II - 28 mai, 1794.
- GUILLAUME, James : *Procès-verbaux du comité de l'instruction publique de la Convention nationale*, Tome II, Imprimerie Nationale, Paris, 1894.
- GUIRAUD, Pierre: *Les mots étrangers*, PUF, Paris, 1971.
- HAGÈGE, Claude: *Les Français et les siècles*, Éditions Odile Jacob, Paris, 1987.
- HAUGEN, Einar: "Planning for a Standard Language in Modern Norway", in: *Anthropologische Linguistik*, 1, 3, 1959.
- HAUGEN, Einar, *Language Conflict and Language Planning, the Case of Modern Norwegian*, Harvard University Press, Cambridge, 1966.
- HAUGEN, Einar, "Linguistics and Language Planning", in William Bright, *Sociolinguistics*, La Haye, Mouton, 1966.
- HÖFLER, Manfred: *Dictionnaire des anglicismes*, Larousse, Paris, 1982.
- KORDIC, Snježana: *Jezik i nacionalizam*, Durieux, Zagreb,

- 2010,01.12.2014.http://bib.irb.hr/datoteka/475567.Jezik_i_nacionalizam.pdf
- LACORNE, Denis & JUDT Tony : *La politique de Babel: du monolinguisme d'État au plurilinguisme des peuples*, Karthala, Paris, 2002.
- La place de la langue française dans les institutions internationales*, Ministère de la culture et de la communication, Délégation générale à la langue française, Paris, 2000.
- LAPORTE, Pierre-Etienne : " Les mots-clés du discours politique en aménagement linguistique au Québec et au Canada ", in TRUCHOT, Claude et al, *Le plurilinguisme européen*, Champion, Collection "Politique linguistique", Paris, 1994.
- LECLERC, Jacques : *L'aménagement linguistique dans le monde*, TLFQ, Québec, Université Laval, 22.03.2014.
<http://www.axl.cefanelaval.ca/>
- LECLERC, J. *Histoire de la langue française*, 14.08.2018.
<http://www.axl.cefanelaval.ca/francophonie/histlngfrn.htm>
- Le Français dans les institutions européennes*, République française, Délégation générale à la langue française. Paris, 2000.
- L'enrichissement de la langue française*, Délégation générale à la langue française et aux langues de France , Références 2011, 01.03.2013.
http://www.dgflf.culture.gouv.fr/publications/enrichissement_2011.pdf
- NINYOLES, Rafael: *Estructura social y política lingüística*, Valence, Fernando Torres Editor, 1975.
- OSTER, Daniel : *Histoire de l'Académie française*. Vialetay, Paris, 1970.

PERGNIER, Maurice: *Les anglicismes. Dangers ou enrichissement pour la langue française?* P.U.F. (coll. Linguistique nouvelle), Paris, 1989.

Petit Larousse illustré, Larousse, Paris, 2005.

PORCHER, Louis : " Les politiques linguistiques ", in *Les cahiers de l'ASDIFLE*, N°7, Paris, 1995.

La langue française dans tous ses états, Rapport des associations, Le Droit de comprendre, Paris, 1999, 12.09.2018.
http://www.langue-francaise.org/Articles_Dossiers/Rapport_DDCO.php

Projet de loi renforçant les droits, la protection et l'information des consommateurs - Position de la CCIP, Chambre de commerce et d'industrie de Paris, 12.09.2001.
<http://www.etudes.ccip.fr/rapport/296-projet-de-loi-renforçant-les-droits-protection-information-des-consommateurs>

Rapport du 10 septembre 1791 devant l'Assemblée nationale. Archives parlementaires, 1ère série, tome XXX, 472.

Rapport au Parlement sur l'application de la loi du 4 août 1994 relative à l'emploi de la langue française, Ministère de la culture et de la communication, Délégation générale à la langue française, Paris, 2000, 15.03.2017.
<http://www.culture.gouv.fr/culture/dglf/rapport/2000/accueil.htm>

Rapport au Parlement sur l'application de la loi du 4 août 1994 relative à l'emploi de la langue française, Ministère de la culture et de la communication, Délégation générale à la langue française, 2001, 11.08.2017.
<http://www.ladocumentationfrancaise.fr/var/storage/rapports-publics/014000736/0000.pdf>

Rapport au Parlement sur l'emploi de la langue française, Ministère de la culture et de la communication, Délégation générale à la langue française et aux langues de France , 2005, 15.09.2012.
http://www.dglflf.culture.gouv.fr/rapport/2005/rapport_parlement_2005.pdf

Rapport sur la féminisation des noms de métier, fonction, grade ou titre au Premier ministre. Paris : Ministère de la culture et de la communication, Commission générale de terminologie et de néologie, 1999.

Rapport annuel d'activités 1999, Ministère de la culture et de la communication, Commission générale de terminologie, Paris, 2000. 20.12.2000.

<http://www.culture.fr/culture/dglf/rapport/rap-act-99/rap1.html>

Règlement n°1 du 15 avril 1958 portant fixation du régime linguistique de la Communauté européenne. JORF n°17 du 06 octobre 1958, 0385 - 0386, <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:31958R0001:FR:HTML>, 15.11.2018.

Répertoire terminologique (Révision des listes antérieurement publiées), Edition 2000, Commission générale de terminologie et de néologie. (2000). JORF du 22 septembre 2000, 14932, Annexe: pagination spéciale 42003-42192.

REY, Alain & REY-DEBOVE, Josette (sous la rédaction de) : *Le Nouveau Petit Robert, Dictionnaire alphabétique et analogique de la langue française*, Dictionnaires Le Robert, Paris, 2004.

REY-DEBOVE, Josette & GAGNON, Gilberte: *Dictionnaire des anglicismes : les mots anglais et américains en français*, Le Robert, Paris, 1990.

- RONDEAU, Guy : *Introduction à la terminologie*, Centre éducatif et culturel, Montréal, 1981.
- ROSSILLON, Philippe (dir.) : *Atlas de la langue française*, Bordas, Paris, 1995.
- ROUSSEAU, Louis-Jean : *Élaboration et mise en œuvre des politiques linguistiques*, 12.01.2015.
<http://termisti.ulb.ac.be/archive/rifal/PDF/rifal26/crf-26-06.pdf>,
- SAINT ROBERT, Marie-Josée de: *La politique de la langue française*, PUF, Paris, 2000.
- SIBILLE, Jean : *Les Langues régionales*, Flammarion, Paris, 2000.
- SCHOELL, Franck: *La langue française dans le monde*, Paris, 1936.
- SUSO LÓPEZ, Javier, " Quelques clés pour mieux comprendre le processus de standardisation de la langue française au XVI siècle ", in : J. Suso & R. López (dir.), *Le français face aux défis actuels. Histoire, langue et culture*, I, EUG, Granada, 2004, 253-270, 15.03.2015.
- TOURNIER, Jean: *Les mots anglais du français*, Belin, (coll. Le français retrouvé), Paris, 1998.
- Trésor de la langue française informatisé*, 25.10.2020.
<http://atilf.atilf.fr/>
- TRUCHOT, Claude : *L'anglais dans le monde contemporain*, Le Robert, Collection " L'ordre des mots ", Paris, 1990.
- VAN GOETHEM, Herman: *La politique des langues en France , 1620-1804*, in *Revue du Nord*, tome LXXI, n°281, 1989.
- VERPEAUX, Michel: " Liberté d'expression et discours politique ", *Annuaire international de justice constitutionnelle*, 23-2007, 2008, 235-249.
- WALTER, Henriette & WALTER, Gérard : *Dictionnaire des mots*

d'origine étrangère, Larousse, Paris, 1998.

YAGUELLO, M.: *Catalogue des idées reçues sur la langue*, Le Seuil, Paris, 1988.

*

НИКОЛОВСКИ, Зоран: *Современата јазична политика на Франција во однос на францускиот и регионалните јазици*, Магистерски труд, Филолошки факултет "Блаже Конески", Скопје, 2002.

НИКОЛОВСКИ, Зоран: *Англиските лексички заемки во францускиот јазик од 1945-2005 година (лингвистички и социокултурен аспект)*, Докторска дисертација, Филолошки факултет "Блаже Конески", Скопје, 2012.

РИСТЕСКИ Стојан, *Создавањето на современиот македонски литературен јазик*, Студентски збор, Скопје, 1988.

FOR AUTHOR USE ONLY

CORPUS

Archives parlementaires, 1 ère série, tome LXXXIII, séance du 8 pluviôse an II, 18, C.N.R.S. , Paris, 1966.

Arrêté du 22 mai 1985 portant création de diplômes de langue française réservés aux personnes de nationalité étrangère, D. E. L. F., D. A. L. F.

Arrêté du 25 février 1991 créant un fonds d'aide à l'expansion de la

presse française à l'étranger, JORF n°57 du 7 mars 1991.
 Arrêté du 27 mars 2001 portant création d'une commission spécialisée de terminologie et de néologie au ministère de la jeunesse et des sports, JORF n°78 du 27 mars 2001, 5158.
 Arrêté du 2 juillet 2001 portant création d'un comité d'orientation pour la simplification du langage administratif, JORF n°152 du 3 juillet 2001, 10624.
 Arrêté du 25 juillet 2001 modifiant l'arrêté du 10 décembre 1998 relatif à l'organisation de l'administration centrale du ministère des affaires étrangères, JORF n°173 du 28 juillet 2001, 12220.
Charte européenne des langues régionales ou minoritaires, Rapport explicatif, Les éditions du Conseil de l'Europe, Strasbourg, 1992.
 Circulaires et instructions officielles relatives à l'instruction publique, tome II, n°744. (1865), 679-680.
 Circulaire du 31 juillet 1974 relative à l'élaboration des projets de loi et des textes publiés au *JORF*.
 Circulaire du 14 juin 1983 relative à l'élaboration des projets de loi.
 Circulaire du 11 mars 1986 relative à la féminisation des noms de métier, fonction, grade ou titre, JORF du 16 mars 1986, 4267.
 Circulaire du 2 janvier 1993 relative aux règles d'élaboration, de signature et de publication des textes au *Journal officiel* et à la mise en œuvre de procédures particulières incombant au Premier ministre, JORF n°5 du 7 janvier 1993, 384.
 Circulaire du 12 avril 1994 relative à l'emploi de la langue française par les agents publics, JORF n°92 du 20 avril 1994, 5773.
 Circulaire du 20 septembre 1994 relative aux règles applicables aux nominations des membres des conseils et des dirigeants des établissements publics et entreprises du secteur public, JORF

n°223 du 25 septembre 1994, 13637.

Circulaire du 19 mars 1996 concernant l'application de la loi n° 94-665 du 4 août 1994 relative à l'emploi de la langue française, JORF n°68 du 20 mars 1996.

Circulaire du 15 mai 1996 relative à la communication, à l'information et à la documentation des services de l'Etat sur les nouveaux réseaux de télécommunication, JORF n°116 du 19 mai 1996, 7549.

Circulaire du 30 janvier 1997 relative aux règles d'élaboration, de signature et de publication des textes au *Journal officiel* et à la mise en œuvre de procédures particulières incombant au Premier ministre, JORF n°27 du 1 février 1997, 1720.

Circulaire du 6 mars 1997 relative à l'emploi de français dans les systèmes d'information et de communication des administrations et établissements publics de l'Etat, JORF n°67 du 20 mars 1997, 4359.

Circulaire du 30 mai 1997 relative à l'élaboration et à la conclusion des accords internationaux, JORF n°125 du 31 mai 1997, 8415.

Circulaire du 6 mars 1998 relative à la féminisation des noms de métier, fonction, grade ou titre, JORF n°57 du 8 mars 1998, p. 3565.

Circulaire du 7 octobre 1999 relative aux sites internet des services et des établissements publics de l'Etat, JORF n°237 du 12 octobre 1999, 15167.

Code de la consommation, 15.03.2021.

<https://www.legifrance.gouv.fr/codes/id/LEGITEXT000006069565/>

Code des assurances, 15.03.2021.

<http://www.legifrance.gouv.fr/affichCode.do?cidTexte=LEGITEXT000006073984>

Code du travail, 15.03.2021.

<https://www.legifrance.gouv.fr/codes/id/LEGITEXT000006072050/>

Code pénal, 15.03.2021.

<https://www.legifrance.gouv.fr/codes/id/LEGITEXT000006070719/>

Code civil, 13.04.2021.

<https://www.legifrance.gouv.fr/codes/id/LEGITEXT000006070721/>

Code de commerce, 13.04.2012.

https://www.legifrance.gouv.fr/codes/texte_lc/LEGITEXT000005634379

Code de procedure penale, 13.04.2021.

<https://www.legifrance.gouv.fr/codes/id/LEGITEXT000006071154/>

Communication du ministre des affaires étrangères au Conseil des ministres du 30 avril 1998.

Constitution du 4 octobre 1958, JORF du 5 octobre 1958, 238, 9151, 12.08.2018.

<https://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=-LEGITEXT000006071194>

Décision n°94-345 DC du 29 juillet 1994, 15.03.2021.

<https://www.conseil-constitutionnel.fr/decision/1994/94345DC.htm>

Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen de 1789, 15.03.2021. <https://www.conseil-constitutionnel.fr/le-bloc-de-constitutionnalite/declaration-des-droits-de-l-homme-et-du-citoyen-de-1789>

Décret du 5 brumaire an II-26 octobre 1792.

Décret du II Thermidor an II-20 juillet 1794. Recueil Duvergier, 275, 15.03.2021.

<https://www.legifrance.gouv.fr/jorf/id/JORFTEXT000000295886>

Décret du 24 prairial an XI-13 juin 1803, Bulletin des lois, 3e série,

tome VIII, 2e semestre an XI, n°292, loi n° 2881, 598-599.

Décret n°66-203 du 31 mars 1966 portant création d'un Haut Comité pour la défense et l'expansion de la langue française, JORF du 7 avril 1966, 2795.

Décret n°72-19 du 7 janvier 1972 relatif à l'enrichissement de la langue française, JORF du 9 janvier 1972.

Décret n°73-194 du 24 février 1973 modifiant le décret n° 66-203 du 31 mars 1966 portant création d'un Haut Comité pour la défense et l'expansion de la langue française, JORF du 28 février 1973.

Décret n°80-414 du 11 juin 1980 modifiant le décret n° 66- 203 du 31 mars 1966 portant création d'un Haut Comité de la langue française, JORF du 13 juin 1980.

Décret n°84-91 du 9 février 1984 instituant un commissariat général et un comité consultatif de la langue française, JORF du 10 février 1984.

Décret n°84-171 du 12 mars 1984 instituant un Haut Conseil de la francophonie, JORF du 13 mars 1984.

Décret du 13 novembre 1987 portant approbation des cahiers des missions et des charges de la société Radio France et de l'Institut national de l'audiovisuel.

Décret n°88-886 du 22 août 1988 relatif aux attributions du ministre délégué auprès du ministre d'État, ministre des affaires étrangères, chargé de la francophonie, JORF du 23 août 1988.

Décret n°89-403 du 2 juin 1989 instituant un Conseil supérieur de la langue française et une Délégation générale à la langue française, JORF du 22 juin 1989.

Décret 90-66 du 17 janvier 1990 pour l'application du 2° de l'article 27 et du 2° de l'article 70 de la loi n°86-1067 du 30 septembre 1986

modifiée relative à la liberté de communication et fixant les principes généraux concernant la diffusion des œuvres cinématographiques et audiovisuelles.

Décret n°90-736 du 9 août 1990 portant publication de l'accord entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement du Canada relatif au développement de projets de coproduction audiovisuelle télévisée de langue française, signé à Ottawa le 14 mars 1990, JORF n°189 du 17 août 1990.

Décret n°91-1094 du 21 octobre 1991 relatif aux attributions du ministre délégué à la francophonie, JORF n°247 du 22 octobre 1991, 13834.

Décret n°92-279 du 27 mars 1992 modifiant le décret n° 90-66 du 17 janvier 1990 pris pour l'application du 2° de l'article 27 et du 2° de l'article 70 de la loi n°86-1067 du 30 septembre 1986 modifié relative à la liberté de communication et fixant les principes généraux concernant la diffusion des oeuvres cinématographiques et audiovisuelles, JORF n° 75 du 28 mars 1992.

Décret n°92-1230 du 24 novembre 1992 portant modification du décret n° 59-733 du 16 juin 1959 modifié relatif au soutien financier de l'Etat à l'industrie cinématographique et du décret du 16 juin 1959 modifié relatif au soutien financier de l'Etat à l'industrie cinématographique, JORF n° 274 du 25 novembre 1992.

Décret n°92-1231 du 24 novembre 1992 relatif aux attributions du secrétaire d'Etat à la francophonie et aux relations culturelles extérieures, JORF n°274 du 25 novembre 1992, 16121.

Décret n°92-1273 du 7 décembre 1992 modifiant le décret n° 86-175 du 6 février 1986 modifié relatif au soutien financier de l'État à l'industrie des programmes audiovisuels, JORF n° 286 du 9

décembre 1992.

Décret n° 93-397 du 19 mars 1993 relatif au Centre national du livre, JORF n°68 du 21 mars 1993.

Décret n°93-797 du 16 avril 1993 relatif aux attributions du ministre de la culture et de la francophonie, JORF n°92 du 19 avril 1993, 6432.

Décret n°93-1328 du 16 décembre 1993 portant modification du décret n°59-1512 du 30 décembre 1959 modifié portant application des dispositions du décret du 16 juin 1959 modifié relatif au soutien financier de l'Etat à l'industrie cinématographique, JORF n°297 du 23 décembre 1993.

Décret n°95-110 du 2 février 1995 relatif au soutien financier de l'État à l'industrie des programmes audiovisuels, JORF n° 29 du 3 février 1995.

Décret n°95-240 du 3 mars 1995 pris pour l'application de la loi n°94-665 du 4 août 1994 relative à l'emploi de la langue française, JORF n°55 du 5 mars 1995.

Décret n°95-461 du 26 avril 1995 portant modification du décret n° 59-1512 du 30 décembre 1959 modifié portant application des dispositions du décret du 16 juin 1959 modifié relatif au soutien financier de l'Etat à l'industrie cinématographique, JORF n°100 du 28 avril 1995.

Décret n°95-770 du 8 juin 1995 relatif aux attributions du ministre de la culture.

Décret n°96-410 du 10 mai 1996 instituant une aide aux publications hebdomadaires régionales et locales, JORF n°114 du 16 mai 1996.

Décret n°96-421 du 13 mai 1996 modifiant le décret n°93-397 du 19 mars 1993 relatif au Centre national du livre, JORF n°115 du 18

mai 1996.

Décret n°96-602 du 3 juillet 1996 relatif à l'enrichissement de la langue française, JORF n°155 du 5 juillet 1996, 10169-10170.

Décret n°96-235 du 21 mars 1996, modifications apportées au décret n° 89- 403 du 2 juin 1989 instituant un Conseil supérieur de la langue française et une Délégation générale à la langue française.

Décret n°97-449 du 29 avril 1997 modifiant les décrets n°59-733 du 16 juin 1959 relatif au soutien financier de l'Etat à l'industrie cinématographique et n°59-1512 du 30 décembre 1959 portant application des dispositions du décret du 16 juin 1959 précité, JORF du 7 mai 1997.

Décret n°97-1068 du 20 novembre 1997 modifiant le décret n°89-528 du 28 juillet 1989 instituant une aide aux quotidiens régionaux, départementaux et locaux d'information politique et générale à faible ressources de petites annonces, JORF n°270 du 21 novembre 1997.

Décret n°98-714 du 17 août 1998 modifiant le décret n°86-616 du 12 mars 1986 instituant une aide aux quotidiens nationaux d'information politique et générale à faibles ressources publicitaires, JORF n°190 du 19 août 1998.

Décret n°98-793 du 4 septembre 1998 instituant une aide à la transmission par fac-similé des quotidiens, JORF n°206 du 6 septembre 1998.

Décret n°98-1009 du 6 novembre 1998 relatif au fonds d'aide au portage de la presse, JORF n°260 du 8 novembre 1998.

Décret n°99-130 du 24 février 1999 relatif au soutien financier de l'industrie cinématographique, JORF n°47 du 25 février 1999.

Décret n°99-870 du 12 octobre 1999 portant modification du décret

n° 89-403 du 2 juin 1989 instituant un Conseil supérieur de la langue française et une Délégation générale à la langue française, JORF n°239 du 14 octobre 1999.

Décret n°2001-646 du 18 juillet 2001 modifiant le décret n° 89-403 du 2 juin 1989 instituant un Conseil supérieur de la langue française et une Délégation générale à la langue française et abrogeant le décret n° 96-1101 du 10 décembre 1996 portant statut d'emploi du délégué général à la langue française. JORF n°166 du 20 juillet 2001, 11694.

Décret n° 2015-341 du 25 mars 2015 modifiant le décret n° 96-602 du 3 juillet 1996 relatif à l'enrichissement de la langue française. JORF n°73 du 27 mars 2015, 5578.

F/17 Instruction publique, État général des fonds des Archives nationales, Paris, 2009.

Loi n°51-46 du 11 janvier 1951 relative à l'enseignement des langues et dialectes locaux *Loi Deixonne*, JORF du 13 janvier 1951, 483.

Loi n°75-620 du 11 juillet 1975 relative à l'éducation, JORF du 12 juillet 1975.

Loi n°75-1349 du 31 décembre 1975 relative à l'emploi de la langue française, JORF du 4 janvier 1976.

Loi n°82-652 du 29 juillet 1982 relative à la communication audiovisuelle, JORF du 30 juillet 1982.

Loi n°84-52 du 26 janvier 1984 sur l'enseignement supérieur, JORF du 27 janvier 1984.

Loi n°86-1067 du 30 septembre 1986 relative à la liberté de communication.

Loi n°89-486 du 10 juillet 1989 d'orientation sur l'éducation, JORF du 14 juillet 1989 et B. O. spécial n°4 du 31 août 1989.

Loi n°90-588 du 6 juillet 1990 portant création de l'Agence pour l'enseignement français à l'étranger, JORF n°159 du 11 juillet 1990.

Loi constitutionnelle n°92-554 du 25 juin 1992 ajoutant à la Constitution un titre: Des Communautés européennes et de l'Union européenne, JORF du 26 juin 1992.

Loi n°94-88 du 1er février 1994 modifiant la loi n°86-1067 du 30 septembre 1986 relative à la liberté de communication, JORF n°27 du 2 février 1994.

Loi n°94-665 du 4 août 1994 relative à l'emploi de la langue française, JORF, n°180 du 5 août 1994.

Loi n°97-1019 du 28 octobre 1997 portant réforme du service national, JORF, n°260 du 8 novembre 1997.

Loi n°98-657 du 29 juillet 1998 d'orientation relative à la lutte contre les exclusions, JORF n°175 du 31 juillet 1998.

Loi n°2000-719 du 1er août 2000 modifiant la loi n°86-1067 du 30 septembre 1986 relative à la liberté de communication, JORF n°177 du 2 août 2000.

Loi constitutionnelle n°2008-724 du 23 juillet 2008 de modernisation des institutions de la Ve République. JORF du 24 juillet 2008, 171, 11890

Ordonnance du 25 août 1539 sur le fait de la justice (dite ordonnance de Villers-Cotterêts), 15.03.2021.

<https://www.legifrance.gouv.fr/loda/id/LEGITEXT000006070939/>

Ordonnance de 1563, dite de Roussillon, art. 35. 24.08.2009.
<https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k858577n>

FOR AUTHOR USE ONLY

ANHÄNGE

INDEX-TERM

ZUSAMMENFASSUNGEN & SCHLUSSFOLGERUNGEN

FOR AUTHOR USE ONLY

FOR AUTHOR USE ONLY

INDEX-TERM

Délégation générale à la langue française et aux langues de France, 48, 54, 59, 73, 87, 116, 117, 139	und Kongresse, 67, 68, 142, 143 Frankreich, 1, 3, 5, 11, 12, 13, 14, 20, 32, 39, 40, 42, 43, 45, 46, 47, 48, 49, 53, 55, 56, 57,
Veranstaltungen, Seminare	

58, 59, 60, 62, 63, 65, 66, 67,
 68, 69, 72, 74, 75, 79, 80, 81,
 84, 87, 91, 94, 95, 97, 98, 99,
 101, 102, 103, 104, 105, 107,
 108, 109, 110, 112, 113, 114,
 118, 124, 138, 139, 140, 141,
 142, 143, 144, 145, 146, 147,
 148, 149, 150, 151, 153, 154
 Frankophone Länder, 57, 59,
 61, 62, 73, 79, 80, 82, 83, 84,
 93, 140, 144, 145, 146, 149
 Französische Akademie, 42,
 61, 83, 85, 87, 89, 91, 102,
 145, 146, 148, 149
 Französische Sprache, 11, 12,
 23, 29, 32, 39, 40, 41, 42, 43,
 44, 45, 46, 47, 48, 53, 54, 55,
 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63,
 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71,
 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79,
 80, 81, 82, 84, 85, 87, 88, 89,
 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97,
 98, 99, 101, 102, 103, 104,
 105, 135, 138, 139, 140, 141,
 142, 143, 144, 145, 146, 147,
 148, 149, 150, 151
 Französische Revolution, 40
 Allgemeine Kommission für
 Terminologie und Neologie,
 89, 90, 92, 148
 Generaldelegation für die
 französische Sprache und die
 Sprachen Frankreichs, 48,
 68, 71
 Informieren des Verbrauchers,
 53, 140, 141
 Interaktion, 72, 144, 145, 147
 Sprachengesetzgebung, 11,
 19, 20, 22, 38, 101, 133, 134,
 137
 Sprachverwaltung, 36, 37, 38,
 136, 137
 Sprachplanung, 11, 19, 20, 21,
 22, 23, 24, 25, 26, 31, 32, 33,
 34, 35, 36, 37, 67, 101, 133,
 134, 135, 136, 137
 Sprachenpolitik, 11, 19, 20, 21,
 23, 24, 25, 26, 30, 31, 32, 33,
 34, 35, 36, 37, 39, 40, 43, 47,
 48, 53, 54, 56, 57, 58, 59, 62,
 67, 72, 76, 80, 87, 88, 101,
 103, 133, 134, 135, 136, 137,
 138, 139, 140, 143, 149, 150,
 151, 154
 Sprachpolitik Frankreichs, 39,
 40, 53, 103, 138, 140

Sprachstandardisierung, 36, 134, 135	Wissenschaft, 11, 25, 36, 42, 53, 59, 92, 102, 108, 143
Massenmedien, 11, 12, 36, 38, 49, 53, 59, 61, 94, 105, 137, 140, 149, 150, 151	Standardsprache, 30, 31, 134, 135, 136
Perioden der zeitgenössischen Sprachenpolitik, 139, 140	Technologie, 11, 36, 53, 54, 59, 79, 81, 92, 143
öffentliche Dienstleistungen, 11, 49, 53, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 82, 83, 86, 87, 144, 145, 146, 149	terminologische Anreicherung, 73, 84, 85, 90, 93, 144, 146, 148
regionale Sprachen, 12, 39, 40, 43, 45, 47, 48, 57, 59, 70, 87, 102, 138	Übersetzung, 20, 30, 46, 56, 60, 70, 73, 74, 75, 76, 77, 79, 89, 96, 136, 143, 144, 145, 150
	Arbeitnehmerschutz, 141

ZUSAMMENFASSUNGEN & SCHLUSSFOLGERUNGEN

1. BEGRIFF SPRACHPOLITIK

Zusammenfassung: In diesem Kapitel wird versucht, den Begriff der *Sprachpolitik* zu definieren und in Bezug auf seine anderen

Synonyme *Sprachplanung* und *Sprachgesetzgebung* zu fragen. Außerdem wird ein besonderes Augenmerk auf die oben genannten Begriffe gelegt, um die Beziehungen zwischen ihnen zu klären und damit zur Bestimmung des Begriffs *Sprachpolitik* beizutragen.

Stichworte: Sprachenpolitik , Sprachenplanung , Sprachengesetzgebung

Schlussfolgerung: Bei der Bestimmung des Begriffs *Sprachpolitik* ist es notwendig, einige andere, implizit zum obigen thematischen Konzept gehörende, *Sprachpolitik* (im engeren Sinne), *Sprachplanung* und *Sprachgesetzgebung* zu beschreiben. Sie sind durch ihre Bestimmung eine notwendige Ergänzung und machen den thematischen Begriff genauer. Die *Sprachpolitik* an sich beinhaltet jede Entscheidung, die den Gebrauch einer oder mehrerer Sprachen bei der Kommunikation mit einer Organisation oder bei der Erbringung einer Dienstleistung regelt und bearbeitet, unabhängig von der Art oder Größe der Organisation oder der Form dieser Entscheidung. Die *Sprachplanung* umfasst alle Maßnahmen des Staates, die den Gebrauch von Sprachen auf seinem Territorium regeln. Wenn der Staat entschlossen ist, durch die Verabschiedung von Gesetzen und Vorschriften einzugreifen, um das Verhältnis der vorhandenen Sprachen und Verwendungsbereiche festzulegen, kommt es zur *Sprachengesetzgebung*.

2. SPRACHPLANUNG UND SPRACHSTANDARDISIERUNG

Zusammenfassung: Dieses Kapitel befasst sich mit den Begriffen *Sprachplanung* und *Sprachstandardisierung*, die in

direktem Zusammenhang mit dem Begriff *Sprachpolitik* stehen. Im Einklang damit werden die Standpunkte mehrerer Linguisten zu den a/s-Phänomenen als Gegenstand ihrer Studien vorgestellt, die für die Darstellung dieses Themas nützlich sind. Die *Sprachplanung* umfasst die Veränderungen der Sprache, die Veränderungen der Beziehungen zwischen den Sprachen sowie das menschliche Handeln auf die Sprachen und ihre Beziehungen untereinander. Die *Sprachstandardisierung* bedeutet den Entwurf oder die Suche nach orthographischen und grammatikalischen Regeln, die für alle Benutzer einer Sprache gemeinsam sind und somit auf die Erweiterung ihres Gebrauchs in möglichst vielen Bereichen des menschlichen Lebens abzielen. Die *Standardsprache* ist eine geplante und entworfene einheitliche referentielle Variante, deren Zweck es ist, den kulturellen, politischen und sozialen Zusammenhalt auf dem Territorium zu gewährleisten, auf dem sie offiziell ist. Durch die Ausarbeitung dieser Konzepte werden der Versuch des Menschen, auf die Sprache einzuwirken, und die Auswirkungen dargestellt.

Schlüsselwörter: Sprachplanung , Sprachstandardisierung , Standardsprache

Fazit: Das Wort *Planung* kam in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in die französische Sprache als ein Begriff der Wirtschaftswissenschaften, der das Organisieren nach einem bestimmten Plan bezeichnete. Später definiert Haugen es als eine menschliche Aktivität, die sich aus dem Bedürfnis ergibt, eine Lösung für ein Problem zu finden. Ihm zufolge ist die *Sprachplanung* ein Teil der Angewandten Linguistik, während Fishman sie als Teil der Angewandten Soziolinguistik sieht. Ferguson und Das Gupta weisen

darauf hin, dass Sprachplanung eine neue Aktivität ist und dass diese Aktivitäten im Bereich der Sprache einen Teil der nationalen Planung ausmachen.

Sprachplanung beinhaltet Veränderungen in der Sprache, Veränderungen der Beziehungen zwischen den Sprachen und mögliches Einwirken des Menschen auf die Sprachen und ihre Beziehungen untereinander.

Nach Calvet definiert die *Sprachpolitik* die Unterschiede zwischen dem unbefriedigenden Ausgangszustand und dem zufriedenstellenden Zielzustand der Sprache. Die Durchführung von Aktivitäten zwischen diesen beiden ist Teil der Sprachplanung .

Die *Sprachstandardisierung* basiert auf der Standardisierung, die ein sozioökonomisches Phänomen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist. Ihr Zweck ist die Milderung und Steigerung des Handelsaustausches auf internationaler Ebene und tendiert zur Vereinheitlichung - d.h. zur Standardisierung des gesamten Lebensstils. Unter *Sprachstandardisierung* versteht man den Entwurf von oder die Suche nach orthographischen und grammatikalischen Regeln, die für alle Benutzer einer Sprache gemeinsam sind und somit auf die Ausweitung ihrer Verwendung in möglichst vielen Bereichen des menschlichen Lebens abzielen.

Der Prozess der Standardisierung hängt von der gewählten *Sprachpolitik* ab. Standardisierung einer bestimmten Sprache bedeutet, auf das *Schriftsystem* oder das *Alphabet*, die *Lexikalität* und die *dialektalen Formen* einzuwirken. Sie umfasst die Erstellung von Wörterbüchern, die Ausarbeitung von Orthographie und Grammatik, die Etablierung einer standardisierten Rechtschreibung, die Gründung von Institutionen und Vereinen zur Förderung der Sprache,

die Förderung des literarischen Schreibens und Übersetzens, die Förderung des Gebrauchs in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, die Offizialisierung des Status und des Gebrauchs der Sprache usw.

Die *Standardsprache* ist eine geplante und gestaltete einheitliche referentielle Variante, die sich aus ihren Dialekten oder dem gleichen dialektalen System ableitet. Ihr Zweck ist es, den kulturellen, politischen und sozialen Zusammenhalt auf dem Territorium zu gewährleisten, auf dem sie offiziell Standard ist - d.h. Landessprache. Wenn man sich auf die *Standardsprache* bezieht, wird auch der Ausdruck *Literatursprache* verwendet, obwohl gebildete Sprecher sie sowohl in der schriftlichen als auch in der mündlichen Kommunikation verwenden.

3. SPRACHENPOLITIK, SPRACHENPLANUNG ODER SPRACHENMANAGEMENT

Zusammenfassung. In diesem Kapitel zeigen wir die Einstellungen von mehreren Linguisten (Haugen, Calvet, Cooper, Dubois, Fishman, Crystal, Corbeil etc.), die gründlich untersuchen die Begriffe *Sprachpolitik*, *Sprachplanung* und *Sprachmanagement* geben einen starken Beitrag zur Ausarbeitung der Sprache Problem. Bei der Bestimmung der oben genannten Begriffe ist es entscheidend, mehrere andere, implizite zu beschreiben, die Teil der oben genannten Idee sind und Sie und, breiter definiert, wie sind *Korpusplanung* und *Statusplanung*. Daher wird dieses Kapitel versuchen, die Beziehungen zwischen ihnen zu klären und zu ihrer

Bestimmung beizutragen.

Schlüsselwörter: Sprachpolitik , Sprachplanung , Sprachmanagement

Fazit: Obwohl die Sprache so alt ist wie die Politik und die Beziehungen zwischen Sprachen und Gesellschaften, entstehen bereits in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts aus der Beobachtung von Handlungen ausgearbeitete Konzepte erster *Sprachpolitik* und definieren ihre Methoden mit ihren Studien, so dass die Sprache in vielen Ländern weltweit.

Sprachpolitik ist eine Reihe von bewussten Entscheidungen in der Beziehung zwischen Sprache und sozialem Leben, insbesondere zwischen Sprache und nationalem Leben (Calvet), dann eine Reihe von Maßnahmen, Plänen oder Strategien, die darauf abzielen, den Status und die Form einer oder mehrerer Sprachen zu regeln (Dubois) oder der Begriff freiwillige Aktion eines bestimmten Landes, einer Einheit oder einer Gruppe, deren Ziel der Schutz und die Entwicklung ihrer Sprache und Kultur ist (Porcher). In Quebec ist es auch ein Mittel zur Bestimmung des Status einer Sprache, der durch einen formalen Text klar ausgedrückt wird, der explizit festlegt, wie dieser besondere Status realisiert wird.

Sprachmanagement umfasst Aktivitäten, die man vor einem bestimmten Ablösungsstatus einer bestimmten Sprache oder ihrer Verwendung für die Ausbildung in bestimmten Bereichen oder für bestimmte Funktionen anordnen muss (Quebec). Es bezieht sich auf die Rolle, die die Landessprachen im Schulsystem haben, und damit es effektiv ist, sollte es ein globales Konzept und Übungsphasen geben (Corbeil). Nach Breton kann *Sprachmanagement extern* (wenn die Gesetzgebung eine *Sprachgesetzgebung* beinhaltet und ihr

Zweck darin besteht, die Sprachen und ihre Verwendung in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen (Bildung, Massenmedien , Verwaltung, etc.) zu fördern) und *intern* (durch die Standardisierung einer bestimmten Sprache, d.h. durch *Sprachtechnologie*) erfolgen.

Sprachplanung ist ein Erfordernis und der Einsatz von Ressourcen ist notwendig für die Umsetzung der *Sprachpolitik* (Calvet), dann bewusste, systematische und theoretisch fundierte Versuch, die Kommunikationsprobleme einer bestimmten Gemeinschaft durch das Studium der Sprachen oder Dialekte zu lösen, die Sie in ihr und bilden die offizielle *Sprachpolitik*, die mit ihrer Auswahl und Anwendung von *linguistischen Technik* (Crystal) verbunden wäre. In Quebec ist der Begriff *Sprachmanagement* gegenüber dem Begriff *Sprachplanung* vorzuziehen und damit wird die Konnotation eines staatlich geplanten Eingriffs vermieden.

4. EIN ÜBERBLICK ÜBER DIE SPRACHENPOLITIK FRANKREICHS

Zusammenfassung: Das Ziel dieses Kapitels ist es, einen Überblick über die Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf das Französische und die Regionalsprachen zu geben. Wir beginnen den Überblick in der Zeit der Renaissance, als sich das französische Nationalgefühl herauszubilden begann und sich die Besonderheit der französischen Nation zu manifestieren begann, was zu einem verstärkten Gebrauch der französischen Sprache und einer allmählichen Verdrängung der Regionalsprachen führte. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sich nach der Französischen Revolution im Jahre 1789 die Politik der Einheit der französischen

Nation intensivierte und sich damit die Handlungsrichtungen in den Sprachen ihres Territoriums änderten, haben wir den Überblick über die Sprachpolitik Frankreichs in zwei Teile geteilt: vor und nach der Revolution. Für die Revolutionäre war die Unkenntnis der französischen Sprache ein Hindernis für die Demokratie und die Verbreitung der revolutionären Ideen, so dass die Verdrängung der Regionalsprachen im ^{19.} und frühen ^{20.} Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde den regionalen Sprachen und Kulturen mehr Aufmerksamkeit geschenkt und sie wurden als ein Schatz betrachtet, den es zu bewahren und ihr Verschwinden zu verhindern galt. Je nach den Beziehungen und den Sprachaktivitäten, die Frankreich in der heutigen Zeit unternommen hat, unterscheiden wir zwischen der Sprachpolitik in Bezug auf die französische Sprache und der Sprachpolitik in Bezug auf die Regionalsprachen.

Stichworte: Sprachenpolitik , Frankreich , Französische Sprache , Regionalsprachen

Schlussfolgerung: Basierend auf der Analyse der Dokumente, die sich auf die Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf das Französische und die Regionalsprachen beziehen, haben wir versucht, einen Überblick über die Sprachpolitik Frankreichs zu geben. Wir begannen den Überblick mit der Zeit der Renaissance, als das französische Nationalgefühl entstand und die Besonderheit der französischen Nation manifestiert wurde. Dadurch stieg der Gebrauch der französischen Sprache, während der Gebrauch der Regionalsprachen zurückging. Der Überblick über die Sprachpolitik Frankreichs teilt sich in die Zeit vor und nach der Französischen Revolution 1789, weil sie die Einheitspolitik der französischen Nation intensivierte. Sie beeinflusst direkt die Politik zugunsten der

französischen Sprache, durch die Demokratie und revolutionäre Ideen übertragen werden. Im ^{19.} Jahrhundert und zu Beginn des ^{20.} Jahrhunderts setzt sich die Verdrängung der Regionalsprachen fort, nach dem Zweiten Weltkrieg wird ihnen größere Aufmerksamkeit geschenkt und sie werden als Teil des französischen Kulturerbes betrachtet. Man unterscheidet zwischen Sprachpolitik in Bezug auf die französische Sprache und Sprachpolitik in Bezug auf die Regionalsprachen.

5. PERIODEN DER ZEITGENÖSSISCHEN SPRACHPOLITIK FRANKREICHS IN BEZUG AUF DIE FRANZÖSISCHE SPRACHE

Zusammenfassung: Das Ziel dieses Forschungskapitels ist es, die Perioden der zeitgenössischen Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf die französische Sprache zu kategorisieren. Zu diesem Zweck haben wir eine Analyse mehrerer sprachpolitischer Verwaltungseinheiten in Bezug auf die französische Sprache durchgeführt. Entsprechend der Arbeits- und Handlungsweise der Institutionen, die für den Schutz der französischen Sprache verantwortlich sind, werden drei Perioden der zeitgenössischen Sprachpolitik unterschieden: 1. 1966-1984 - Die Handlungsperiode des *Haut comité pour la défense et l'expansion de la langue française*, 2. 1984-1989 - Die Handlungsperiode des *Commissariat général de la langue française* und des *Comité consultatif de la langue française* und 3. 1989-2001 - Die Amtszeit des *Conseil supérieur de la langue française* und der *Délégation générale à la langue française et aux langues de France*.

Stichwort: Sprachenpolitik , Frankreich , Französische Sprache , Perioden

Schlussfolgerung: Wir haben das Jahr 1966 als Ausgangspunkt der zeitgenössischen Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf die französische Sprache genommen, weil es das Jahr ist, in dem das *Haut comité pour la défense et l'expansion de la langue française* gegründet wurde, das dem Schutz der französischen Sprache eine neue systematische Dimension gab und eine besondere Haltung zu diesem Thema einnahm. So wie sich die Ziele und Zuständigkeiten der mit dem Schutz und der Förderung der französischen Sprache betrauten Institutionen ändern und ergänzen, so ändern sich auch die Perioden der zeitgenössischen Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf die französische Sprache. Wir haben drei Perioden der zeitgenössischen Sprachpolitik Frankreichs. Jede Periode weist spezifische Merkmale auf, die sie jeweils kennzeichnen, aber es gibt auch Merkmale, die allen drei Perioden gemeinsam sind.

Um die Lebendigkeit der Sprache trotz der Flut zahlreicher Fremdwörter und der Notwendigkeit, ständig neue französische Wörter zu schaffen, um auf die sich schnell verändernde Welt der neuen Zeit zu reagieren, zu erhalten, wurde besondere Sorgfalt auf die *terminologische Aufwertung der französischen Sprache verwendet*. Neben der ursprünglichen Zielsetzung, die sich auf die *Information des Verbrauchers* und den *Schutz des Arbeiters* bezieht, wurde die Absicht des Staates betont, seine Sprache vor dem Eindringen von Fremdwörtern, insbesondere der englischen, zu schützen. Es wurde ein starker Akzent auf die Verwendung der

französischen Sprache bei *wissenschaftlichen Versammlungen und Veranstaltungen* und in *wissenschaftlichen Publikationen* sowie im *Bildungswesen* gelegt. Diese Bereiche sind die tragenden Säulen des Sprachschutzes und nehmen daher einen besonderen Platz in der Sprachenpolitik Frankreichs ein.

Die *Förderung der Mehrsprachigkeit* in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens spiegelt die Tendenz des Staates wider, Schutz vor der Hegemonie der englischen Sprache zu bieten und die französische Sprache zu fördern. Zu diesem Zweck nutzt Frankreich das *Internet, die Massenmedien und die Film- und Musikproduktion* und verstärkt seine *Zusammenarbeit mit den anderen frankophonen Ländern sowie mit der EU und der UNO* durch die Förderung der französischen Sprache.

6. DIE FRANZÖSISCHE SPRACHE ALS MITTEL ZUR INFORMATION DER VERBRAUCHER UND DES ARBEITNEHMERSCHUTZES

Zusammenfassung: In diesem Kapitel wollen wir die Rolle der französischen Sprache als Mittel zur Information des Verbrauchers und als Mittel zum Schutz des Arbeitnehmers darstellen. Zu diesem Zweck werden wir eine Analyse des Gesetzes über den Gebrauch der französischen Sprache, des Arbeitsgesetzes und anderer gesetzlicher Bestimmungen durchführen. Außerdem wird die Anwendung dieser gesetzlichen Bestimmungen anhand der Berichte des Kulturministeriums und autorisierter Institutionen zum Schutz der französischen Sprache in Frankreich aufgezeigt.

Stichworte: Französisch, Information des Verbrauchers,

Arbeitnehmerschutz

Fazit: Aufgrund der Breite des Themas und zur besseren Analyse und Darstellung wird es in zwei Teilbereiche unterteilt: *Information des Verbrauchers* und *Arbeitnehmerschutz*.

In Bezug auf die *Information des Verbrauchers* sieht die obligatorische Verwendung der französischen Sprache in der Kennzeichnung, Angebot, Präsentation, Art der Nutzung, die Beschreibung des Inhalts und Produktgarantiebedingungen, Dienstleistungen, alle Rechnungen und Quittungen. Bei der Übersetzung in andere Sprachen muss die französische Beschriftung ebenso verständlich sein wie die Zeichen anderer Fremdsprachen. Bestimmte autorisierte Institutionen führen eine ständige Kontrolle der Sprache in diesem Bereich durch, und Zuwiderhandlungen werden vorhergesagt und entsprechend rechtlich geahndet.

Bei der Ausübung der Kontrolle werden vorrangig Produkte und Dienstleistungen kontrolliert, die in direktem Zusammenhang mit der Sicherheit und Gesundheit der Verbraucher stehen. Laut Berichten über die Verwendung der französischen Sprache in diesem Bereich ist die Anzahl der Kontrollen in ständigem Wachstum, und eine Tendenz zur Verringerung der festgestellten Verstöße aufgrund des wachsenden öffentlichen Bewusstseins für die Bestimmungen des Gesetzes.

Bei der Ausübung der Kontrolle über den Gebrauch der Sprache in diesem Bereich beteiligt und autorisierte Verbände zum Schutz der französischen Sprache, die Strafverfahren gegen die nicht eingehaltenen gesetzlichen Bestimmungen einleiten können, um alle Parteien zu beraten, die es beantragen, und bereiten mehr Medienkampagnen über den korrekten Gebrauch der Sprache.

Regelungen zum Gebrauch der französischen Sprache, die in der Versicherungsbranche angewandt werden, die dem Versicherten als Verbraucher Informationen zur Verfügung stellt.

Darüber hinaus in Bezug auf den *Schutz des Arbeitnehmers* wichtige gesetzliche Bestimmungen erfordern die obligatorische Verwendung der französischen Sprache und zum Abschluss von Verträgen in der internen Gesetzgebung der Unternehmen, Vereinbarungen und kollektive Arbeitsverträge und Stellenangebote von allen Dienstleistungen, die das Gebiet von Frankreich sind .

Die Kontrolle der Verwendung der französischen Sprache in diesem Bereich erfolgt durch die Arbeitsaufsicht und die Berufsverbände, die gerichtliche Verfahren einleiten können. Nach Angaben der autorisierten Institutionen verwenden immer mehr französische Unternehmen Englisch als Arbeitssprache in der Kommunikation mit ausländischen Geschäftspartnern. Auf interner Ebene gibt es keine Probleme bei der Anwendung der französischen Sprache in Verträgen, unternehmensinternen rechtlichen Regelungen und Tarifverträgen, und die Zahl der Verstöße in Bezug auf die Verwendung der französischen Sprache bei internationalen Stellenangeboten nimmt ab.

7. DIE FRANZÖSISCHE SPRACHE IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Zusammenfassung: Mit diesem Kapitel geben wir einen kurzen Überblick über den Stand der französischen Sprache im Bereich der *Wissenschaft und Technik*. Aufgrund des großen Umfangs dieses Bereichs und zum Zweck einer besseren Analyse und Darstellung

des Zustands der französischen Sprache haben wir drei Unterbereiche gebildet: *Veranstaltungen, Seminare und Kongresse; Zeitschriften und Publikationen; und Bildung, Prüfungen, Hochschulzugangsberechtigung und Dissertationsbekanntmachungen*. Dieser Bereich ist für die Erhaltung der Sprache sehr wichtig und wird in der Sprachpolitik Frankreichs besonders beachtet. Wir beziehen uns auch auf die Übersetzung aller Dokumente in diesem Bereich ins Französische, die in einer anderen Sprache als Französisch verfasst sind.

Stichworte: Sprachenpolitik , Wissenschaft , Technik , Übersetzung

Fazit: Aufgrund des großen Umfangs dieses Bereichs und zum Zweck einer besseren Analyse und Darstellung des Zustands der französischen Sprache haben wir drei Unterbereiche gebildet: *Veranstaltungen, Seminare und Kongresse; Zeitschriften und Publikationen; und Bildung, Prüfungen, Hochschulzugang und Diplomarbeiten/Dissertationen*.

Bei der Durchführung von internationalen *Veranstaltungen, Seminaren und Kongressen* in Frankreich hat jeder Teilnehmer die Möglichkeit, sich in französischer Sprache auszudrücken, das Programm muss in französischer Sprache verfasst sein und alle anderen Dokumente, die von diesen Veranstaltungen veröffentlicht werden, müssen eine Zusammenfassung in französischer Sprache enthalten. Darüber hinaus besteht bei allen *internationalen Veranstaltungen, Kongressen oder Seminaren* die Verpflichtung zur Simultan- oder Konsektivübersetzung ins Französische, wenn die verwendete Sprache eine andere als die französische ist. Für eine bessere Darstellung der Übersetzung internationaler

Versammlungen, die in Frankreich abgehalten werden, stellt der Staat zusätzliche finanzielle Unterstützung zur Verfügung, und die Nichteinhaltung dieser Bestimmungen zieht eine entsprechende gesetzliche Strafe nach sich.

Alle *Fachzeitschriften* und wissenschaftlichen *Publikationen*, die in englischer oder einer anderen Fremdsprache veröffentlicht und von der Französischen Republik subventioniert werden, müssen eine Zusammenfassung in französischer Sprache enthalten. Diese Verpflichtung wird in vollem Umfang eingehalten, was sich auch auf alle anderen Formen wissenschaftlicher Veröffentlichungen, Berichte, Sammlungen, synthetische Arbeiten, Studien usw. bezieht. *Das Nationale Buchzentrum* wird seiner Aufgabe, die französische Sprache und Kultur zu verteidigen und zu verbreiten, sowie die Übersetzung ausländischer Werke ins Französische und umgekehrt zu fördern, voll gerecht.

Die französische Sprache wird auch konsequent im *Unterricht, bei Prüfungen, beim Hochschulzugang und bei der Ankündigung von Abschlussarbeiten/Dissertationen* in allen öffentlichen und privaten Schulen verwendet. Dissertationen, die im Kommentar mit ausländischen Forschungszentren erstellt werden und in einer anderen Sprache verfasst sind, müssen eine Zusammenfassung in französischer Sprache enthalten. In diesem Bereich wurden keine Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen festgestellt.

8. INTERAKTION ZWISCHEN FRANZÖSISCHER SPRACHE UND ÖFFENTLICHEN DIENSTEN FRANKREICHS IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES 20. JH.

Zusammenfassung: Die öffentlichen Dienste spielen eine wichtige Rolle bei der Erhaltung des Status der französischen Sprache auf dem internen Plan, bei der Förderung als Sprache der internationalen Kommunikation, sowie bei der Förderung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt. Zur besseren Veranschaulichung der Interaktion zwischen der Sprache und den öffentlichen Diensten werden wir ihre Rolle bei der Erhaltung und Förderung der französischen Sprache auf internem und internationalem Plan sowie ihre terminologische Bereicherung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts darstellen. *Intern* wenden die öffentlichen Dienste die erforderlichen Beschlüsse für den ordnungsgemäßen und regelmäßigen Gebrauch der französischen Sprache richtig an, achten auf die Steigerung der Qualität und wenden die von den Terminologiekommissionen empfohlenen Terminologien in Verwaltungs- und Rechtsdokumenten richtig an, wobei sie die wissenschaftlichen Manifestationen und die Veröffentlichung von Publikationen, kommerziellen Posts und Anzeigen, Produkten, Warenzeichen sowie auf den Webseiten beibehalten. *Auf internationaler Ebene* fördern die öffentlichen Dienste konsequent die französische Sprache in den Beziehungen mit der Europäischen Union, den Vereinten Nationen und mit den frankophonen Ländern . Sie überprüfen regelmäßig die bilateralen und multilateralen Abkommen, verstärken die Übersetzungsdienste, richten einen Fonds zur Unterstützung beim Übersetzen und Dolmetschen bei internationalen Veranstaltungen ein und organisieren Sprachkurse. Frankreich , als einer der Hauptkoordinatoren der Internationalen Organisation der Frankophonie, schlägt weitere Maßnahmen zur Verbreitung der

französischen Sprache in der Welt vor, indem es das frankophone wissenschaftliche Personal zur Teilnahme an verschiedenen internationalen Aktivitäten ermutigt, seine Präsenz im Internet erhöht, elektronische Sprachwerkzeuge schafft, usw. Mit der *terminologischen Anreicherung* wurde die französische Sprache modernisiert und ihr Gebrauch verbessert. Zu diesem Zweck werden Terminologie- und Neologiekommissionen geschaffen, die in Kontakt mit der Académie française, verwandten Institutionen aus den frankophonen Ländern und internationalen Standardisierungsorganisationen die Schaffung neuer Begriffe in allen Bereichen fördern, die ständig aktualisiert werden und sich somit direkt und positiv auf ihren Status auf internationaler Ebene auswirken.

Schlüsselwörter: Interaktion , Französische Sprache , Öffentlicher Dienst , Frankreich

Schlussfolgerung: Ausgehend von der Tatsache, dass die öffentlichen Dienste eine wichtige Rolle bei der Erhaltung des Status der französischen Sprache auf dem internen Plan und in der internationalen Kommunikation spielen, haben wir versucht, ihr Handeln in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und damit die Interaktion zwischen der Sprache und dem Staat aufzuzeigen.

Auf *nationaler Ebene* wenden die öffentlichen Dienste die erforderlichen Beschlüsse und die korrekte Verwendung der französischen Sprache ordnungsgemäß an, achten auf die Steigerung der Qualität und wenden die von den Terminologiekommissionen empfohlene Terminologie in Verwaltungs- und Rechtsdokumenten ordnungsgemäß an, während sie gleichzeitig wissenschaftliche Veranstaltungen und die

Veröffentlichung von Publikationen, Handelsposten und Anzeigen, Produkten, Marken sowie auf den Websites pflegen. Obwohl es gewisse Probleme gibt, werden diese Bestimmungen ordnungsgemäß beachtet.

Auf *internationaler Ebene* fördern die öffentlichen Dienste konsequent die französische Sprache in den Beziehungen mit der Europäischen Union, den Vereinten Nationen und den frankophonen Ländern . Sie überprüfen regelmäßig die bilateralen und multilateralen Abkommen, verstärken die Übersetzungsdienste, richten einen Fonds zur Unterstützung beim Übersetzen und Dolmetschen bei internationalen Veranstaltungen ein und organisieren Sprachkurse. Frankreich , als einer der Hauptkoordinatoren der Internationalen Organisation der Frankophonie, schlägt weitere Maßnahmen zur Verbreitung der französischen Sprache in der Welt vor, indem es frankophone Wissenschaftler zur Teilnahme an verschiedenen internationalen Aktivitäten ermutigt, die Beziehungen zu frankophonen Bildungs- und Kultureinrichtungen stärkt, seine Präsenz im Internet erhöht, elektronische Sprachwerkzeuge schafft, usw.

Obwohl die französische Sprache in vielen internationalen Institutionen Amts- oder Arbeitssprache ist, gibt es jedoch einige Schwierigkeiten bei ihrer Anwendung (Verzögerungen bei der Übersetzung offizieller Dokumente ins Französische, die Verwendung des Englischen bei der Kommunikation mit französischen Ministerien oder Unternehmen sowie mit bestimmten frankophonen Ländern durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen und die Europäische Union). Daher wendet sich Frankreich , zusammen mit anderen frankophonen Ländern in Europa und über

die Internationale Organisation der Frankophonie, entschieden gegen die Einsprachigkeit und tritt für die Mehrsprachigkeit durch die Politik der Förderung der französischen Sprache ein.

Die französische Sprache wird durch die *terminologische Anreicherung* modernisiert und ihr Gebrauch verbessert. Zu diesem Zweck werden Kommissionen für Terminologie und Neologie geschaffen, die in Kontakt mit der Académie française, verwandten Institutionen aus den frankophonen Ländern und den internationalen Standardisierungsorganisationen die Schaffung neuer Begriffe in allen Bereichen fördern, die ständig aktualisiert und durch Broschüren verteilt werden oder elektronisch aus dem Internet heruntergeladen werden können. Dies wirkt sich positiv auf seinen Status auf der internationalen Ebene aus, verringert auch die Möglichkeit des Auftretens von terminologischen Differenzen in den frankophonen Ländern und es stellt sich heraus, dass Frankreich sich der Ära der Modernisierung und des Fortschritts anschließt. Durch die Empfehlung to das Geschlecht der Substantive bestimmter Berufe und öffentlicher Funktionen in den von den öffentlichen Diensten herausgegebenen Rechts- und Verwaltungsdokumenten zu verwenden, wird einmal mehr bestätigt, dass der Staat die aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen beobachtet und mit deren Verwendung angemessen reagiert. Durch die fortgesetzte Pflege und Förderung der französischen Sprache wird die Wechselwirkung zwischen den öffentlichen Diensten Frankreichs und der französischen Sprache sowie ihr Beitrag zur Förderung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt im globalen Maßstab bestätigt.

9. TERMINOLOGISCHE BEREICHERUNG DER FRANZÖSISCHEN SPRACHE

Zusammenfassung: Damit eine Sprache zeitgemäß und lebendig bleibt, muss sie in der Lage sein, die moderne Welt in all ihrer Komplexität und Vielfalt auszudrücken. Mit der rasanten technologischen Entwicklung tauchen jedes Jahr tausende neuer Ideen und Begriffe aus jedem einzelnen Bereich des menschlichen Schaffens auf, denen Namen zugeordnet werden sollten, um verstanden zu werden. Auf diese Weise sollten die Fachleute aus bestimmten Bereichen in ihrer eigenen Sprache kommunizieren können, die Übersetzer sollten alle Fachausdrücke im entsprechenden Bereich richtig übersetzen, und die Sprecher könnten in einer bestimmten Sprache die neuen Konzepte, die meistens sehr komplex sind, schneller und effizienter erfassen. Aufgrund dieser grundlegenden sprachlichen Richtungen muss auch die französische Sprache mit neuen Begriffen aus allen bedeutenden Bereichen angereichert werden, mit denen er die Zeitgenossenschaft angemessen ausdrücken kann. In der Tat ist die Anreicherung der französischen Sprache eines der Merkmale der zeitgenössischen Sprachpolitik in Frankreich.

Ziel dieses Kapitels ist es, in kurzen Worten das moderne Verwaltungssystem zur Anreicherung der französischen Sprache zu erläutern, das sich auf Rechtsakte stützt (das Gesetz vom ^{4.} August 1994 zum Gebrauch der französischen Sprache und das Dekret vom ^{3.} Juli 1996 zur Anreicherung der französischen Sprache). Das System zur Anreicherung der Sprache stellt eine Symbiose aus der Arbeit der Generalkommission für Terminologie und Neologismen,

den spezialisierten Ministeriums-Kommissionen für Terminologie und Neologie, die in enger Beziehung zum Ministerium für Kultur und Kommunikation stehen, d.h. der Generalkommission für die französische Sprache für die Sprachen in Frankreich, der französischen Akademie, den frankophonen Partnern und anderen ähnlichen Institutionen dar, die ihren Beitrag zur terminologischen Anreicherung der französischen Sprache leisten.

Schlüsselwörter: terminologische Anreicherung , französische Sprache

Fazit: In den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts gründeten mehrere Ministerien Kommissionen für Terminologie und Neologie, die einen großen Beitrag zur Schaffung der Terminologie eines bestimmten Bereichs leisten. Im Hinblick auf die terminologische Sprachanreicherung werden weitere gesetzliche Regelungen getroffen, das Gesetz von 1975 über den Gebrauch der französischen Sprache, bekannt als *Bas-Lauriol*, und nach der Entscheidung des Verfassungsrates von 1994 das Gesetz vom 4. August 1994 über den Gebrauch der französischen Sprache, genannt *Toubon*. Durch das Dekret vom 3. Juli 1996 zur Anreicherung der französischen Sprache wurde die Rolle der *Allgemeinen Kommission für Terminologie und Neologie* und der Académie française gestärkt, und der Staat und die anderen Aktionsmittel und -mechanismen für die Sprache und ihre Förderung richteten innerhalb der Ministerien Fachausschüsse für Terminologie und Neologie ein, die für die Schaffung neuer formaler Begriffe zuständig sind, basierend auf den geäußerten Bedürfnissen in einem bestimmten Bereich. Die vorgeschlagenen Begriffe müssen von der *Allgemeinen Kommission für Terminologie und Neologie* bestätigt werden, die die

vorgeschlagenen Begriffe und Definitionen prüft und die Meinung der Französischen Akademie einholt, woraufhin die Zustimmung zu den Begriffen und Definitionen im Amtsblatt veröffentlicht wird, das vom zuständigen Ministerressort zur Verfügung gestellt wird, damit es keine Einwände gibt.

Nach der Veröffentlichung im Amtsblatt werden die auferlegten Begriffe und Definitionen anstelle von Begriffen und Ausdrücken in der Fremdsprache für Regierungsstellen und öffentliche Einrichtungen verbindlich.

Nach diesem System der terminologischen Anreicherung hat der Staat keine Rolle bei der Auswahl und Entscheidung über eine Reihe von Fachbegriffen und sie können sich nur durchsetzen. Dieses System muss die Anreicherung des Vokabulars fördern, Unterstützung und Koordination von terminologischen Aktivitäten bieten, an der Förderung und Verbreitung neuer Begriffe und deren Anwendung arbeiten und einen einfachen Zugang ermöglichen.

Der Staat informiert auch die öffentlichen Dienste, Fachleute und die Öffentlichkeit über die neuen Begriffe und ein Beispiel für ihre Verwendung ermutigt so ihre Partner, die empfohlenen Begriffe zu verwenden. Obwohl die Verpflichtung zur Verwendung der im Amtsblatt veröffentlichten Begriffe nur für staatliche Stellen und öffentliche Einrichtungen gilt, wirken solche Maßnahmen auch außerhalb des staatlichen Sektors.

Der Staat kann nicht direkt in die Arbeit der Terminologiekommissionen eingreifen, sondern nur organisiert, als erster und wichtigster Nutzer, für deren notwendige Förderung sorgen. Er koordiniert die Erstellung der Terminologielisten und sorgt für die Zusammenarbeit zwischen den Fachausschüssen, der

Generalkommission und der französischen Akademie . Partner in diesem System sind die Akademie der Naturwissenschaften, die französische Vereinigung für Normung und das Nationale Zentrum für wissenschaftliche Forschung, und vertieft werden die Kontakte mit verwandten Institutionen in den frankophonen Ländern . Außerdem werden die Informationstools für die französische Sprache stark ausgebaut und es wird intensiv an der Erhöhung der Online-Präsenz gearbeitet.

10. FRANZÖSISCHE SPRACHE IN DEN MASSEN MEDIEN IN FRANKREICH AM ENDE DES 20. JAHRHUNDERTS

Zusammenfassung: Ziel dieses Kapitels ist es, die moderne Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf die französische Sprache in den Massenmedien am Ende des 20. Jahrhunderts darzustellen. Auf der Grundlage der Analyse der Dokumente, die sich auf die Sprachpolitik in diesem Bereich beziehen, sind wir zu dem Schluss gekommen, dass der Staat in Bezug auf die Radio- und Fernsehsender den Gebrauch der französischen Sprache in den Programmen reglementiert. Frankreich schenkt auch den Printmedien und der Kinoproduktion besondere Aufmerksamkeit, die zur Verbreitung der französischen Sprache und Kultur beitragen. Die Institutionen, die für den Schutz der französischen Sprache in diesem Bereich zuständig sind, weisen darauf hin, dass der größte Teil der Massenmedien dieser Verpflichtung ordnungsgemäß nachkommt. Die häufigsten Verstöße sind das Fehlen von Übersetzungen, Unlesbarkeit, Grammatikfehler und das vermehrte Vorhandensein

von englischen Wörtern. Diese Maßnahmen gewährleisteten den Schutz der französischen Sprache in den Massenmedien sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.

Stichworte: Französische Sprache , Massenmedien , Sprachpolitik Frankreichs

Schlussfolgerung: Obwohl das französische Gesetz über den Gebrauch der französischen Sprache von 1994 den Gebrauch der französischen Sprache in den Massenmedien auf nationaler und internationaler Ebene stärkt (durch die Regelung des Gebrauchs in Sendungen, die Ausstrahlung einer bestimmten Quote frankophoner Produktionen usw.), sind dennoch gewisse Abweichungen und Nichteinhaltung der Verpflichtungen zu verzeichnen. Um die frankophone Musikpalette angemessener zu präsentieren, sowie aufgrund der zunehmenden Missachtung der Verpflichtungen der französischen Radiosender, wurde der Umfang der französischen Melodien und die Quoten der jungen Interpreten der neuen Produktion von genre-spezialisierten Radiosendern erhöht. Auf diese Weise wird die Pflege des französischen Musikausdrucks vor allem durch die junge Bevölkerung gefördert. Die Tatsache, dass keine größeren Verstöße gegen die Bestimmungen zur Anwendung der französischen Sprache durch die meisten Medien festgestellt werden, sowie die Ernennung von Beratern, die in bestimmten Sprachsituationen durch die größeren Medien tätig werden, zeigt die Ernsthaftigkeit ihres Ansatzes bezüglich der Verwendung der französischen Sprache.

Mit den Richtlinien von 1998 für die Entwicklung französischsprachiger Programme im Ausland (Erhöhung der finanziellen Unterstützung, Förderung der Zusammenarbeit mit

ausländischen Medien, Entwicklung frankophoner Satellitenprogramme, Übersetzung des Französischen in andere Fremdsprachen je nach Sendegebiet usw.) wird das Prinzip der Mehrsprachigkeit respektiert und die Schaffung qualitativ hochwertiger Fernsehleistungen, die zur Verbreitung der französischen Sprache beitragen, gefördert. Darüber hinaus trägt Frankreich durch seine besondere Beziehung zu den Printmedien, den französischen Verlagen und seiner kinematografischen Produktion direkt zur Verbreitung der Sprache auf globaler Ebene bei.

Alle sprachpolitischen Maßnahmen Frankreichs in Bezug auf die französische Sprache am Ende des 20. Jahrhunderts deuten darauf hin, dass es konsequent für eine verstärkte Nutzung der französischen Sprache durch die Massenmedien sorgt, sowohl national als auch international.

FOR AUTHOR USE ONLY

Lebenslauf von Zoran Nikolovski

Zoran Nikolovski wurde in Bitola, Nordmazedonien, geboren, wo er lebt und arbeitet. Er erwarb seinen Bachelor-Abschluss in französischer Sprache und Literatur an der Philologischen Fakultät "Blaže Koneski" in Skopje im Jahr 1996, seinen MA-Abschluss (*Zeitgenössische Sprachpolitik Frankreichs in Bezug auf das Französische und die Regionalsprachen*) im Jahr 2002 und seinen Dokortitel in den Bereichen der französischen Linguistik (*Englische Lehnwörter in der französischen Sprache 1945-2005 - linguistische und soziokulturelle Aspekte*) im Jahr 2012. Er erhielt wissenschaftliche Stipendien für Studienaufenthalte an Universitäten in Frankreich, Deutschland, Belgien und Holland. Darüber hinaus wurde Zoran Nikolovski 2016 ein Postdoc-Stipendium an der Universität Bukarest, Rumänien, gewährt (*Studie der Lehnwörter aus der französischen und englischen Sprache und soziolinguistische Forschung in Rumänien*).

Er ist Professor an der Universität "St. Kliment Ohridski" - Bitola,

Republik Nord-Mazedonien. Seine wissenschaftlichen Interessen umfassen die Bereiche Sprachpolitik, Soziolinguistik, Sprachen in Kontakt und Lexikologie. Er hat an vielen internationalen Konferenzen und Symposien teilgenommen, und seine Artikel und Forschungsarbeiten wurden regelmäßig in internationalen wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht. Er war auch Autor vieler Buch- und Aufsatzbesprechungen und hat aktiv an der Arbeit verschiedener Universitätsgremien teilgenommen.

Zoran Nikolovski war auch ein Übersetzer des Hauptquartiers des Verteidigungsministeriums der Republik Mazedonien und ein assoziierter Journalist in Radio Bitola und ein Journalist in TV Tera in Bitola. Im Jahr 2017 wurde Professor Zoran Nikolovski, PhD, von der französischen Regierung der Titel *Chevalier dans l'Ordre des Palmes Académiques* (Ritter im Orden der Akademischen Palmen) verliehen, eine Anerkennung, die für außergewöhnliche Verdienste im Bereich der Bildung verliehen wird.

Lebenslauf von Zoran Nikolovski

Zoran Nikolovski est né et habite à Bitola, Macédoine du Nord. Er beendete 1996 sein Studium der französischen Sprache an der Philologischen Fakultät "Blaze Koneski" in Skopje, erwarb 2002 seinen Master (*La politique linguistique contemporaine de la France à l'égard du français et des langues régionales*) und promovierte 2012 (*Les emprunts lexicaux anglais dans la langue française 1945-2005 (aspects linguistique et socioculturel)*). Il a réalisé des séjours dans plusieurs universités en France, Allemagne, Belgique et aux Pays-Bas. En 2016, Zoran Nikolovski a effectué un séjour postdoctoral (*Études des emprunts au français et à l'anglais et les recherches sociolinguistiques en Roumanie*) à l'Université de Bucarest,

Roumanie.

Aujourd'hui, il est professeur à l'Université de Bitola " Saint-Clément d'Ohrid " en Macédoine du Nord. Sein wissenschaftliches Interesse gilt der Sprachpolitik, der Soziolinguistik, den Sprachen im Kontakt und der Lexikologie. Er hat an mehreren internationalen Kolloquien und Symposien teilgenommen und veröffentlicht regelmäßig Artikel in internationalen Zeitschriften. Er hat mehrere Bücher und Artikel verfasst und arbeitet aktiv in mehreren universitären Kommissionen mit.

Zoran Nikolovski arbeitete auch als Sprecher des Staatsoberhauptes der mazedonischen Armee, als Mitarbeiter von Radio Bitola und als Journalist bei Télévision Tera de Bitola. Im Jahr 2017 erhielt Zoran Nikolovski die Auszeichnung Chevalier dans l'Ordre des Palmes académiques, eine Anerkennung seitens Frankreichs für seine außergewöhnlichen Verdienste im Bereich der Bildung.

FOR AUTHOR USE ONLY

FOR AUTHOR USE ONLY

**More
Books!**

yes
I want morebooks!

Buy your books fast and straightforward online - at one of world's fastest growing online book stores! Environmentally sound due to Print-on-Demand technologies.

Buy your books online at
www.morebooks.shop

Kaufen Sie Ihre Bücher schnell und unkompliziert online – auf einer der am schnellsten wachsenden Buchhandelsplattformen weltweit! Dank Print-On-Demand umwelt- und ressourcenschonend produziert.

Bücher schneller online kaufen
www.morebooks.shop

KS OmniScriptum Publishing
Brivibas gatve 197
LV-1039 Riga, Latvia
Telefax: +371 686 204 55

info@omniscryptum.com
www.omniscryptum.com

OMNIScriptum



FOR AUTHOR USE ONLY